

64. JAHRGANG

12. JUNI 2023 - NR. 24

## Klimakrise – ZVG und BOG mahnen Unterstützung für Ernteversicherung an

Bund + Länder 5, Sonderbeilage

## EU/Ukraine – Handelsbeschränkungen bis Mitte September verlängert

EU + Mitgliedstaaten 4

## GAP ab 2028 – BÖLW-Vorstandsmitglied drängt auf grundlegende Reform

EU + Mitgliedstaaten 10

## Öko-Regelungen – Etwa 40 Prozent der Mittel bislang ungenutzt

Bund + Länder 14

## Ressortforschung – Kühn wird Präsidentin des Friedrich-Loeffler-Instituts

Namen + Nachrichten 1

## Themen der Woche

### Dem Agrarhaushalt drohen massive Kürzungen

Auf das Bundeslandwirtschaftsministerium kommen möglicherweise drastische Einsparungen zu. Das Bundesfinanzministerium erwartet zum Haushalt 2024 Ausgabenkürzungen von deutlich mehr als 400 Mio Euro. Davon sollen mindestens 300 Mio Euro auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) entfallen. Eine Einigung ist bislang nicht in Sicht. Widerstand gibt es auch von anderen Ressorts. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, zeigte sich alarmiert. Er warnte eindringlich davor, die Gemeinschaftsaufgabe weitgehend zu entkernen. Sie sei unverzichtbar für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land.

Bund + Länder 15

### Naturwiederherstellungsgesetz: Europaparlament im Fokus

Im Ringen um den Vorschlag der EU-Kommission für ein Naturwiederherstellungsgesetz (NRL) richten sich derzeit alle Blicke auf das Europaparlament. Im Vorfeld der entscheidenden Abstimmung im Umweltausschuss wandten sich Agrarverbände und Umweltorganisationen an die Abgeordneten. Die EU-Ausschüsse der Bauernverbände (COPA) und ländlichen Genossenschaften (COGECA) drängen darauf, den Kommissionsentwurf abzulehnen. Mehrere Umweltverbände verfassten einen offenen Brief an die deutschen Parlamentarier und warben um Unterstützung für den Vorschlag, hinter den sich auch die Jäger stellten. Die EVP bekräftigte derweil ihre Ablehnung und ihre Forderung nach einem neuen Anlauf.

EU + Mitgliedstaaten 1 und 2

## Interview: Jochen Borchert zu seinen Erwartungen an die Ampel

Bund + Länder 1

# Impressum

## REDAKTIONSTEAM

### Büro Bonn

Thomas Rickli (Chefredakteur) - ri  
Dr. Andreas Johaentges (Stv. Chefredakteur) - jo  
Klaus Knippertz - kk  
Paul Krusche - pk  
Dr. Andrea Ludwig - lu  
Friederike Lupberger - fl  
Dr. Dietmar Weiß - dw

### Büro Berlin

Rainer Münch (Büroleiter) - rm  
Nina Parzych - np  
Dr. Uwe Steffin - us

### Büro Brüssel

Dr. Simon Friedrich Klatt - kl

### Büro Wien

Bernhard Weber - bw

## HERAUSGEBER UND VERLAG

### AGRA-EUROPE

Presse- und Informationsdienst GmbH  
Kessenicher Straße 221  
53129 Bonn  
Geschäftsführer: Dr. Uwe Steffin  
Telefon +49 (0)2 28 - 9 17 66-0  
[info@agra.de](mailto:info@agra.de)  
[www.agra.de](http://www.agra.de)

### Sparkasse KölnBonn,

Konto-Nr. 20 082 913  
IBAN DE32 3705 0198 0020 0829 13  
BIC COLSDE33

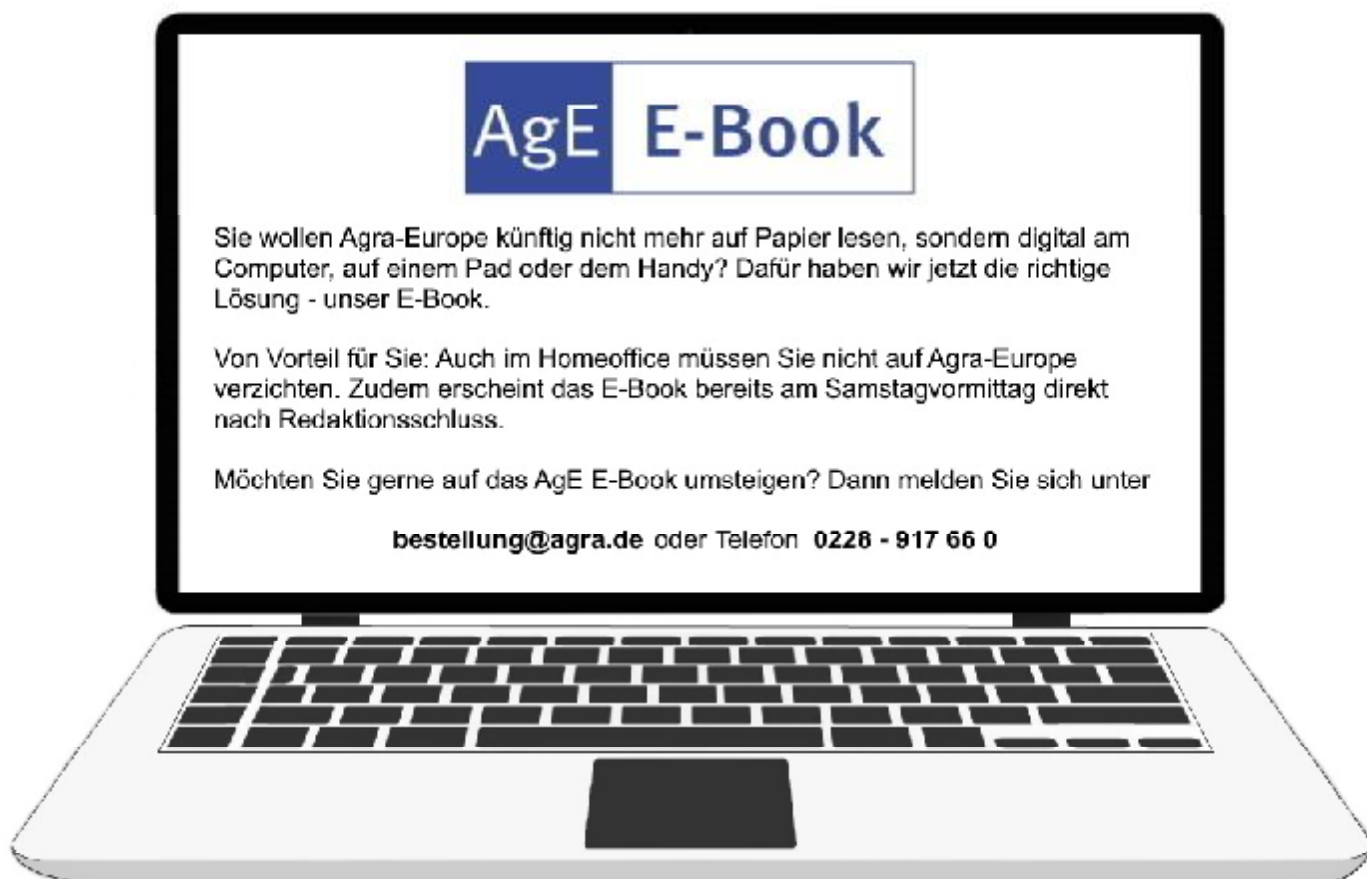
### Postbank Köln

Konto-Nr. 195 416 505  
IBAN DE22 3701 0050 0195 4165 05  
BIC PBNKDEFF

Haus der Bundespressekonferenz  
Büro 4301  
Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 - 7 26 22 59-0

Rue d'Arlon 53  
1040 Brüssel  
Telefon +32 (0)2 - 2 30-84 18  
Telefax +32 (0)2 - 2 30-63 33

Brucknerstraße 6/3  
1040 Wien  
Telefon +43 (0)1 - 533 14 48-0



# Bund + Länder

- 1 Umbau der Tierhaltung – Borchert-Kommission hofft auf Konsens in der Ampel
- 2 Bayern – Erleichterungen für den Bau von Tierwohlställen
- 2 Veterinärwesen – Mangel an Nutztierärzten
- 2 Tierwohl – Künftige Zahl der Sauenhalter unbekannt
- 3 EU-Nitratrichtlinie – Backhaus erwartet nun „eine neue Phase der Umsetzung“
- 3 Bayern – Naturschützer hält Veganismus für Irrweg
- 5 Schweinefleischexport – Kaniber drängt auf mehr Einsatz für Regionalisierungsabkommen
- 5 Welttag der Lebensmittelsicherheit – Täglich erkranken Millionen Menschen an lebensmittelbedingten Infektionen
- 5 Klimakrise – ZVG und BOG mahnen staatliche Unterstützung für Mehrgefahrenversicherung an
- 6 Unwetter zu Fronleichnam – Vereinigte Hagel meldet Schäden auf 6 600 Hektar
- 6 Ackerbodentagung im Soest – Um den Bodenschutz ist es in Deutschland „schlecht bestellt“
- 7 UBA-Aussage – Waldeigentümer dementieren Holzknappheit
- 7 Gebäudeenergiegesetz – Umweltorganisationen gegen Nachbesserungen bei Holzenergie
- 7 Kleine Anfrage – Bundesregierung soll zu gefälschten Biodieselimporten Antworten geben
- 8 Stromerzeugung – Biogas mit stabilem Anteil
- 8 Strompreisbremse – Erlösabschöpfung läuft Ende Juni aus
- 8 Waldbesitzerverband Niedersachsen – Forstliche Förderung bei Herbstpflanzungen nicht nutzbar
- 9 Hohe Waldbrandgefahr – Linke im Bundestag fordern „luftverlegbare Brandbekämpfungseinheit“
- 9 Raupen-Gespinnste in Bäumen – Nicht immer ist es der Eichenprozessionsspinner
- 9 Rotwildgebiete – Agrarminister Hauk lehnt Abschaffung ab
- 10 Evangelischer Kirchentag – Hennies kritisiert einseitiges Essensangebot
- 10 LandFrauenverband Hessen – Mehr Geld für die „Klimabewusste Ernährungsbildung für Kinder“
- 10 Pestizidrückstände in Erdbeeren – IVA kritisiert BUND-Kampagne scharf
- 11 Zulassung von Pflanzenschutzmitteln – BfR: Alle verfügbaren Studien einreichen
- 11 „Lass uns reden“ – Hinrichs: Lebensmittelsicherheit ist kein Selbstläufer
- 12 Nachbauerklärung – Pflanzenzüchter: Rückmeldefrist beachten
- 12 Weinbau – Einbruch bei den Ausbildungszahlen bereitet Sorgen
- 12 Sozialwahl – Landesbauernverbände erneut stärkste Kraft
- 13 Raiffeisentag – Raiffeisenverband fordert Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien
- 14 DRV-Wirtschaftsforum – Fleisch aus Stammzellen wohl bald konkurrenzfähig
- 14 Mecklenburg-Vorpommern – Neue Richtlinie zu Brandschutz in Ställen erarbeitet

- 14 Öko-Regelungen – Etwa 40 Prozent der Mittel bislang ungenutzt
- 15 Bundeshaushalt 2024 – Dem AgrarEtat drohen erhebliche Kürzungen

Sonderbeilage: Konzept einer bundesweit einheitlichen Förderung der Klima-Risiko-Versicherung im Gartenbau

## Umbau der Tierhaltung

# Borchert-Kommission hofft auf Konsens in der Ampel

Langfristige Verträge zwischen Bund und Landwirten sowie deren Finanzierung sind der Schlüssel für die Transformation  
- Investitionen in Tierwohl nur bei langfristiger Planungssicherheit - Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 entscheidend  
- Borchert erachtet Arbeit des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung als „wertvoll und wichtig“

BERLIN. Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung setzt darauf, dass sich die Ampelkoalition beim Umbau der Tierhaltung noch einigt. Für die kommenden Wochen und Monaten sehe man noch die Chance, „politische Entscheidungen für eine langfristige Finanzierung herbeizuführen“, sagt der Vorsitzende des Kompetenznetzwerkes, **Jochen Borchert**, im Interview mit AGRA-EUROPE. Borchert bezeichnet die Finanzierung der Tierwohlprämien im Rahmen von langfristigen Verträgen als entscheidend für die Transformation. Die Bauern könnten nur dann in die Umstellung investieren, „wenn sie sicher sind, dass die Prämien auch langfristig gezahlt werden.“ Das sei bisher nicht gewährleistet. Sollte sich herausstellen, dass bei den Haushaltsberatungen keine Lösung erreicht werde, werde die von ihm geleitete Kommission die Arbeit einstellen, stellt der frühere Bundeslandwirtschaftsminister unmissverständlich klar. Dann stehe fest, dass in dieser Legislaturperiode eine Umstellung der Nutztierhaltung nicht mehr erfolgen werde. Borchert baut der Ampel zugleich eine Brücke. Aus seiner Sicht würde es reichen, wenn Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** die Genehmigung der Mehrheit im Bundestag

bekommt, dass der Bund mit den Landwirten langfristige Verträge zum Umbau ihrer Tierhaltung abschließt. Wie die Verträge finanziert werden, könne dann in einem weiteren Schritt entschieden werden.

### Neuerlicher Kompromiss viel schwieriger

Borchert betont, dass sich die Kommission die Entscheidung nicht leicht gemacht habe, ihre Arbeit nach neunmonatiger Pause zunächst fortzusetzen. Es sei nach wie vor möglich, „in dieser breit zusammengesetzten Gruppe mit sehr unterschiedlichen Vertretern einstimmige Beschlüsse zu fassen“. Für den Vorsitzenden zeigt das, „wie wertvoll und wie wichtig die Arbeit dieser Kommission ist“. Komme es bis Ende des Jahres trotz aller Bemühungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis, werde man beraten, wie es mit dem Kompetenznetzwerk weitergehe. „Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn der mühsam erreichte Konsens zerbricht und die einzelnen Gruppen sich auf ihre alten Positionen zurückziehen“, so Borchert. Ein neuerlicher Kompromiss wäre nach seiner Einschätzung dann viel schwieriger zu erreichen. AgE

---

### Ich gebe die Hoffnung nicht auf

Der Vorsitzende des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung, **Jochen Borchert**, über die Entscheidung, die Arbeit fortzusetzen, seine Erwartungen an die Ampelkoalition und die Fähigkeit zum Konsens als hohes Gut

*Herr Borchert, das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung nimmt seine Arbeit bis auf weiteres wieder auf. Was sind die Gründe für diese Entscheidung, die viele überrascht hat?*

Wir glauben, dass wir nach wie vor die Möglichkeit haben, in vielen Bereichen der Transformation in der Nutztierhaltung mitzuarbeiten und sinnvolle und praktikable Vorschläge zu machen. Wir wollen uns beispielsweise an einer Verbesserung des Tierwohlkennzeichnungsgesetzes beteiligen. Ausschlaggebend war jedoch der Wille, noch einmal Druck zu machen, dass es zu einer langfristigen, vertraglich abgesicherten Finanzierung kommt.

*Wie schwierig war es, diesen Beschluss der Mitglieder Ihrer Kommission hinzubekommen?*

Dem Beschluss ist eine lange, eingehende, aber auch konstruktive Diskussion vorausgegangen. Wir haben die möglichen Schritte und die damit verbundenen Konsequenzen sehr offen diskutiert und uns dann einstimmig auf diesen Vorschlag verständigt. Es ist klar, dass die Mitglieder mit unterschiedlichen Vorstellungen in eine solche Aussprache gehen. Ausschlaggebend waren die Bereitschaft und die weiterhin bestehende Fähigkeit zum Konsens in der Kommission. Das ist ein hohes Gut in dieser breit zusammengesetzten Gruppe mit sehr unterschiedlichen Vertretern. Es ist nach wie vor möglich, auch in schwierigen Fragen einstimmige Beschlüsse zu erreichen. Das zeigt, wie wertvoll und wie wichtig die Arbeit dieser Kommission ist.

*Sie erkennen in Ihrem Beschluss an, dass die Koalition erste Schritte für einen Umbau der Tierhaltung unternommen hat. Gleichzeitig weisen Sie darauf hin, dass zentrale Fragen unbeantwortet bleiben, nämlich die der Finanzierung und die der langfristigen Tierwohlprämien. Sie haben wiederholt darauf hingewiesen, dies seien die entscheidenden Punkte in Ihrem Konzept. Warum machen Sie trotzdem weiter?*

Ich kann nur wiederholen: Ein entscheidender Punkt der Transformation ist die Finanzierung der Tierwohlprämien im Rahmen von langfristigen Verträgen. Die Bauern können nur dann in die Umstellung investieren, wenn sie sicher sind, dass die Prämien auch auf lange Sicht gezahlt werden. Das ist bisher nicht gewährleistet. Wir haben uns entschieden, trotzdem weiter zu arbeiten, weil wir mithelfen wollen, den Einstieg in langfristige Prämien zu schaffen. Ob das gelingen kann, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

*Von Herbert Wehner ist der Zuruf überliefert, wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen. Hatten Sie die Befürchtung, dass die Tür zu bleibt, wenn Sie einmal rausgegangen sind?*

Nein, die Befürchtung hatte ich nicht. Wir werden jetzt noch einmal alles daransetzen, für die offenen Fragen Lösungen zu bekommen. Wir werden aber die Arbeit einstellen, wenn es im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 nicht zu einer vertraglichen langfristigen Finanzierung kommt.

*Warum ist es wichtig, mit der Politik im Gespräch zu bleiben?*

In den vor uns liegenden Wochen besteht aus unserer Sicht noch die Chance, politische Entscheidungen für eine langfristige Finanzierung herbeizuführen, die eine Transformation der Tierhaltung möglich machen. Dass wir diese Chancen nutzen wollen, zeigt, wie ernst es allen Beteiligten mit dem Umbau der Tierhaltung ist.

*Man konnte zwischenzeitlich den Eindruck gewinnen, dass sich Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir zwar immer wieder auf Sie und die von Ihnen geleitete Kommission beruft, gleichzeitig jedoch nicht danach handelt und Sie ein Stückweit instrumentalisiert. Sind Sie nach den letzten Gesprächen mit ihm überzeugt, dass er gewillt ist, Ihre Empfehlungen umzusetzen?*

Nach meinem Eindruck versucht der Minister die Transformation so zu gestalten, dass sie möglich wird. Aber es gibt nach wie vor erhebliche Widerstände in der Ampelkoalition. Ob die in den nächsten Wochen überwunden werden können, wird sich zeigen. Wenn das nicht gelingt, werden wir unsere Arbeit beenden. Dann wird es nämlich in dieser Legislaturperiode keine Chance mehr geben, die von uns für notwendig gesehene Umstellung der Nutztierhaltung zu erreichen.

*Sie sagten, dass Sie im Lichte des Bundeshaushalts 2024 entscheiden wollen. Sie waren selbst lange Haushaltspolitiker und kennen die derzeit überaus angespannte Situation. Was konkret soll da kommen?*

Es muss erreicht werden, dass Minister Özdemir die Genehmigung der Mehrheit im Bundestag bekommt, dass der Bund langfristige Verträge mit den Landwirten zum Umbau ihrer Tierhaltung abschließt. Wie die Verträge finanziert werden, kann dann in einem weiteren Schritt entschieden werden. Wir brauchen aber langfristige und rechtssichere Verträge, weil nur die Sicherheit für die Bauern bringen. Danach wird man sehen, wie schnell die Transformation in Gang kommt und in welchem Umfang Mittel gebraucht werden. Diese können dann entweder aus dem Bundeshaushalt finanziert werden oder aber über eine gesetzliche Abgabe, wie sie offenbar in der Ampel diskutiert wird.

*Nach dem Hin und Her innerhalb der Koalition zur Frage einer Abgabe - was lässt Sie erwarten, dass die Ampel noch auf einen Nenner kommt?*

Ob man da auf einen Nenner kommt, weiß ich nicht. Es ist aber schon erstaunlich, dass ein einvernehmlicher Beschluss gefasst worden sein soll, der hinterher von einzelnen Beteiligten unterschiedlich interpretiert wird. Welche Interpretation zutrifft, wird sich zeigen. Das Ministerium ist beauftragt, einen Vorschlag für eine Tierwohlabgabe zu erarbeiten. Wenn der vorliegt und darin eine gesetzlich abgesicherte Abgabe vorgesehen ist, werden wir sehen, ob sich die Ampel dann auf einen solchen Weg verständigen kann. Wir dürfen gespannt sein.

*Entspricht das, was in der Ampel diskutiert wird, Ihrem Vorschlag einer mengenbezogenen Verbrauchssteuer?*

So verstehe ich den Vorschlag der Ampelkoalition, der an das Ministerium zur Erarbeitung weitergeleitet worden ist.

*Damit wären Sie zufrieden?*

Wir wären dann zufrieden, wenn dieser Vorschlag mit langfristigen Verträgen über 20 Jahre verbunden ist. Das zusammen würde es möglich machen, die Nutztierhaltung auf breiter Basis zu mehr Tierwohl zu führen.

*In der Koalition wird vor einer „Vollkaskomentalität“ gewarnt, die mit einer langfristigen Tierwohlprämie befördert würde. Mutet Ihr Konzept den Landwirten zu wenig zu?*

Das finde ich nicht. Wir sind bei der Erstattung der variablen Kosten unterhalb der 100 %-Grenze geblieben. Das heißt, die Bauern müssen einen beträchtlichen Teil der Kosten selbst tragen. Klar ist aber auch, wenn die Belastung für den Einzelnen zu hoch ausfällt, werden die meisten auf eine Umstellung verzichten. Jeder wird sich sehr genau überlegen, ob er bei einer Umstellung weiterhin die notwendigen Gewinne erzielt, um seinen Betrieb auf Dauer weiter zu führen. Um es kurz zu machen, wir sind weit entfernt von einer Vollkaskomentalität, sondern muten den Landwirten mit unseren Vorschlägen erhebliche unternehmerische Risiken zu.

*Sie werben seit mehr als dreieinhalb Jahren unermüdlich und mit einem hohen persönlichen Einsatz für die Vorschläge, die Sie im Kompetenznetzwerk erarbeitet haben. Ende dieses Jahres, wenn der Haushalt beschlossen wird, werden es fast vier Jahre sein. Wie dick ist Ihr Geduldsfaden?*

Wir müssen am Ende der Haushaltsberatungen eine realistische Chance sehen. Wenn nicht, hören wir auf. Das hat nichts mit einem dicken oder dünnen Geduldsfaden zu tun, sondern mit der klaren Erkenntnis, dass dann in dieser Legislaturperiode eine Umstellung der Nutztierhaltung nicht mehr erfolgen wird.

*Werden sich die Arbeitsgruppen in den nächsten Monaten treffen und aktiv sein oder konzentrieren Sie sich darauf, zweifelnde Koalitionäre zur Einsicht zu bewegen?*

Unsere Forderung ist sehr klar, dass auch die Arbeitsgruppen stärker mit einbezogen werden. In den Arbeitsgruppen gibt es sehr sorgfältig und genau geprüfte Vorschläge für die Probleme, die bei der Transformation auftreten. Das reicht von der Haltungskennzeichnung über das Bau- und Umweltrecht bis zur Finanzierung. Die einzelnen Arbeitsgruppen verfügen über ein enormes Potential an Sachverstand. Die Vorschläge sind sorgfältig von exzellenten Fachleuten erarbeitet und geprüft worden. Umso unverständlicher wäre, wenn sie nicht berücksichtigt würden,

*Auf die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist, haben Sie vor einigen Wochen geantwortet, nicht einmal Viertel voll. Gilt das noch?*

Ich glaube nicht, dass es wesentlich voller geworden ist. Wir werden sehen, ob es in den nächsten Monaten gelingt, das Glas zu füllen.

*Sie sind zuversichtlich?*

Wenn ich das nicht wäre, hätte ich dafür plädiert, dass wir die Arbeit bereits jetzt einstellen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Finanzierung im Zuge der Haushaltsberatungen gelingen kann.

*Sollte es nicht klappen, wird die Borchert-Kommission dann Geschichte sein?*

Das wird sich zeigen, wenn wir nach einer missglückten Finanzierung darüber beraten, wie es weiter geht. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn der mühsam erreichte Konsens zerbricht und die einzelnen Gruppen sich auf ihre alten Positionen zurückziehen. Ein neuerlicher Kompromiss wäre dann viele schwieriger zu erreichen.

*Vielen Dank für das Gespräch!*

AgE

## Bayern

### Erleichterungen für den Bau von Tierwohlställen

MÜNCHEN. Für bäuerliche Familienbetriebe in Bayern gelten zukünftig beim Um- und Neubau Vereinfachungen für baurechtlich zu genehmigende Tierwohlställe für Rinder und Schweine. Um die Verfahren zu beschleunigen, haben das Umweltministerium und das Landwirtschaftsministerium laut Mitteilung vom Dienstag vergangener Woche (6.6.) gemeinsam Vollzugshinweise erstellt. „Der Freistaat schafft mit der Neuregelung Verbesserungen für viele Landwirte. In einfach gelagerten Fällen kann zukünftig im Sinne des Tierwohls mehr Auslauf für Rinder und Schweine schneller geplant und genehmigt werden“, erläuterte Umweltminister **Thorsten Glauber**. Die gemeinsamen neuen Vollzugshinweise seien ein weiterer Schritt beim Bürokratieabbau. Laut Kaniber sind die Anforderungen des bundesweit geltenden Immissionsschutzrechts besonders seit der Neufassung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) 2021 kaum noch zu überblicken. Mit den nun vorliegenden Vollzugshinweisen sei es gelungen, durch klare Vorgaben an die nachgeordneten Behörden bayernweit einen einheitlichen Vollzug dieser Regelungen zu gewährleisten. „Ganz besonders freut es mich, dass wir es geschafft haben, speziell für Stallbauvorha-

ben unserer bäuerlich geführten Familienbetriebe wesentliche Vereinfachungen - etwa durch Verzicht auf Gutachten - zu erreichen“, betonte die Ministerin. Auch im Umfeld der besonders stark geschützten und empfindlichen Fauna-Flora-Habitat-(FFH)-Gebiete soll es ermöglicht werden, nach einheitlichen Kriterien mit vertretbarem Aufwand und ohne Gutachten tierwohlgerechte Stallbauvorhaben zu realisieren. „Das wird dazu beitragen, dass unsere Betriebe auch künftig hochwertige regionale Produkte aus heimischer Tierhaltung erzeugen können“, hob Kaniber hervor. Mit den Vollzugshinweisen werden den Ministerien zufolge die komplizierten Bundesvorgaben der TA Luft nach Anhang 8 zu naturschutzrechtlichen Fragen der Stickstoffdeposition für baurechtlich zu genehmigende Tierwohlställe in der Nähe von FFH-Gebieten stark vereinfacht. In sieben Fallkonstellationen werden vereinfachte Lösungswege für viele Praxisfälle aufgezeigt. Aufwändige Gutachten oder Ausbreitungsrechnungen sind für diese dann nicht mehr erforderlich. Diese Regelung gilt bei allen Fällen ohne Tierplatzzahlerhöhungen, aber auch bei einer Zunahme der Tierplatzzahlen sind Vereinfachungen vorgesehen. AgE

## Veterinärwesen

### Mangel an Nutztierärzten

LEIPZIG. In Deutschland werden die Veterinäre knapp. Besonders in der tierärztlichen Versorgung der landwirtschaftlichen Nutztiere gebe es viele offene Stellen, berichtete am Dienstag vergangener Woche (6.6.) der Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig, **Prof. Thomas Vahlenkamp**. Wichtig sei es deshalb, die Wertschätzung für den Beruf zu erhöhen und mehr auszubilden. Wie dies in der Praxis geschehen kann, stand dem Dekan zufolge bei auf dem am vergangenen Donnerstag in Leipzig begonnenen Kongress der European Association of Establishments for Veterinary Education (EAEVE) auf der Tagesordnung, welche die europäische Akkreditierungsagentur für Veterinärmedizinische Bildungseinrichtungen ist. „Das Haustier spielt eine immer größere Rolle als Familienmitglied. Die Anzahl der in deutschen Haushalten gehaltenen Hunde und Katzen ist mittlerweile auf über 25 Millionen gestiegen“, stellte Vahlenkamp fest. Da-

her wachse der Bedarf an Kleintierpraxen, aber ebenso der Wunsch vieler Studierenden in diesem Sektor zu arbeiten. Das habe Folgen, denn es entstünden Lücken in der fachlich qualifizierten Versorgung anderer Bereiche. „Diese werden schon jetzt in der Nutztiermedizin offensichtlich, aber auch für den Bereich des öffentlichen Veterinärwesens mit der Lebensmittelhygiene, dem Tierschutz und der Tierseuchenbekämpfung“, so der Dekan. Um diesem Trend langfristig entgegenzuwirken, ist es aus Sicht von Vahlenkamp nötig, das Berufsbild bei Studierenden wie auch in der Öffentlichkeit besser zu vermitteln und die Wertigkeit des Berufes in seinen unterschiedlichen Facetten bewusst zu machen. Nur so könne die Abdeckung hoheitlicher Aufgaben auch in Zukunft gewährleistet werden. Um dem Mangel an Tierärzten zu begegnen, „müssen wir an den bestehenden fünf veterinärmedizinischen Bildungsstätten in Deutschland mehr ausbilden“, forderte der Wissenschaftler. AgE

## Tierwohl

### Künftige Zahl der Sauenhalter unbekannt

BERLIN. Die siebte Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) verpflichtet die deutschen Sauenhalter zu einem Neu- oder Umbau ihrer Stallungen in Richtung mehr Tierwohl. Zunächst sind bis 2026 Änderungen im Deckzentrum vorzunehmen und dafür, falls nötig, Baukonzeptionen einzureichen. Angesichts des starken Strukturwandels und den hohen Investitionskosten wollte die AfD-Bundestagsfraktion in einer Kleinen Anfrage von der Bundesregierung wissen, wie viele solcher Anträge bereits eingegangen sind und wie viele Ferkelerzeuger ihre Aufgabe angezeigt haben. Zu beiden Fragen konnte die Regierung keine Angaben machen, da dazu „Informationen nicht vorliegen“. Sie verwies in ihrer Antwort darauf, dass es mit dem Bundesprogramm Stallumbau oder dem Agrarinvestitionsför-

derungsprogramm (AFP) finanzielle Unterstützung auch für Sauenhalter gebe. Der Agrarsprecher der AfD-Bundestagsfraktion, **Stephan Protschka**, monierte, dass die Bundesregierung nicht wisse, ob und wie viele sauenhaltende Betriebe es ab 2026 noch in Deutschland geben werde. „Es scheint die Bundesregierung überhaupt nicht zu interessieren, ob es ab 2026 noch Sauenhaltung in Deutschland gibt, obwohl wir schon heute knapp 8 Millionen Ferkel aus dem Ausland importieren müssen“, so der AfD-Politiker. Die deutschen Sauenhalter bräuchten jetzt dringend Unterstützung, damit es auch in Zukunft noch Schweinefleisch komplett aus deutscher Herkunft gebe. „Die AfD-Fraktion fordert deshalb, den betroffenen Betrieben den Zeitdruck zu nehmen und die Baugenehmigungen zu erleichtern“, betonte Protschka. Die Bun-

desregierung wies hinsichtlich der Importferkel darauf hin, dass in den Hauptlieferländern Niederlande und Dänemark nationale Tierschutzanforderungen für die Sauenhaltung gel-

ten würden, die über den europäischen Standard hinausgingen. Sie räumte aber auch ein, dass diese teilweise hinter den künftigen Anforderungen Deutschlands zurückblieben. AgE

## EU-Nitratrichtlinie

### Backhaus erwartet nun „eine neue Phase der Umsetzung“

SCHWERIN. Nachdem die Europäische Union mit Blick auf die Nitratrichtlinie das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingestellt hat, sieht Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** nun eine „neue Phase der Umsetzung“ anstehen. „Die wünsche ich mir als Phase der Kooperation anstelle von Konfrontation, wie wir sie viel zu lange erlebt haben“, betonte der auch für Umweltfragen zuständige Ressortchef am Montag vergangener Woche (5.6.) in Schwerin anlässlich des Weltumwelttages. Zuvor hatten das Landwirtschaftsministerium, der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern, der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft sowie die Kooperationsgemeinschaft Wasser und Abwasser eine Absichtserklärung zum Trinkwasserschutz unterzeichnet. Ziel der erklärten Kooperation sei der langfristige Ressourcenschutz und damit zugleich der Schutz des Trinkwassers bei der Landbewirtschaftung in Wasserschutzgebieten, erläuterte Backhaus. Mit der Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens habe die EU gezeigt, dass „wir auf dem richtigen Weg sind. Nun müssen wir konsequent ins Handeln kom-

men“, unterstrich der Minister. Im Vordergrund steht dabei laut Backhaus ein interessengerechter und nachhaltiger Umbau der Bewirtschaftung von etwa 6 000 ha Ackerfläche in den Trinkwasserschutzzonen II, der möglichst bis 2040 abgeschlossen sein soll. Zugleich solle sichergestellt werden, dass für hieraus resultierende Erschwernisse bei der Landbewirtschaftung ein angemessener Ausgleich erfolge. Als freiwillige Maßnahmen könnten hierbei dem SPD-Politiker zufolge unter anderem die Umwandlung von Acker in Dauergrünland und dafür Umwandlung von Dauergrünland in Acker an anderer Stelle erfolgen, die Umwandlung von Acker in Wald, die Umstellung auf den Ökolandbau oder die Bewirtschaftung mit angepasster Intensität in Pflanzenschutz und Düngung. Im Rahmen der Kooperation sollten ferner eine landwirtschaftliche Fachberatung mit der Zielstellung Trinkwasserschutz, finanzielle Förderung von Maßnahmen zum vorbeugenden Trinkwasserschutz durch das Ministerium sowie langfristige Konzepte zum Schutz des Trinkwassers bei gleichzeitig schonender landwirtschaftlicher Nutzung entwickelt werden. AgE

## Bayern

### Naturschützer hält Veganismus für Irrweg

Der BN-Ehrenvorsitzende äußert sich kritisch zu veganer Ernährung - Grünland nur durch Wiederkäuer nutzbar - Grasende Wiederkäuer sind Klimaschützer - Weiger befürwortet die Kombihaltung - Interview sorgt für Aufregung - BN veröffentlicht Position zum Thema Tierhaltung und Veganismus

MÜNCHEN. Der Ehrenvorsitzende des BUND Naturschutz (BN) in Bayern, **Prof. Hubert Weiger**, lehnt eine vegane Ernährung ab. „Veganismus als Leitbild ist ein zentraler Angriff auf bäuerliche Strukturen“, so der Naturschützer vergangene Woche in einem Interview mit BR24. Weiger reagierte mit seiner Aussage darauf, dass die Jugendorganisation des BN gefordert hatte, auf BUND-Veranstaltungen nur noch vegane Gerichte zu servieren. Wiederkäuer könnten im Gegensatz zu anderen Tieren und zum Menschen Gras fressen und dieses in Nahrungsmittel umwandeln - damit also Grünland nutzbar machen, erläuterte Weiger. Durch die Weidetierhaltung werde das Grünland erhalten und gepflegt, sowie auch viele alte Nutztierassen. Wenn Wiederkäuer auf Grünland grasen, sind sie Weiger zufolge keine Klimakiller; die Tiere würden im Gegenteil das Klima schützen. „Grünland ist durch die Wurzelmasse im Boden ein lebender Humuskörper und Kohlenstoffspeicher, und gleichzeitig sind Wiesen und Weiden die artenreichsten Lebensräume, die wir haben“, erklärte der BN-Ehrenvorsitzende gegenüber dem BR24. Allerdings sieht es Weiger kritisch, wenn Kühe in großen Ställen stehen und statt mit Gras mit Mais, Getreide und Soja gefüttert werden. Die in Bayern beliebte Kombihaltung, bei der Tiere im Sommer auf der Weide und im Winter angebunden im Stall stehen, befürwortet er hingegen. Damit könnten auch kleine Betriebe, denen die Mittel für neue Ställe oder Umbauten fehlten,

ihren Tieren den Gang auf die Weide ermöglichen, so der Naturschützer. Der Artikel auf BR24 hatte für Aufregung gesorgt, da in der ersten veröffentlichten Version die Aussage „Esst Fleisch“ als direktes Zitat des BN-Ehrenvorsitzenden enthalten war. Da Weiger dies laut BR aber nicht wörtlich gesagt hatte, wurde dies im Artikel korrigiert.

#### Klarstellung der Verbandsposition

Der BN stellte anschließend gemeinsam mit dem Ehrenvorsitzenden und dem Landesvorstand der Jugendorganisation seine Position zum Thema klar, da im Beitrag des BR „durch Verkürzungen missverständliche Formulierungen entstanden“ seien. „Eine vegane Ernährungsweise ist eine individuelle Entscheidung, die auch dazu beiträgt, die Produktion und den Konsum tierischer Produkte zu verringern“, heißt es in der Stellungnahme. Damit leiste sie einen Beitrag dazu, die „durch industrielle Tierhaltung entstehenden Umwelt- und Klimaprobleme“ zu verringern. Der BN lehnt eigenen Angaben zufolge jede Form der „industriellen Massentierhaltung“ ab und setzt sich für eine Ernährungsweise ein, bei der Fleisch und andere tierische Produkte „ausschließlich aus artgerechten und ökologisch angepassten Haltungsformen stammen“. Die bayerische Naturschutzorganisation mache sich daher seit Jahrzehnten auch für eine mengenmäßig deutlich reduzierte Tierhaltung stark. AgE



## Schweinefleischexport

### Kaniber drängt auf mehr Einsatz für Regionalisierungsabkommen

MÜNCHEN. Aufgrund der Afrikanischen Schweinepest (ASP) haben viele Drittstaaten die Einfuhr von Schweinefleisch aus Deutschland gesperrt. Um wichtige Märkte wie China und Japan wieder für heimisches Schweinefleisch zu öffnen, hat Bayerns Agrarministerin **Michaela Kaniber** erneut vom Bund ein stärkeres Engagement bei Verhandlungen um sogenannte Regionalisierungsabkommen gefordert. Wie das Agrarressort in München am vergangenen Mittwoch (7.6.) mitteilte, hat sich Kaniber deshalb in einem Schreiben an Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** gewandt. Den erfolgreichen Abschluss eines Abkommens mit Südkorea begrüßte sie darin als wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Dennoch müsse dieses Thema jetzt mit Nachdruck weiterverfolgt werden, betonte die Ministerin. Frankreich und Ungarn hätten nämlich gezeigt, dass auch Länder wie China und Japan bei entsprechendem Nachdruck durchaus bereit seien, regionalisierte Abkommen abzuschließen. Damit sieht Kaniber auch für Deutschland Chancen für Verhand-

lungen mit der Volksrepublik zur Lieferung von Schweinefleisch aus ASP-freien Regionen, auch wenn sich die Bundesrepublik im Vergleich zu Frankreich aufgrund der dortigen ASP-Freiheit in einer anderen Ausgangslage befinde. In Asien seien Teile vom Schwein gefragt, die in Europa nicht zu vermarkten seien. Insofern diene der Export dorthin auch der vollständigen Verwertung von in Deutschland aufgezogenen Schweinen. Das müsse Deutschland zum Anlass nehmen, das Thema mit der erforderlichen Gewichtung weiter zu verfolgen, so Kaniber. Ungarn habe bei seinen erfolgreichen Verhandlungen mit Japan gezeigt, dass bei entsprechendem Engagement ein solches Abkommen möglich ist. Die bilateralen deutsch-japanischen Gespräche kämen dagegen nur langsam voran. Agrarminister Özdemir müsse sich deshalb weiterhin mit Nachdruck und auf den höchsten politischen Ebenen für eine erfolgreiche Ausgestaltung und Beschleunigung von Regionalisierungsabkommen, insbesondere mit China und Japan, einsetzen. AgE

## Welttag der Lebensmittelsicherheit

### Täglich erkranken Millionen Menschen an lebensmittelbedingten Infektionen

BERLIN. Täglich erkranken weltweit etwa 1,6 Millionen Menschen aufgrund von unsicheren Lebensmitteln. In Deutschland werden nur etwa 100 000 Fälle pro Jahr gemeldet, im Tagesdurchschnitt also rund 270. Die Dunkelziffer liege jedoch vermutlich deutlich höher, erklärte der Präsident des Bundesamtes für Risikobewertung (BfR), **Prof. Andreas Hensel**, vorige Woche anlässlich des „Welttag der Lebensmittelsicherheit“ in Berlin. Lebensmittelbedingte Infektionen durch Bakterien, Viren oder Keime seien eine Dauerbrenner-Herausforderung, stellte Hensel klar. Diese seien auch für jeden Haushalt ein ernstes aktuelles Gesundheitsproblem. Es sei dem BfR daher

ein Anliegen, die Bevölkerung über die Risiken mangelnder Lebensmittelsicherheit aufzuklären. „Das Einhalten weniger Verhaltensregeln kann Krankheiten vermeiden und Leben retten“, betonte Hensel. Dem BfR zufolge gehen die meisten Erkrankungen zwar nur mit milden Symptomen einher und sind schnell überstanden. Dennoch sind vor allem Risikogruppen wie Kleinkinder, Schwangere, ältere Menschen oder Personen mit Immunschwächung gefährdet. Lebensmittelinfektionen könnten gerade bei diesen Gruppen auch schwer verlaufen und in Einzelfällen tödlich enden. ([www.instagram.com/bfrde](https://www.instagram.com/bfrde), <https://twitter.com/bfrde>). AgE

## Klimakrise

### ZVG und BOG mahnen staatliche Unterstützung für Mehrgefahrenversicherung an

Förderkonzept sieht eine Bund-Länder-Prämienförderung zu jeweils 25 Prozent vor - Alle Sparten des Gartenbaus sollten diese in Anspruch nehmen können - Mertz: Schäden im Gartenbau durch Extremwetterereignisse haben massiv zugenommen - Mit einer solchen Unterstützung würden auch Wettbewerbsverzerrungen im EU-Binnenmarkt abgemildert

BERLIN. Angesichts zunehmender Wetterextreme pocht der deutsche Gartenbau auf eine bundesweit einheitliche staatliche Förderung von Mehrgefahrenversicherungen. Ein am Dienstag voriger Woche (6.6.) vom Zentralverband Gartenbau (ZVG) und dem Bundesausschuss Obst und Gemüse (BOG) vorgelegtes Konzept sieht eine Bund-Länder-Prämienförderung zu jeweils 25 % vor (Sonderbeilage). Alle Sparten des Gartenbaus - von Obst und Gemüse bis zur Zierpflanzenproduktion - sollen diese Förderung gemäß vorgelegtem Konzept in Anspruch nehmen können. Wichtige förderfähige Risiken sind laut ZVG und BOG Hagel, Sturm, Starkregen und Frost. Das Risiko Dürre wird von den beiden Initiatoren dagegen nicht als förderfähige Gefahr angesehen. Nach Berechnungen der Verbände könnte mit einem Prämienvolumen zwischen rund 47 Mio Euro und 104 Mio Euro bei den Kulturen Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Stauden und Gehölze Wertschöpfung in einer Spanne von 1,88 Mrd Euro bis 2,44 Mrd Euro abgesichert werden. „In den letzten Jahren haben die Schäden im Gartenbau durch Extremwetterereignisse massiv

zugenommen“, stellte ZVG-Präsident **Jürgen Mertz** fest. Die dann häufig bereitgestellten staatlichen Ad-hoc-Beihilfen seien notwendig gewesen, hätten aber die Haushalte unplanmäßig belastet und böten den Betrieben keine planbare Sicherheit. „Deshalb setzen wir auf eine einzelbetriebliche Risikoversorge durch eine Mehrgefahrenversicherung mit staatlicher Unterstützung“, erklärte der BOG-Vorsitzende **Jens Stechmann** ergänzend. Sie helfe, die Wettbewerbsverzerrungen im EU-Binnenmarkt abzumildern, die durch eine deutliche Förderung der Versicherungsprämien in vielen Mitgliedstaaten entstanden seien.

#### Derzeit ein Flickenteppich

Nach Einschätzung beider Verbände besteht ein „dringender Handlungsbedarf“, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können und zu verhindern, dass die Versorgung heimischer Produkte bei höchsten Standards einer nachhaltigen Erzeugung an Boden verliere. „Aus diesem Grunde erwarten wir politische Unterstützung in Form einer Förderung der Klima-Risiko-Versi-

cherung“, heißt es in dem Konzept. „Sehr positiv“ bewerten es ZVG und BOG, dass sich inzwischen einzelne Bundesländer entschlossen haben, in die Förderung der einzelbetrieblichen Risikoversorge einzusteigen, nachdem Länderforderungen nach Unterstützung vom Bund bislang ungehört geblieben seien. Allerdings führe das zu einem Flickenteppich in Deutschland, zumal die einzelnen Länder ihren Förderschwerpunkt unterschiedlich setzten, geben die beiden Verbände zu bedenken. Neben dem europäischen Wettbewerb komme es damit zusätzlich zu Wettbewerbsnachteilen innerhalb des Bundesgebietes. „Deshalb brauchen wir dringend eine bundeseinheitliche Lösung“, so Mertz und Stechmann.

#### Auswinterungsrisiko deutlich gestiegen

Das Papier wurde von den Verbänden an das Bundeslandwirtschaftsministerium übermittelt. ZVG und BOG zeigten sich

aus diesem Anlass überzeugt, dass die Unterstützung der einzelbetrieblichen Risikoversorge effizienter ist als teure Ad-hoc-Hilfen. Angesichts der fortschreitenden Klimaveränderungen und gestiegenen Witterungsrisiken wäre dies auch ein wichtiges Signal für die regionale Produktion. Im Papier wird unter anderem erläutert, dass die klimatischen Veränderungen der letzten Jahre die Gartenbaubetriebe besonders treffen würden, weil viele Kulturen wie zum Beispiel im Obstbau sehr sensibel auf wechselnde Bedingungen reagierten. Extremwetterlagen erhöhten das Produktionsrisiko: Trotz milder Winter nehme das Auswinterungsrisiko zu, der frühere Vegetationsbeginn erhöhe das Frostrisiko, ungleiche Niederschlagsverteilungen im Jahresverlauf steigerten die Dürregefahr und extreme Unwetter mit Hagel, Sturm und Starkregen fielen heftiger aus. Hinzu kommt laut ZVG und BOG, dass Dauerkulturen sehr lange Standzeiten haben. AgE

#### Unwetter zu Fronleichnam

### Vereinigte Hagel meldet Schäden auf 6 600 Hektar

GIESSEN. Rund 2 500 einzelne Feldstücke mit einer Gesamtfläche von etwa 6 600 ha sind der Vereinigten Hagel nach dem Unwetter vom Fronleichnamstag bislang als geschädigt gemeldet worden. Und stündlich gingen weitere Meldungen ein, berichtete das Versicherungsunternehmen vorigen Freitag (9.6.) in Gießen. Das Hauptschadengebiet erstreckte sich in Nordwest-Südost-Richtung von Markheidenfeld über Ochsenfurt bis nach Markt Erlbach. Weitere Schäden seien aus dem Rheinland, der Köln Aachener Bucht und dem Großraum Stuttgart gemeldet worden. Betroffen waren laut der Vereinigten Hagel nahezu alle Kulturen von Getreide über Kartoffeln und Hülsenfrüchte sowie Obst, Wein und Gemüse. Der Versicherer erinnerte daran, dass es bereits Ende Mai - in genau umgedrehter Zugrichtung von Südwest nach Nordost - in Westfalen erhebliche Schäden auf einer Fläche von etwa 3 000 ha gegeben hatte. Werl, Bad Sassendorf und Detmold beziehungsweise Lage seien dabei die am stärksten betroffenen Regionen gewesen. Auch damals seien mit Ausnahme von Wein fast alle Kulturgruppen betroffen gewesen. Entwarnung kann laut dem Unternehmen, das sich dabei auf **Fabian Ruhnau** vom Kachelmann-Wetterkanal beruft, nicht

gegeben werden. Ruhnau zufolge stehe die Großwetterlage in Europa weiterhin auf dem Kopf. Mächtige blockierende Hochdruckgebiete über dem Atlantik und Nord- sowie Nordwesteuropa riegelten die klassische Westströmung völlig ab, berichtete der Wetterexperte. Ein Höhentief wandere um das Blocking-Hoch von Ost nach West und sorge für viele Fragezeichen. In dieser Woche soll sich die blockierende Wetterlage demnach fortsetzen. Das „Blocking-Hoch“ verschiebe sich wahrscheinlich mehr nach Nordwesteuropa oder sogar auf den Nordatlantik. Größere Unsicherheiten gebe es hinsichtlich eines Höhentiefs. Die Modelle lassen laut der Vereinigten Hagel dieses „Ei“ von Osteuropa entweder Richtung Alpen, Süddeutschland oder auch nach Norditalien ziehen. Damit könnte es von Osten her hierzulande Schauer oder Gewitter geben und nicht mehr so warm werden. Sollte das Tief Deutschland jedoch nicht erreichen und eher nach Norditalien abtropfen, würde sich das trockene und sehr warme Sommerwetter fortsetzen. Hier gebe es noch große Unterschiede bei den Wettermodellen. Es bleibe also unsicher, welche Schäden in den nächsten Tagen tatsächlich zu erwarten seien. AgE

#### Ackerbodentagung in Soest

### Um den Bodenschutz ist es in Deutschland „schlecht bestellt“

SOEST. Kein gutes Zeugnis stellt der Sprecher des Kuratoriums „Boden des Jahres“, **Dr. Gerd Milbert**, dem Bodenschutz in Deutschland aus. Insgesamt 55 ha Landwirtschaftsfläche würden im Mittel pro Tag zu Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewidmet. „Dieser Umstand mache deutlich, wie schlecht es um den Schutzstatus der Böden bestellt sei. „Wir müssen damit aufhören, Böden mit höher Ertragssicherheit gedankenlos zu verbrauchen“, mahnte Milbert bei der Ackerbodentagung auf dem Versuchsgut der Fachhochschule (FH) Südwestfalen am Dienstag vergangener Woche (6.6.) in Soest. Staatssekretär **Dr. Martin Berges** vom Landwirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen stellte fest, dass Bodenbewirtschaftung, Flächenversiegelung durch Bebauung und nicht zuletzt die Auswirkungen des Klimawandels gleich mehrfach in das empfindliche System Boden eingriffen. Es gelte deshalb - flankiert von politischen Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene zu Themen wie Erosionsschutz oder Flächenverbrauch - die Bodenqualität durch kluge ackerbauliche Maßnahmen und gute Kulturführung unter Einbezug klimabedingter Faktoren zu erhalten und zu schützen. Dazu seien vor allem ein hohes Maß an

pflanzenbaulichen Kenntnissen und der Transfer von der Wissenschaft in die Praxis erforderlich, betonte Berges. Er räumte ein, dass anders als Wälder, Moore oder andere Biotope Ackerböden nicht besonders geschützt seien. **Prof. Thomas Weyer**, Initiator der Tagung, wies indes darauf hin, dass Ackerböden nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisteten. Sie böten vielmehr auch Lebensraum für bis zu 15 t Bodenlebewesen pro Hektar, nähmen Regenwasser auf und regelten den Grundwasserspiegel, Stoffflüsse und mehr. Der ausgewählte Ackerboden in der Soester Börde vom Typ Pseudogley-Parabraunerde mit hohen Schluffanteilen erbringe selbst in regenarmen Perioden Spitzenerträge. Die Aufgabe von Politik, Landwirtschaft und Verbraucherschafft ist laut Weyer, sich der Funktion des Bodens als überlebenswichtige Ressource bewusst zu werden und schädigenden Einflüssen wie Erosion, Bodenverdichtung, Bodenversauerung, Nährstoffüberhänge, Flächenverbrauch und Versiegelung als Herausforderung zu begegnen. Dazu zähle auch, Ansätze der Energiewende in Bezug auf Photovoltaik auf freier, wertvoller Fläche zu überdenken, so der Bodenexperte. AgE

## UBA-Aussage

## Waldeigentümer dementieren Holzknappheit

BERLIN. Die Waldbesitzer zeigen sich irritiert über die Aussage des Umweltbundesamtes (UBA), wonach die Menge des in deutschen Wäldern gespeicherten Kohlenstoffs seit Jahren abnehme. Die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) - Die Waldeigentümer“ wehrte sich am Dienstag vergangener Woche (6.6.) gegen das „Märchen von der Holzknappheit“. Die Zahlen der letzten Kohlenstoffinventur von 2017 haben laut Verband das Gegenteil gezeigt. „Wir nutzen im Rahmen unserer nachhaltigen Forstwirtschaft traditionell deutlich weniger Holz als nachwächst; das zeigt der deutliche Vorratsanstieg in den letzten Jahrzehnten“, betonte AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter. Mit 3,9 Mrd m<sup>3</sup>

Gesamtvorrat stehe im deutschen Wald mehr Holz als in jedem anderen EU-Land. Daran änderten auch die aktuellen Waldschäden „grundsätzlich nichts“. Das UBA hatte sich kürzlich in einem Newsletter gegen die Nutzung von Holzenergie ausgesprochen, da diese „kontraproduktiv für Klima und Gesundheit“ sei. Der Fachverband Holzenergie (FVH) hatte bereits sein Unverständnis über die Ausführungen der Behörde zum Heizen mit Holz ausgedrückt. „Zudem wird das Holzaufkommen in den nächsten Jahren aus dem Waldumbau und Maßnahmen zur Klimaanpassung der Wälder weiter ansteigen“, hatte FVH-Geschäftsführer Gerolf Bücheler in diesem Zusammenhang festgestellt. AgE

## Gebäudeenergiegesetz

## Umweltorganisationen gegen Nachbesserungen bei Holzenergie

BERLIN. Mehrere Umweltorganisationen wollen Holz künftig nicht als nachhaltige Option im Gebäudeenergiegesetz (GEG) enthalten sehen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Greenpeace, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), ROBIN WOOD und der World Wide Fund For Nature (WWF) appellierten daher am vergangenen Mittwoch (7.6.) gemeinsam an die Ampelparteien, das Gesetz nicht für Holz zu öffnen. Das Bündnis spricht sich dagegen aus, eine Verbrennungstechnologie durch eine andere zu ersetzen, die „ebenfalls klimaschädlich“ sei. Um die Klimaziele zu erreichen und die Artenvielfalt zu schützen, dürfe Holz nicht in Öfen landen, so die Forderung der Umweltverbände. „Da die in Holz gespeicherte Energie geringer ist als in Kohle und Erdgas, wird bei der Holzverbrennung bis zu doppelt so viel CO<sub>2</sub> freigesetzt, um die gleiche Wärmemenge zu erhalten“, begründen die Organisationen ihren Appell. Das dabei freigesetzte CO<sub>2</sub> könne erst sehr langsam über die nächsten Jahrzehnte in Bäumen

wieder gebunden werden. „Zeit, die wir im Klimaschutz nicht haben“, heißt es in dem Statement. Zudem setze die Holzverbrennung gesundheitsschädliche Stoffe frei. Außerdem sei Holz ein wertvoller und begrenzter Rohstoff, so die Organisationen. Dieser sollte „nur in Ausnahmefällen für Heizzwecke herangezogen werden, wenn keine Alternativen zur Verfügung stehen“. Hintergrund ist, dass Bundeswirtschaftsminister **Dr. Robert Habeck** nach heftiger Kritik am GEG-Entwurf kürzlich Nachbesserungen angekündigt hat. Unter anderem könnten mit Holz und Heizpellets mehr Technologien zugelassen werden, um die Zielmarke von 65 % erneuerbaren Energiequellen in neuen Heizungen zu erreichen. Zudem will der Grünen-Politiker den Startzeitpunkt für die Vorgaben staffeln. Die Regelungen könnten demnach ab 1. Januar 2024 zunächst nur für Neubauten gelten, die ab Januar genehmigt werden. Bestandsgebäuden würde demnach mehr Zeit eingeräumt. AgE

## Kleine Anfrage

## Bundesregierung soll zu gefälschten Biodieselimporten Antworten geben

BERLIN. Angesichts der sich mehrenden Hinweise, dass große Mengen von fälschlicherweise als „fortschrittlicher Biokraftstoff“ deklariertem Biodiesel aus China importiert und in Deutschland in Umlauf gekommen sind, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jetzt eine Kleine Anfrage dazu gestellt. Die Union weist darauf hin, dass Medienberichten zufolge die Importe von Biodiesel aus China im Januar und Februar 2023 doppelt so hoch gewesen seien wie im Vorjahreszeitraum. So seien in den ersten beiden Monaten 455 000 t des Kraftstoffs nach Europa eingeführt worden, wovon der Großteil mit 395 000 t in die Niederlande gegangen sei. Laut dem Zertifizierungssystem International Sustainability & Carbon Certification (ISCC) enthielten die bis Februar stark gestiegenen Einfuhren „Anzeichen, die auf einen möglicherweise zweifelhaften oder betrügerischen Ursprung dieser Handelsströme hinweisen“. Experten vermuten laut Unionsfraktion, dass der Biodiesel aus Palmöl oder Altspeisefett hergestellt und dann rechtswidrig zu fortschrittlichem Biokraftstoff umdeklariert worden sei, der einen höheren Preis erziele. Dem Vernehmen nach hätten die Käufer in der EU den

Biokraftstoff zu Dumpingpreisen bezogen. In Deutschland biete die Regelung gemäß der 38. Bundesimmissionschutzverordnung, wonach fortschrittliche Biokraftstoffe nach Erfüllung der verbindlichen Unterquote doppelt auf die Treibhausgasminderungsquote angerechnet werden könnten, einen besonderen Anreiz, diese Kraftstoffe einzusetzen, so die CDU/CSU-Fraktion. Vor dem Hintergrund, dass „klimapolitische Ziele und Instrumente durch diese mutmaßlich betrügerischen Praktiken unterlaufen werden“, ergeben sich für die Union Fragen an die Bundesregierung. Sie will unter anderem wissen, wann die in Deutschland zuständige Behörde, die die Datenbank für Nachhaltigkeitsnachweise führt und die in Deutschland ansässigen Zertifizierungsstellen zulässt und kontrolliert, von den möglichen Betrugsfällen Kenntnis erlangt habe. Außerdem fragt die Fraktion, welche Strafverfolgungsbehörde derzeit mit der Aufarbeitung der Verdachtsfälle betraut sei und wieviel „Witness-Audits“ die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) nach Kenntnis der Bundesregierung in China durchgeführt habe, und welche Erkenntnisse sich daraus ergeben hätten. AgE

## Stromerzeugung

### Biogas mit stabilem Anteil

WIESBADEN. In Deutschland sind im ersten Quartal dieses Jahres insgesamt 132,8 Mrd kWh Strom erzeugt und in das Netz eingespeist worden. Daran hatten Biogasanlagen einen Anteil von 5,5 %, womit dieser gegenüber der Vorjahresperiode um 0,1 Prozentpunkte höher lag. Die Stromerzeugung aus Biogas nahm dabei allerdings um 4,7 % auf 7,4 Mrd kWh ab. Insgesamt war der Rückgang der ins Netz eingespeisten Strommenge jedoch mit 7,8 % noch deutlich stärker. Als Gründe dafür nannte das Statistische Bundesamt (Destatis) am vergangenen Mittwoch (7.6.) milde Temperaturen, hohe Strompreise und eine konjunkturelle Abschwächung. Wichtigste Energiequelle für den Strommarkt war erstmals seit dem zweiten Quartal 2020 wieder die Windkraft. Diese hatte an dem im Berichtszeitraum erzeugten und in das Netz eingespeisten Strom einen Anteil von 32,2 %, verglichen mit 30,0 % im Vorjahresquartal. Die Einspeisung von Strom aus Kohlekraftwerken erreichte laut Destatis mit 30,0 % den zweithöchsten Anteil. Sie verzeichnete mit 5,5 Mrd kWh aber den größten absoluten Rückgang. Die zweitgrößte Abnahme gab es mit 2,8 Mrd kWh bei der Einspeisung aus

Kernenergie, und zwar bereits vor der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke, denn diese erfolgte am 15. April. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist im ersten Quartal 2023 gegenüber der Vorjahresperiode ebenfalls gesunken, nämlich um 4,7 % auf 64,6 Mrd kWh. Aufgrund der geringeren Gesamtnachfrage nach Strom stieg ihr Anteil dennoch von 47,1 % in den ersten drei Monaten von 2022 auf 48,6 %. Entgegen diesem Trend sank der Anteil der Photovoltaik von 6,2 % auf 4,9 %, da die betreffende Strom einspeisung sich um 27,1 % auf 6,5 Mrd kWh verringerte. Dieser starke Rückgang lag den Wiesbadener Statistikern zufolge hauptsächlich daran, dass im ersten Quartal 2022 die Stromgewinnung aus Solaranlagen aufgrund einer ungewöhnlich hohen Zahl an Sonnenstunden sehr hoch gewesen war. Wie Destatis außerdem berichtete, hat der Stromexport Deutschlands im Berichtsquartal abgenommen, und zwar um 9,8 % auf 21,3 Mrd kWh. Gleichzeitig erhöhten sich die Stromimporte um 15,2 % auf 12,1 Mrd kWh. Dadurch verringerte sich der deutsche Exportüberschuss von 13,1 Mrd kWh auf 9,2 Mrd kWh.

AgE

## Strompreisbremse

### Erlösabschöpfung läuft Ende Juni aus

BERLIN. Überschusserlöse bei der Stromerzeugung werden nur noch bis zum Ende dieses Monats abgeschöpft. Die Bundesregierung hat die zeitlich befristete Regelung des Strompreisbremsegesetzes (StromPBG) nicht verlängert, wie das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) am vergangenen Freitag (9.6.) in Berlin mitteilte. Damit bleibt die Erlösabschöpfung auf die ersten beiden Abrechnungszeiträume begrenzt, also vom 1. Dezember 2022 bis zum 31. März 2023 sowie vom 1. April 2023 bis zum 30. Juni 2023. Ziel der Maßnahme war es, die durch die Strompreisbremse anfallenden Kosten über den Strommarkt zu refinanzieren. Aufgrund der aktuell gesicherten Stromversorgung und sinkender Strompreise sowie

möglicher negativer Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft sei es „nicht gerechtfertigt“, die Abschöpfung zu verlängern, erklärte das Ministerium. Zudem seien auch die dadurch erzielten Einnahmen zurückgegangen. Die EU-Kommission hatte sich am Montag voriger Woche (5.6.) gegen eine Verlängerung der entsprechenden europäischen Rechtsgrundlage ausgesprochen; die Notfallverordnung ist ebenfalls bis Ende Juni befristet. Von der Regelung betroffen waren beziehungsweise sind noch alle Stromerzeugungsanlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MW. Biogasanlagen sind erst ab einer Bemessungsleistung von mehr als 1 MW abschöpfungsrelevant.

AgE

## Waldbesitzerverband Niedersachsen

### Forstliche Förderung bei Herbstpflanzungen nicht nutzbar

HANNOVER. In Niedersachsen kommt die forstliche Förderung der Landesregierung für die Wiederbewaldung „nicht auf der Fläche an“. Das hat der Waldbesitzerverband Niedersachsen am vergangenen Freitag (9.6.) beklagt. Obwohl die Mittelzuweisung für das Jahr 2023 mit 31 Mio Euro vergleichbar mit der im Vorjahr ausgefallen sei, gebe es Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme der dringend erforderlichen finanziellen Unterstützung. Ein Grund dafür sei, dass die Förderung nach der Extremwetterrichtlinie am 31. Dezember 2023 außer Kraft trete. Daher müssten alle bewilligten Maßnahmen bis Mitte Dezember komplett abgeschlossen und abgerechnet werden. Das sei bei Herbstpflanzungen praktisch nicht realisierbar, betonte der Verband. Daneben sei die Inanspruchnahme der Förderung nach der Waldbaurichtlinie kaum möglich, weil es 2024 an ausreichenden Mitteln als Verpflichtungsermächtigung fehle. Dies wäre aber dringend notwendig, um die 2023 begonnenen Maßnahmen im neuen Haushaltsjahr 2024 abrechnen zu können.

Folglich seien Herbstkulturen von der Mittelbewilligung ausgeschlossen, da die Abschlussfrist zum Jahresende nicht in diesem Ausmaß erreicht werden könne. Dass gelte sowohl für die Wiederbewaldung mit Mitteln der auslaufenden Extremwetterrichtlinie als auch für die Mittel der weiterhin gültigen Waldbaurichtlinie. Der Verband appellierte an die Politik, die Förderung auch für Herbstpflanzungen zu ermöglichen. Zudem ging er auf aktuelle Bestrebungen der Bundesregierung ein, waldbauliche Maßnahmen zukünftig über ein Bundesprogramm zu fördern. Dann würden regionale Besonderheiten weniger stark berücksichtigt, warnte der Waldbesitzerverband. Ihm ist es wichtig, dass die Forstliche Förderung auch weiterhin vollständig über das bewährte Instrument der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) umgesetzt wird. Denn nur diese gehe im Zusammenspiel von Bund und Land auf die regionalen Besonderheiten ein.

AgE

## Hohe Waldbrandgefahr

### Linke im Bundestag fordern „luftverlegbare Brandbekämpfungseinheit“

Teil der Amtshilfe des Bundes - Gerade bei Munition im Boden wäre dies für die Löschung zentral - Erste Waldbrände in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern - Minister Backhaus appelliert an Landwirte: Güllefahrzeuge als Wassertanks vorhalten - Bevölkerung zur Vorsicht gemahnt

BERLIN. Angesichts der aktuell hohen Waldbrandgefahr in Deutschland und bereits entfachter Feuer hat die Bundestagsfraktion Die Linke mehr Kapazitäten zur Waldbrandbekämpfung gefordert. Im Fokus stand dabei Brandenburg, wo es jetzt Probleme bei der Bekämpfung eines Feuers bei Jüterbog gab. Es sei „fatal“, dass Brandenburg immer noch nicht über eine schlagkräftige Löschfliegerstaffel verfüge, kritisierte **Christian Görke** von den Linken am Montag voriger Woche (5.6.) in Berlin. Kein anderes Bundesland sei so sehr mit alter Munition belastet, was eine konventionelle Löschung am Boden erschwere. Zwar liege der Katastrophenschutz im Zuständigkeitsbereich der Länder. Der Bund sei aber in der Verantwortung, bei großflächigen Waldbränden wirksam Amtshilfe zu leisten. Die Linke hatte bereits im vergangenen Jahr die Aufstellung einer bundesweit tätigen, luftverlegbaren Brandbekämpfungseinheit gefordert, die die lokalen Feuerwehren unterstützt. Agrarsprecherin **Ina Latendorf** nahm einen Brand im Göldeitzer Moor in Mecklenburg-Vorpommern zum Anlass, ihren Ruf nach einem Waldumbau hin zu stabilen Mischbeständen zu erneuern. Damit könne auch die Waldbrandgefahr verringert werden. In Mecklenburg-Vorpommern stand hingegen

die kurzfristige Hilfe im Fokus. Laut Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** wurden die zuständigen Stellen im ganzen Land in Alarmbereitschaft versetzt. Außerdem appellierte Backhaus an die Landwirte, Güllefahrzeuge als Wassertanks vorzuhalten, um gegebenenfalls die Kräfte der Feuerwehr zu unterstützen.

#### Sehr hohe Gefahrenstufe erreicht

Von der gesamten Bevölkerung forderte Backhaus, „den Kopf einzuschalten und alles zu unterlassen, was Brände begünstigen kann“. In Wald und Flur seien offenes Feuer und Rauchen zu vermeiden. Autos sollten nur auf Schotter oder Asphalt geparkt werden. Der Mensch sei nach wie vor der Hauptgrund für Wald- und Feldbrände. Auch Sachsens Landwirtschaftsminister **Wolfram Günther** und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) appellierten an die Waldbesucher, vorsichtig zu sein. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) wies am vergangenen Freitag (9.6.) für Brandenburg eine sehr hohe und für einzelne Teile der übrigen Bundesländer eine hohe Waldbrandgefahrenstufe aus. Für das Wochenende wurde eine Verschärfung der Gefahrenlage prognostiziert. AgE

## Raupen-Gespinnste in Bäumen

### Nicht immer ist es der Eichenprozessionsspinner

FREISING. Gespinste von Raupen in Bäumen und Sträuchern sind nicht immer gefährlich für Menschen und Tiere. Darauf hat jetzt die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) hingewiesen. Aktuell seien an vielen Baum- und Straucharten auffällige Gespinste zu finden. Verursacher seien oft die Raupen von Gespinnstmotten. Und diese seien, ebenso wie ihre Gespinste, für den Menschen völlig ungefährlich. Auch der umfangreiche Blattfraß an den Bäumen und Sträuchern sei für diese meist kein großes Problem. An verschiedenen Laubbäumen könne zudem der ebenfalls ungefährliche

Ringelspinner beobachtet werden, berichtete die LWF vergangene Woche in Freising. Die Raupen lebten gesellig in lockeren Gespinnsten und seien durch ihre besondere Färbung mit blauem Kopf und blauen Längsstreifen gut zu erkennen. Vorsicht sei hingegen geboten bei den Raupen verschiedener Schmetterlingsarten wie dem Eichenprozessionsspinner, dem Goldafter und verschiedener Wollafter-Arten, die ebenfalls auffällige Gespinnste bildeten. Sie hätten giftige Brennhaare, die bei Menschen und Haustieren allergische Haut- und Schleimhautreaktionen auslösen könnten. AgE

## Rotwildgebiete

### Agrarminister Hauk lehnt Abschaffung ab

KARLSRUHE. Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister **Peter Hauk** ist gegen eine Auflösung der heimischen Rotwildgebiete. Die Öffnung dieser Gebiete und die Abschaffung des Abschussgebots außerhalb dieser Areale führten zu Schäden in Wald und Feld, die den heimischen Landbewirtschaftern nicht zuzumuten wären, erklärte Hauk am Dienstag vergangener Woche (6.7.) im Rahmen eines Rotwildsymposiums in Karlsruhe. Ferner liefe eine Auflösung der aktuell 4 % der Landesfläche umfassenden Gebiete den Zielen der Ernährungssicherung und des Klimaschutzes entgegen. Hauk widersprach außerdem der Einschätzung aus der Jägerschaft und von Naturschützern, die genetische Verarmung des Rotwildes könne durch die Abschaffung des Abschussgebots bekämpft werden. Der genetische Austausch zwischen den Rotwildgebieten sei eine Herausforderung in einem dicht besiedelten Land wie

Baden-Württemberg. Allerdings ist für Hauk klar, dass die genetische Diversität dieser Wildart erhöht werden muss, um die Anpassungsfähigkeit der Populationen an sich veränderte Umweltbedingungen auch in Zukunft zu gewährleisten. Das belegten auch die jetzt vorgelegten Ergebnisse des Projekts „Rotwild in Baden-Württemberg“ der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg (FVA). Das Ziel einer Vergrößerung der genetischen Vielfalt werde Baden-Württemberg „mit einem Bündel an Maßnahmen“ angehen, die individuell für einzelnen Rotwildgebiete zu erarbeiten seien. Genetischer Austausch könne auch dadurch gefördert werden, dass Tiere zwischen den Gebieten verbracht würden. Die Deutsche Wildtier Stiftung zeigte sich „erschreckt“ von Hauks Stellungnahme. Diese zeuge von „wenig Sachkenntnis“. Wildbiologen lehnten die Umsiedlung einzelner Individuen in genetisch

verarmte Populationen ab, weil niemand wisse, welche Gene so verbreitet würden. Daneben lasse sich das Problem dadurch nicht nachhaltig lösen. Zielführender sei die Stärkung des Lebensraumverbundes, so die Stiftung. Und

Erfahrungen aus Bundesländern ohne spezielle Rotwildgebiete zeigten, dass diese Wildtierart auch bei freier Lebensraumwahl weder die Ernährungssicherung noch den Waldumbau gefährde. AgE

## Evangelischer Kirchentag

### Hennies kritisiert einseitiges Essensangebot

Ausschließlich vegetarische und vegane Kost „Zeichen gegen viele Landwirtinnen und Landwirte“ - Widerspruch zu inhaltlichen Aussagen der Kirche - Absage an pauschalem Naturschutz von oben - Dieser muss sich für die landwirtschaftlichen Betriebe rechnen

NÜRNBERG. Einseitigkeit wirft der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Dr. Holger Hennies**, den Verantwortlichen des diesjährigen Evangelischen Kirchentages in Nürnberg vor. „Ich kann nicht nachvollziehen, dass Kirchentagsbesuchern ausschließlich vegetarische und vegane Kost angeboten wird“, sagte Hennies am vergangenen Freitag (9.6.) gegenüber AGRA-EUROPE. Seiner Auffassung nach setzt der Kirchentag damit ein Zeichen gegen die vielen Landwirtinnen und Landwirte. Für Hennies steht das Essensangebot auf dem Kirchentag im Widerspruch zu den Aussagen von Kirchenvertretern, Nutztierhaltung sei unverzichtbar und für Landwirtschaft und ländliche Räume existenziell. Die Kirche mache sich dadurch unglaublich. Der Präsident des Landvolks Niedersachsen geht davon aus, „dass es beim Kirchentag in zwei Jahren in Hannover ein vielfältigeres Speisenangebot gibt“. Ausdrücklich begrüßte Hennies, dass im Rahmen des Kirchentages in Nürnberg Diskussionsveranstaltungen über landwirtschaftliche Fragen angeboten werden. Das sei eine gute Tradition, an der unbedingt festgehalten werden sollte, betonte er nach einer Podiumsdiskussion. Auf dieser habe er deutlich gemacht, dass die Landwirtschaft bereit sei, mehr Aufgaben im Naturschutz zu übernehmen. Das könne aber nicht staatlich verordnet werden, sondern müsse auf freiwilliger Basis erfolgen.

#### Parteilich einseitig

„Pauschalen Naturschutz von oben, wie sie die EU-Kommission mit ihrem Naturwiederherstellungsgesetz plant, lehnen wir ab“, bekräftigte Hennies in der Veranstaltung. Über konkrete Naturschutzmaßnahmen müsse in den Regionen entschieden werden. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein, dass sich Naturschutz für die Betriebe rechne. Hennies nannte den „Niedersächsischen Weg“ als Beispiel, dass vernünftiger Naturschutz zwischen Landwirtschaft, Umweltverbänden und Politik fair ausgehandelt werden könne. „Nur auf dieser Grundlage kommen wir weiter“, so der Landesbauernpräsident. Zudem warnte er davor, der Landwirtschaft immer mehr Flächen zu entziehen. Es müsse darum gehen, einen weiteren Verlust wertvoller Agrarflächen zu verhindern und die vorhandenen Flächen produktiv zu nutzen. Enttäuscht zeigte sich Hennies, dass die Diskussion über diese Fragen auf dem Kirchentag parteipolitisch einseitig geführt wurde: „Ich rate den Verantwortlichen dringend, künftig nicht nur einer Partei die Möglichkeit zu geben, ihre Positionen darzulegen.“ Wer meine, dass nur Konzepte der Grünen zum Ziel führten, liege daneben. „Demokratie braucht politischen Wettbewerb um die besten Ideen“, hob der DBV-Vize hervor. AgE

## LandFrauenverband Hessen

### Mehr Geld für die „Klimabewusste Ernährungsbildung für Kinder“

PFUNGSTADT. Das hessische Landwirtschaftsministerium stockt seine Gelder für das Projekt „Klimabewusste Ernährungsbildung für Kinder“, das es gemeinsam mit dem LandFrauenverband Hessen durchführt, in diesem Jahr um 80 000 Euro auf 350 000 Euro auf. Das hat Ressortchefin **Priska Hinz** am Montag vergangener Woche (5.6.) beim Landfrauentag in Pfungstadt mitgeteilt. Das seit 2019 laufende Projekt sei ein großer Erfolg. Bisher habe man in insgesamt 2 500 Kursen an mehr als 200 hessischen Schulen zu-

sammen etwa 12 000 Kinder „für eine leckere, gesunde, regionale und klimafreundliche Ernährung begeistert“, hob die Ministerin hervor. Und das Interesse der Schulen wachse weiter. Mit den zusätzlichen Fördermitteln wolle die Landesregierung dafür sorgen, dass alle interessierten Schulen das Angebot nutzen könnten. Denn das Projekt sei eine Investition in die Zukunft, so Hinz. Kinder trügen das Wissen über die Zusammenhänge von Klimaschutz und Ernährung in ihre Familien und schafften damit Veränderung. AgE

## Pestizidrückstände in Erdbeeren

### IVA kritisiert BUND-Kampagne scharf

Veröffentlichung von Testergebnissen löst kontroverse Debatte um Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln aus - Der Industrieverband Agrar beklagt „giftige Rhetorik“ - Rückfall in „alte Muster“ - Klarstellung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung folgt auf dem Fuße

BERLIN/FRANKFURT. Der Industrieverband Agrar (IVA) hat die aktuelle Kampagne vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln scharf kritisiert. Laut IVA schaden die von der Umweltorganisation zu Beginn der vorigen Woche gestartete Petition

„#BesserOhneGift“ und die flankierenden Aktionen mit „giftiger Rhetorik“ der Debatte. Der BUND falle „in alte Muster zurück“, wobei Landwirtschaft, Umweltschutz und Industrie im gemeinsamen Dialog, beispielsweise in der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), bereits viel weiter gewesen seien, so

der IVA. Die Petition ist an Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** gerichtet. Darin fordert der BUND von der Bundesregierung „mindestens eine Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2030 sowie ein Verbot besonders gefährlicher Pestizide“. Zeitgleich mit dem Start der Unterschriftenaktion hatte der BUND auch Testergebnisse veröffentlicht, wonach konventionelle Erdbeeren stark mit Pflanzenschutzmittelrückständen belastet seien. Allerdings hat laut IVA bei dem „Erdbeer-Test“ der wichtige Hinweis gefehlt, dass es gesetzlich festgelegte Höchstgehalten gibt und die gefundenen Rückstände allesamt darunter lagen. Ein solches Vorgehen lehnt der Industrieverband entschieden ab, da mit moderner Analytik heute selbst kleinste Spuren gefunden werden könnten. Aus Sicht des IVA mischt der BUND einen „bewährten Kampagnen-Cocktail aus Pseudowissenschaft, Weglassen relevanter Informationen, Halbwahrheiten und überdrehter Wortwahl“. „Diese Panikmache schießt über das Ziel hinaus - um jede Schale Erdbeeren, die infolge der Kampagne unverzehrt im Abfall landet, ist es einfach nur schade“, betonte IVA-Geschäftsführer **Martin May**.

### Wechselwirkungen?

Entwarnung hatte zuvor schon das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) gegeben. Das BfR sieht keine Gefährdung von Verbrauchern durch Pflanzenschutzmittelrückstände in Erdbeeren. Es widersprach damit der Verlautbarung des BUND. „Alle im Testbericht nachgewiesenen Pflanzenschutzmittelwirkstoffe sind toxikologisch bewertet und im Rahmen der zugelassenen Anwendungen für sicher befunden worden“, teilte das BfR mit.

## Zulassung von Pflanzenschutzmitteln

### BfR: Alle verfügbaren Studien einreichen

BERLIN. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) spricht sich dafür aus, dass Hersteller von Pflanzenschutzmitteln künftig alle verfügbaren Studien bei den Zulassungsbehörden einreichen sollten. Das BfR reagiert damit auf eine neue Forschungsarbeit aus Schweden. Aus der geht hervor, dass für die Zulassung von Wirkstoffen in den USA und der EU teilweise unterschiedliche Studien vorgelegt wurden. Laut der schwedischen Studie wurden zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in den USA bei der Umweltschutzbehörde (EPA) insgesamt 35 Studien über deren Einfluss auf die Entwicklung des Nervensystems eingereicht. In der EU wurden jedoch neun dieser Studien den verantwortlichen Behörden nicht zugänglich gemacht. In Presseberichten wurde daher jüngst spekuliert, dass Agro-

Der vom BUND durchgeführte Test hatte ergeben, dass 15 von 19 der überprüften Proben bis zu vier verschiedene Wirkstoffe enthielten. „Durch Wechselwirkung zwischen Pestiziden kann ihre giftige Wirkung verstärkt werden“, hatte der Umweltverband argumentiert. Diese Gefahren würden bislang durch die Risikobewertung nicht ausreichend berücksichtigt. Diese Aussagen sind laut BfR aber nicht haltbar: „In keiner Probe wurde der gesetzlich festgesetzte Rückstandshöchstgehalt überschritten oder auch nur annähernd erreicht“, stellte das Bundesinstitut klar. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch den Verzehr der vom BUND geprüften Erdbeeren sei „nach dem derzeitigen Stand des Wissens somit nicht zu erwarten“.

### Klarstellung durch das BfR

Dem BfR zufolge liegen die vom BUND nachgewiesenen Mengen weit unter der sogenannten „Akuten Referenzdosis“. Dieser Wert definiert die Menge, die ein Verbraucher ohne erkennbares Risiko im Verlauf eines Tages mit der Nahrung aufnehmen kann. „Auch das gleichzeitige Vorkommen mehrerer Wirkstoffe ist in Anbetracht der nur minimalen Ausschöpfungen der jeweiligen Akuten Referenzdosis nicht als gesundheitlich bedenklich einzuordnen“, stellte das BfR des Weiteren fest. Das Bundesinstitut wies zudem darauf hin, dass der Nachweis von Rückständen in Lebensmitteln nicht per se eine gesundheitliche Gefährdung darstelle: „Aus Sicht der Risikobewertung schließen die geltenden Zulassungskriterien gesundheitliche Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher hinreichend sicher aus.“ AgE

### „Lass uns reden“

## Hinrichs: Lebensmittelsicherheit ist kein Selbstläufer

BERLIN. Dass Lebensmittel in Deutschland zu den sichersten der Welt gehören, fällt nach den Worten des Geschäftsführers der Qualität und Sicherheit GmbH (QS), **Dr. Alexander Hinrichs**, nicht einfach so vom Himmel. „Es darf nicht vergessen werden, dass Lebensmittelsicherheit unter hohem Aufwand und großer Anstrengung gemacht werden muss“, erklärte der QS-Geschäftsführer bei einer „Lass uns reden“-Veranstaltung von top agrar und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am vergangenen Dienstag (5.6.) in Berlin. Dies alles geschehe, „damit wir Verbraucher am Ende Nahrungsmittel bedenkenlos genießen können“, sagte Hinrichs in der Podiumsdiskussion zum Thema „Salmonellen, Rückstände, Antibiotika & Co. - Wie sicher sind Lebensmittel von Deutschlands Bauern wirklich?“. Hinrichs verwies auf die Ergebnisse einer im Auftrag von QS durchgeführten Forsa-Umfrage. Danach hätten 86 % der Deutschen Vertrauen in die Sicherheit der

Lebensmittel. Dies solle der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik Bestätigung und Ansporn zugleich sein. „Lebensmittelsicherheit wird nur erhalten, wenn alle Beteiligten weiter aktiv daran arbeiten“, mahnte Hinrichs. Der Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), **Prof. Andreas Hensel**, stellte fest, dass die Lebensmittelsicherheit in Deutschland zunehme. Allerdings sei eine Sicherheit von Nahrungsmitteln ohne jegliche Risiken nicht zu erreichen. „Lebensmittel sind per se nie sicher“, stellte Hensel klar. Sie könnten lediglich sicherer gemacht werden. Es gebe ohnehin kein Lebensmittel, das keine toxischen oder krebserregenden Stoffe enthalte. „Die Konzentration macht das Gift“, erläuterte Hensel. Der Begriff der Sicherheit orientiert sich dem BfR-Präsidenten zufolge daher an dem Maß des akzeptablen Risikos. Aufgabe des BfR sei es, jene Konzentration an Stoffen festzustellen, ab der eine Gesundheitsgefährdung zu erwarten sei. AgE



## Nachbauerklärung

### Pflanzenzüchter: Rückmeldefrist beachten

BONN. Die Rückmeldefrist für die Nachbauerklärung zur Aussaat im Herbst 2022 und im Frühjahr 2023 endet am 30. Juni 2023. Daran hat die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) am vergangenen Freitag (9.6.) in Bonn im Auftrag der Pflanzenzüchter erinnert. Grundlage des Züchtungsfortschritts seien die Einnahmen durch Z-Lizenz- und Nachbaugebühren. „Dieses Geld fließt in die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte zurück und sorgt dafür, dass ihnen auch zukünftig hochwertiges Saatgut mit den gewünschten Eigenschaften zur Verfügung steht“, betonte STV-Geschäftsführer **Dirk Otten**. Von einer fristgerechten und vollständigen Nachbauauskunft profitierten Züchter und Landwirtschaft gleichermaßen. Landwirte dürfen im eigenen

Betrieb erzeugtes Erntegut bestimmter Arten für die Wiederaussaat im eigenen Betrieb verwenden. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) stellte aber bereits 2015 klar, dass nur dann rechtmäßig Nachbau betrieben werde, wenn bis zum Ende des Wirtschaftsjahres der Aussaat, also spätestens bis zum 30. Juni die geschuldeten Nachbaugebühren bezahlt würden. Die Bauern müssten in dieser Angelegenheit von sich aus tätig werden - auch ohne entsprechende Aufforderung, hob die STV hervor. Werde die Zahlungs- und Rückmeldefrist verpasst, könne das finanzielle und rechtliche Folgen haben. Unter [www.stv-bonn.de](http://www.stv-bonn.de) kann die Nachbauerklärung auch online eingereicht werden. Weitere Informationen gibt das STV-Service-Center unter der Telefonnummer 0228 96 94 31 60. AgE

## Weinbau

### Einbruch bei den Ausbildungszahlen bereitet Sorgen

BERLIN. Der Rückgang der Ausbildungszahlen im Weinbau sorgt bei Jungwinzern für Alarmstimmung. 2022 wurden lediglich noch 265 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen; das entspricht einem Minus von 17,7 %. Laut der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), **Maïke Delp**, ist die Zahl der Neuverträge im Ausbildungsberuf Winzer damit auf den niedrigsten Wert seit zwei Jahrzehnten gesunken. Allein der um knapp 5 % gestiegene Anteil der weiblichen Auszubildenden lasse sich positiv bewerten, so die Jungwinzerin am Montag voriger Woche (5.6.). Das sei der richtige Weg, um mit Vorurteilen aufzuräumen und Frauen im Weinbau die gleichen Chancen zu eröffnen. „Es belastet, wenn automatisch angenommen wird, dass auf dem Weingut der Mann für Leitung und Keller, die Frau fürs Büro zuständig ist“, so Delp. Den Gesamtrückgang hält sie für keine Eintagsfliege. Neben dem demografischen Wandel zählten die unsicheren Zukunftsaussichten, die kritische Berichterstattung über die Landwirtschaft genauso dazu wie die Spätfolgen der Corona-Pandemie. Delp geht zudem davon aus, dass sich auch der Ausfall von Weinfesten und -messen in der Statistik widerspiegelt, denn es habe viel weniger Ge-

legenheiten gegeben, um junge Menschen und Quereinsteiger auf den Weinbau aufmerksam zu machen. In der Pflicht sieht die Jungwinzerin neben der Branche selbst, die sich verstärkt der Nachwuchswerbung widmen müsse, auch die Politik. Nur mit qualifizierten Nachwuchskräften könne die Weinzukunft gesichert werden. „Leider ist die aktuelle Ausbildungsordnung aus dem Jahr 1997 nach 26 Jahren nicht mehr wirklich zeitgemäß“, kritisiert Delp. Der Verband fordere eine Neuordnung des Ausbildungsberufs Winzer. Die BDL-Vizevorsitzende wies darauf hin, dass Digitalisierung, neue Züchtungsmethoden sowie Natur- und Umweltschutz längst zum Betriebsalltag gehörten. Zudem habe sich das fachliche Know-how weiterentwickelt. Die Weinbranche müsse aber auch in Sachen Bezahlung aufholen. Für angehende Winzer sehe es bei den Ausbildungsgehältern nicht rosig aus. Laut Delp liegt die Ausbildungsvergütung im Weinbau heute im Schnitt bei 801 Euro pro Monat, bei den landwirtschaftlichen Berufen dagegen bei 1 002 Euro. „Das sind ganze 20 % weniger und ist inakzeptabel“, stellte die Jungwinzerin klar. Das durchschnittliche tarifliche Ausbildungsgehalt in Deutschland habe 2022 bei 1 028 Euro gelegen. AgE

## Sozialwahl

### Landesbauernverbände erneut stärkste Kraft

KASSEL. Die Landesbauernverbände sind die Sieger der Sozialwahl bei der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG). Wie der Wahlausschuss der SVLFG am vergangenen Freitag (9.6.) bekanntgab, entfallen auf die sechs regionalen Listen der Bauernverbände zusammen 14 der 20 Sitze in der Gruppe der Selbstständigen ohne fremde Arbeitskräfte (SofA). Das größte Gewicht innerhalb der Listenvereinigung der regionalen Bauernverbände hat dabei der Bayerische Bauernverband (BBV), der allein sechs Sitze errang. Drei Sitze entfallen auf die Landesbauernverbände in Baden-Württemberg und zwei auf die gemeinsame Liste der Verbände in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Die gemeinsamen Listen Niedersachsen und Schleswig-Holstein, für Nordrhein-Westfalen und für

die neuen Länder kommen auf jeweils einen Sitz. Mit fünf Sitzen sind die Waldbesitzerverbände im neuen Versichertenparlament der SVLFG vertreten. Sie haben damit ihr Ergebnis der vorherigen Sozialwahl deutlich verbessern können. Derzeit verfügen die Waldbesitzerverbände über drei Sitze in der Vertreterversammlung. Schließlich haben die Jäger einen Sitz erringen können. Das „Aktionsbündnis Agrarsozialwahl 2023“ ist als einzige der angetretenen Listen an der 5 %-Hürde gescheitert. Die Wahlbeteiligung lag mit 61,3 % deutlich unter der von 2017 mit 67,6 %. Zu keiner „Wahl mit Wahlhandlung“ war es in den anderen beiden Versichertengruppen, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, gekommen. Dort hatten sich die Beteiligten im Vorfeld auf jeweils eine Einheitsliste verständigt. AgE



## Raiffeisentag

# Raiffeisenverband fordert Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien

Holzenkamp bekräftigt Bereitschaft zur Transformation - Innovationen erleichtern - Wirtschaftliche Realität anerkennen  
- Ehlers nennt Maßnahmen zum Umbau der Tierhaltung „unreifes Stückwerk“ - Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger will grünes Licht für neue Züchtungstechniken - Stegemann hält Gentechnikpolitik der FDP für unglaublich

BERLIN. Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) fordert eine Neuausrichtung der Agrar- und Wirtschaftspolitik. „Wir brauchen eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien, die Innovationen erleichtern und nicht behindern“, erklärte DRV-Präsident **Franz-Josef Holzenkamp** beim Raiffeisentag vergangene Woche in Berlin. Holzenkamp bekräftigte die Bereitschaft der Agrarbranche, den Transformationsprozess aktiv mitzugestalten. Die erfordere jedoch von politischer Seite, „dass wirtschaftliche Realitäten anerkannt werden“. Am Beispiel des Umbaus der Tierhaltung zeige sich, dass bisher keine hinreichenden Anreize für ein Gelingen der Transformation gesetzt würden: „Wir brauchen ein stimmiges Gesamtkonzept und langfristige Verträge, auf die sich die Wirtschaftsbeteiligten verlassen können.“ DRV-Hauptgeschäftsführer **Dr. Hennig Ehlers** bezeichnete die geplanten Maßnahmen zum Umbau der Tierhaltung als „unreifes Stückwerk“. Ehlers stellte in seinem Geschäftsbericht auf der DRV-Mitgliederversammlung der Agrarpolitik der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus. Bundesforschungsministerin **Bettina Stark-Watzinger** sprach sich erneut dafür aus, die Anwendung neuer Züchtungstechniken wie beispielsweise die Genschere CRISPR/Cas in Europa zu erleichtern.

### Genschere-Einsatz „unverzichtbar“

Neue Züchtungsmethoden seien ein wichtiger Bestandteil eines zeitgemäßen und technologieoffenen Agrarsystems der Zukunft, sagte die FDP-Politikerin in einer Video-Botschaft zur Mitgliederversammlung. Für Stark-Watzinger ist der Einsatz neuer Züchtungstechniken unverzichtbar, um künftig die Ernährung zu sichern und die Agrarwirtschaft an den Klimawandel anzupassen. Die Anwendung der Technologie sei zudem eine Voraussetzung, dass die Land- und Ernährungswirtschaft im internationalen Wettbewerb mithalten könne. Ausdrücklich begrüßte die Ministerin die DRV-Forderung nach einem „Innovationsbooster“ in Deutschland.

### Ideologiegetriebene Betrachtungen

Holzenkamp warnte eindringlich vor „ideologiegetriebenen Betrachtungen“ in der Agrarpolitik. Dazu zählen für ihn die Zielsetzung von 30 % Ökolandbau sowie dessen Einstufung als per se nachhaltig ohne eine Gesamtbetrachtung. Nicht zielführend seien ferner pauschale Reduktionsziele für den Pflanzenschutz, ohne Innovationen zu berücksichtigen. Der DRV-Präsident verwies auf die gestiegene politische Bedeutung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln. Sie sei „eine Frage von Sicherheit und Stabilität unseres Landes“. Dem müsse insbesondere durch gleiche Wettbewerbsbedingungen in der EU Rechnung getragen werden. Weder der Mindestlohn, noch die Lkw-Maut oder Neuregelungen im Tierschutzrecht oder mögliche Neuregelungen im Tierschutzrecht seien das Problem, sondern „die Ungleichheit im Wettbewerb“. Holzenkamp plädierte für einen Ausbau des internationalen Handels und bekannte sich grundsätzlich zum Mercosur-Abkommen der EU. Voraussetzung seien allerdings „Handelsbeziehungen auf Augenhöhe“. Dies gehe jedoch nur mit Gegenseitigkeitsklauseln.

### Märkte bleiben volatil

Keinen Illusionen gibt sich Hauptgeschäftsführer Ehlers hinsichtlich der Entwicklung der Agrarmärkte hin. Die in den vergangenen Monaten und in der Folge des russischen Angriffskrieges

massiv gestiegene Volatilität an den Märkten insbesondere für Weizen, Stickstoffdünger und Erdgas werde bleiben. Ein Ende sei nicht absehbar. Im Bereich Pflanzenschutz sieht der Hauptgeschäftsführer die Bundesregierung in Brüssel isoliert. Fast alle Mitgliedstaaten seien sich einig, dass beim Verordnungsvorschlag zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) dringender Nachbesserungsbedarf bestehe. Die geplante Steuerung der Energiewende mit Geboten und Verboten entwickle sich zu einem „bürokratischen und lähmenden Unterfangen“. Der von Ehlers vorgestellte Geschäftsbericht war der letzte, die der seit 2012 amtierende DRV-Hauptgeschäftsführer vorgelegt hat. Der 63-Jährige wird Ende dieses Jahres nach mehr als 30 Jahren beim Raiffeisenverband in den Ruhestand treten. Sein Nachfolger wird **Jörg Migende**, der von der BayWa AG an die Spitze der DRV-Geschäftsstelle wechselt.

### Chancen ungenutzt

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Joachim Rukwied**, hielt der Bundesregierung vor, sie lasse mit ihrer Agrarpolitik Chancen ungenutzt, die Landwirtschaft auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit stärker voranzubringen. Dies gelte außer für die Tierhaltung auch für den Ackerbau: „Wir können noch mehr Umweltschutz und Artenvielfalt“, betonte Rukwied. Eine Voraussetzung dafür wären seinen Angaben zufolge jedoch „ökonomische Anreize und nicht Murks bei den Öko-Regelungen“. Umweltpolitische Ziele seien nun einmal leichter zu erreichen, wenn man den Unternehmen Freiraum lasse, anstatt sie mit Auflagen immer stärker an die Leine zu nehmen. Der Bauernpräsident warnte zugleich davor, immer mehr landwirtschaftliche Flächen im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen der Bewirtschaftung zu entziehen und damit den Druck auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt immer weiter zu erhöhen. Viel sinnvoller sei, mehr Naturschutz über integrative Maßnahmen im Rahmen der Landbewirtschaftung umzusetzen.

### Warnung vor Kuhhandel

Die Union übe im Nachgang des Raiffeisentages scharfe Kritik an der Gentechnikpolitik der FDP. Für Agrarsprecher **Albert Stegemann** sind die Liberalen in dieser Frage nicht glaubwürdig. Der CDU-Politiker warf den Freien Demokraten vor, dass sie beim Thema neue Züchtungsmethoden „mit gespaltener Zunge“ sprechen. Einerseits bekenne sich Ministerin Stark-Watzinger zu dieser Technologie. Andererseits habe die FDP erst Mitte März im Bundestag einen CDU/CSU-Antrag abgelehnt, der Wege aufzeige, wie die Chancen dieser Techniken verantwortungsvoll zur Ernährungssicherung genutzt werden könnten. „Angesichts der aktuellen Trockenheit muss die Ampelkoalition in Brüssel Druck machen, damit EU-weit neue genomische Techniken wie CRISPR/Cas unbürokratisch zugelassen werden“, forderte Stegemann. Mit Hilfe dieser Innovationen könnten Pflanzen angebaut werden, „die mit wenig Wasser auskommen und widerstandsfähig gegen Klimastress sind“. Der CDU-Politiker warnte zudem die EU-Kommission eindringlich davor, die neuen Züchtungstechnologien im Rahmen eines „politischen Kuhhandels“ mit dem SUR-Vorschlag und den darin vorgesehenen pauschalen Pflanzenschutzmittelverboten zu verknüpfen. Vize-Kommissionspräsident **Frans Timmermans** plane offenbar eine sachwidrige Verquickung. Für Stegemann ist das eine „Politik gegen die Bauernfamilien und gegen die Ernährungssicherung“. AgE

## DRV-Wirtschaftsforum

# Fleisch aus Stammzellen wohl bald konkurrenzfähig

BERLIN. In Zukunft dürfte Fleisch aus dem Labor zu einem ähnlichen Preis wie herkömmliches Fleisch angeboten werden und in nennenswertem Umfang im Handel verfügbar sein. Davon überzeugt zeigte sich zumindest der Geschäftsführende Gesellschafter der InFamily Foods Holding, **Dr. Wolfgang Kühnl**, am Dienstag vergangener Woche (6.6.) beim Wirtschaftsforum des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), das im Rahmen des diesjährigen Deutschen Raiffeisentages in Berlin stattfand. Schwerpunkt der Veranstaltung waren Megatrends und wie gesellschaftliche Veränderungen sich auf die Geschäftsmodelle von genossenschaftlich orientierten Unternehmen auswirken werden. Laut Kühnl ist bereits ein Produktionspreis von 3 Euro bis 5 Euro pro Kilogramm zellkulturbasiertes Fleisch möglich; und mit einem Kubikmeter Nährmedium könnten 4,5 t Laborfleisch erzeugt werden. Allerdings kann dem Unternehmer zufolge derzeit noch kein Massenmarkt bedient werden, da einerseits das für die im Labor kultivierten Zellen notwendige Medium und andererseits die Bioreaktoren für die Vermehrung derzeit noch limitierende Faktoren darstellen. Das Unternehmen

verfolge daher eine „ganzheitliche Proteinstrategie“ und habe drei Unternehmenssäulen aufgebaut, berichtete Kühnl. Eine Geschäftssparte widme sich der klassischen Wurst- und Schinkenproduktion, eine bediene den Veggie-Markt mit pflanzlichen Alternativprodukten und ein drittes, neues Segment fokussiere auf zellbasierte Proteine. Letzteres liefere ausschließlich Technologien und werde nicht selbst alternatives Fleisch erzeugen. Geplant ist laut dem Geschäftsführer, künftig ganze Fabriken für die zellkulturbasierte Herstellung von Fleisch bereitstellen zu können, da hier ein Wachstumsmarkt vermutet werde. Sicherlich dürften in Zukunft mehr Menschen auf eine rein pflanzliche Ernährung setzen, aber es werde noch einen größeren Teil geben, der weiterhin Fleisch essen werde, prognostizierte die Vizepräsidentin des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Susanne Schulze Bockeloh**, in einer anschließenden Diskussion. Die Landwirtschaft werde nicht stehenbleiben, sondern sich weiterentwickeln, auch die Fleischbranche, und müsse dabei „offen sein für neue Ideen, für Transformation“, betonte Schulze Bockeloh. AgE

## Mecklenburg-Vorpommern

# Neue Richtlinie zu Brandschutz in Ställen erarbeitet

SCHWERIN. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hält an ihrem Ziel fest, den Brandschutz in Ställen zu verbessern. Wie das Schweriner Bauministerium am vergangenen Dienstag (6.6.) mitteilte, hat die Landesregierung eine Richtlinie zur Verbesserung des Brandschutzes in Tierhaltungsanlagen beraten und die Verbandsanhörung gestartet. Vorgesehen sind demnach Verschärfungen bei den Regelungen zur Unterteilung der Ställe in Brandabschnitte sowie eine Verbesserung der Löschwasserversorgung und der Erreichbarkeit der Anlagen durch Feuerwehrfahrzeuge. Außerdem soll die Anzahl und die Größe von Ausgängen für die Tierrettung erhöht werden. Anlass für die Richtlinie war ein Großbrand in einer Schweinezuchtanlage im Sommer 2021, bei der fast 60 000 Schweine zu Tode gekommen sind. „Das Gutachten der Brandermittlung in der Schweinezuchtanlage Alt Tellin hat ergeben, dass der Brand durch menschliches Tun oder Unterlassen und nicht durch das Versagen des Brandschutzkonzepts entstanden ist“, erklärte Mecklenburg-

Vorpommerns Bauminister **Christian Pegel**. Die Landesregierung habe sich dennoch entschieden, die Anforderungen an den Brandschutz zu überarbeiten, um „solche Katastrophen künftig möglichst zu verhindern“. „Als Land haben wir mit der neuen Richtlinie jetzt unsere Hausaufgaben gemacht“, so Agrarminister **Dr. Till Backhaus**. Erneut äußerte der SPD-Politiker seinen Unmut über die aus seiner Sicht mangelnde Unterstützung seitens der Bundesregierung. „Noch immer warten wir auf eine geänderte Baugesetzgebung ebenso auf ein Beschleunigungsgesetz zum Umbau der Tierhaltung“, erklärte Backhaus. Bundesagrarminister **Cem Özdemir** müsse nun „deutlich mehr Tempo machen“. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) hatte zuletzt ebenfalls Verbesserungen des Brandschutzes in Ställen angemahnt. In einer Anfang Mai veröffentlichten Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag kündigte die Bundesregierung entsprechende Ergänzungen in der Tier-schutz-Nutztierhaltungsverordnung an. AgE

## Öko-Regelungen

# Etwa 40 Prozent der Mittel bislang ungenutzt

Laut Bundeslandwirtschaftsministerium wurden lediglich gut 600 Millionen Euro des Gesamtbudgets von 1 Milliarde Euro in Anspruch genommen - Beantragte Prämien können noch aufgestockt werden - Bauerverband sieht sich in seinen Befürchtungen bestätigt und drängt auf Nachbesserungen

BERLIN. Das in diesem Jahr zur Verfügung stehende Gesamtbudget für die Honorierung der Öko-Regelungen von gut 1 Mrd Euro wurde bundesweit zu 61 % ausgeschöpft. Das ergibt sich aus Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) von vergangener Woche über die Inanspruchnahme der Öko-Regelungen sowie den damit verbundenen Fördersätzen. Sollten Bund und Länder von der sogenannten 30 %-Regelung Gebrauch machen und die Prämien für beantragte Maßnahmen um diesen Satz erhöhen, stiege die Ausschöpfung auf rund 80 %.

In diesem Falle verblieben gut 200 Mio Euro, die möglicherweise auf andere Direktzahlungsprämien der Ersten Säule verteilt werden könnten. Der Deutsche Bauernverband (DBV) bekräftigte unterdessen seine Forderung, im Lichte der Ergebnisse dieses Antragsjahres so bald wie möglich Korrekturen vorzunehmen. „Bund und Länder müssen nun unmittelbar Verbesserungen der Öko-Regelungen entwickeln, die Zeit drängt“, erklärte der stellvertretende DBV-Generalsekretär Udo Hemmerling am vergangenen Freitag (9.6.) gegenüber AGRA-EUROPE.

Inanspruchnahme Öko-Regelungen nach vorläufigen Antragsdaten der Länder ohne Kontrollen und Plausibilitätsprüfungen<sup>1)</sup>

Intervention	Teilinterventionen		Antragsteller	Inanspruchnahme in ha	SP-Planung <sup>2)</sup>	Inanspruchnahme in v.H.
ÖR 1: Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität auf Ackerland	a) nicht produktive Flächen	Stufe 1 (Fläche für 1 %)	16 320	20 255	101 287	20
		Stufe 2 (Fläche > 1 % bis 2 %)	11 553	13 333	70 646	19
		Stufe 3 (Fläche > 2 % bis 6 %)	7 429	19 101	140 340	14
	b) Blühstreifen auf Ackerland		1 170	1 280	176 370	1
	c) Blühstreifen auf Dauerkulturen		94	73	9 283	1
	d) Altgrasstreifen auf DGLÖR	Stufe 1 (Fläche für 1 %)	3 970	2 542	45 990	6
		Stufe 2 (Fläche > 1 % bis 3 %)	2 954	2 662	80 429	3
		Stufe 3 (Fläche > 3 % bis 6 %)	1 492	1 844	78 829	2
ÖR 2: Anbau vielfältiger Kulturen			12 151	1 729 527	2 673 689	65
ÖR 3: Agroforst			67	51	25 000	0
ÖR 4: Extensivierung DGL			33 772	1 322 959	1 978 081	67
ÖR 5: Kennarten			42 501	1 156 572	640 605	181
ÖR 6: PSM-Verzicht	a) Ackerland, Dauerkulturen		6 403	101 007	891 525	11
	b) Grünfutter, Ackerfutter (Ackerland)		21 997	204 271	397 122	51
ÖR 7: Natura 2000			33 752	1 133 555	1 312 012	86
1) Für ein Bundesland verfügbare Daten wurden extrapoliert; 2) "SP-Planung"= Planzahlen basieren auf Modellrechnungen des Thünen-Instituts						

Aussetzung der Stilllegung nur ein Faktor

Nach den vom BMEL vorgelegten Ergebnissen sind insbesondere die Maßnahmen im Rahmen der Öko-Regelung 1, die „Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität auf Ackerland“ bei den Landwirten nur auf geringe Resonanz gestoßen. Die Quote reicht von beantragten 20 % der im Strategieplan angegebenen Zielmarke von rund 101 000 ha bis zu weniger als 5 % bei den Altgrasstreifen auf Dauergrünland. Nur zum Teil gelten lassen will Hemmerling den Hinweis des Bundeslandwirtschaftsministeriums, dass aufgrund der Aussetzung der verpflichtenden Stilllegung in diesem Jahr so wenig zusätzliche Stilllegungsflächen im Rahmen der Öko-Regelung 1a beantragt wurden. Nach Einschätzung des stellvertretenden DBV-Generalsekretärs erklärt das die Unterausschöpfung maximal zur Hälfte.

Pflanzenschutzverzicht wenig attraktiv

Neben der Ökoregelung 1 fand insbesondere die Öko-Regelung 6 - „Pflanzenschutzmittel-Verzicht“ - bei den Landwirten kaum Widerhall. Dies gilt insbesondere für die Anwendung auf Ackerland und Dauerkulturen. So gut wie gar nicht in Anspruch genommen wurde die Öko-Regelung 3 - „Agroforst“. Bei den Öko-Regelungen 2 - „Anbau vielfältiger Kulturarten“- und 4

- „Extensivierung Dauergrünland“ - entspricht die Antragstellung der Flächen jeweils rund zwei Drittel der Zielmarken. Deutlich überzeichnet ist hingegen die Öko-Regelung 5 - „Kennarten in Dauergrünland Extensivierung“. Um an dieser Öko-Regelung teilnehmen zu können, müssen mindestens vier Pflanzenarten aus der landesspezifischen Liste auf der Grünlandfläche vorhanden sein.

Kritik war gerechtfertigt

Hemmerling bekräftigte die Bauernverbandsforderung, die Fördersätze jetzt für 2024 anzuheben. Dies gelte insbesondere für die Förderung der vielfältigen Ackerkulturen. Für Grünland müsse das Angebot erweitert werden. Dazu und zu weiteren Punkten habe der DBV konkrete Vorschläge vorgelegt. Zuvor hatte sich bereits DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken nicht überrascht zeigt, dass ein Teil der Öko-Regelungen für viele Landwirte offenbar nicht attraktiv ist. „Unsere Kritik an der Gestaltung der Öko-Regelungen hat sich leider weitgehend bestätigt“, sagte Krüsken. Er erinnerte daran, dass der Bauernverband seit 2021 die deutlich zu niedrigen Fördersätze kritisiert habe. Umso so wichtiger sei es, noch in diesem Sommer für 2024 Verbesserungen zu beschließen. AgE

Bundeshaushalt 2024

Dem Agraretat drohen erhebliche Kürzungen

Das Bundesfinanzministerium verlangt massive Einsparungen - Bundesmittel in der Gemeinschaftsaufgabe sollen um mindestens 300 Millionen Euro sinken - Verhandlungen dauern an - Bauernverbandspräsident Rukwied warnt vor Entscheidungen zu Lasten der ländlichen Räume

BERLIN. Auf das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) kommen möglicherweise drastische Einsparungen zu. Wie vergangene Woche in Regierungskreisen in Berlin bestätigt wurde, erwartet Bundesfinanzminister **Christian Lindner** von seinem

Kabinettskollegen **Cem Özdemir** im Haushalt 2024 Ausgabenkürzungen von mehr als 400 Mio Euro. In diesem Jahr beträgt der Etat des Agrarressorts gut 7,1 Mrd Euro. Im Agrarhaushalt fallen nach wie vor knapp 60 % der Mittel auf den Bereich der

sozialen Sicherung. Bis auf den verbliebenen Rest der Bundesmittel zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) von 100 Mio Euro sind die Gelder gesetzlich verankert und bei möglichen Einsparungen erst einmal außen vor. Damit rückt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) in den Fokus. Sie ist mit 1,13 Mrd Euro zweitgrößter Ausgabenposten im Einzelplan 10. Dem Vernehmen nach laufen die Vorstellungen im Finanzressort darauf hinaus, die GAK um mindestens 300 Mio Euro zu kürzen. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Joachim Rukwied**, zeigte sich alarmiert. Er warnte eindringlich davor, die Gemeinschaftsaufgabe weitgehend zu entkernen.

#### **Keine Annäherung**

Ebenso wie das BMEL sollen auch die meisten anderen Ressorts 2024 mit deutlich weniger Geld auskommen müssen als geplant. Von Kürzungen ausgenommen bleiben aller Voraussicht nach lediglich das Arbeits- und das Verteidigungsministerium. Nachdem sich Lindner bislang nicht mit den Fachkollegen einigen konnte, soll es nun der Bundeskanzler richten. In Dreier-Gesprächen will **Olaf Scholz** versuchen, Einvernehmen zwischen dem Finanzminister und den Ressortchefs zu erzielen. Über mögliche Annäherungen im Haushaltstreit ist nach ersten Runden am vergangenen Freitag (9.6.) noch nichts bekannt geworden. Auch Minister Özdemir war in Kanzleramt geladen. Damit wird immer fraglicher, ob der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 noch vor der Sommerpause beschlossen wird.

#### **Wichtigstes nationales Förderinstrument**

Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur ist das wichtigste nationale Förderinstrument für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume. Bereits in diesem Jahr hat die GAK Federn lassen müssen. Gegenüber 2022 sind die Bundesmittel um 190 Mio Euro gekürzt worden, darunter der Sonderrahmenplan Ländliche Entwicklung um 30 Mio Euro. Dennoch spielt die GAK für die Entwicklung ländlicher Räume nach wie vor eine zentrale Rolle. Die Maßnahmen reichen von der Förderung der Dorfentwicklung und der ländlichen Infrastruktur über Hilfen zum Ausbau der Breitbandversorgung und zur Unterstützung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung bis zur Förde-

rung von Regionalmanagement und der Bereitstellung von Regionalbudgets. Die Bundesmittel müssen durch die Länder in der Regel im Verhältnis 60 zu 40 kofinanziert werden. Eine neuerliche Kürzung würde deren Spielraum in der Unterstützung ihrer ländlichen Räume erheblich einschränken.

#### **Unverzichtbar für gleichwertige Lebensverhältnisse**

„Das Förderinstrument der GAK ist unverzichtbar für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land und trägt erheblich zur gesellschaftlichen und sozialen Stabilität in den ländlichen Räumen bei“, erklärte Bauernpräsident Rukwied. Keinesfalls dürften die Entwicklungschancen auf dem Land ausgebremst werden. Dabei hat Rukwied auch die Agrarinvestitionsförderung im Auge, die eine weitere zentrale Säule der GAK bildet. Für ebenso unzumutbar wie die angedachten Kürzungen hält der DBV-Präsident eine mögliche Streichung der LUV-Bundesmittel. Seinen Angaben zufolge würde die daraus resultierende Anhebung der Berufsgenossenschaftsbeiträge die Betriebe massiv belasten. Bereits im Haushalt 2022 waren die Bundesmittel auf 100 Mio Euro gesenkt worden. „In Summe gesehen würden diese Vorschläge die ländlichen Räume ausbluten lassen“, warnte Rukwied.

#### **Mittel zur Wiederaufforstung in GAK belassen**

Unterdessen erteilte der Vorsitzende der Familienbetriebe Land und Forst, **Max von Elverfeldt**, Plänen eine Absage, die Förderung der Wiederaufforstung von geschädigten Waldflächen im Rahmen der GAK zu kürzen. Von Elverfeldt warf dem Bundesfinanzministerium vor, es wolle diese Förderung schleichend aus der Zuständigkeit des Bundeslandwirtschaftsministeriums herauslösen und in das Bundesumweltministerium überführen. „Die GAK-Mittel gehören in die Ressortzuständigkeit des BMEL und nicht in die des BMUV“, erklärte der Verbandschef. Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir müsse das in den Haushaltsverhandlungen deutlich machen. Die federführende Rolle des BMEL für die Entwicklung der neuen Bundeswaldstrategie und für die Novellierung des Bundeswaldgesetzes müsse mit einem „vollen programmatischen Zugriff“ des Ministeriums auch auf die GAK-Förderung im bisherigen Volumen verbunden sein. AgE

## ZVG-BOG-Papier

### Konzept einer bundesweit einheitlichen Förderung der Klima-Risiko-Versicherung im Gartenbau

Forderung nach einer staatlichen Unterstützung einer Mehrgefahrenversicherung - Reaktion von Zentralverband Gartenbau und Bundesausschuss Obst und Gemüse auf die wachsenden Anbauschäden durch den Klimawandel - Gärtnerische Kulturen im Freiland sind erheblichen Witterungsrisiken ausgesetzt

Nachfolgend veröffentlichen wir das gemeinsam vom Zentralverband Gartenbau (ZVG) und dem Bundesausschuss Obst und Gemüse (BOG) erstellte „Konzept einer bundesweit einheitlichen Förderung der Klima-Risiko-Versicherung im Gartenbau“. Die beiden Verbände begründen ihren Vorstoß in dem Papier mit den erheblichen Witterungsrisiken, den die gärtnerischen Kulturen Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Stauden und Gehölze im Freiland im Zuge des Klimawandels ausgesetzt seien. Extremwetterereignisse zerstörten Früchte und Kulturpflanzen und vernichteten Ernten innerhalb weniger Minuten, heißt es im ersten Kapitel „Herausforderungen“. Der zweite Abschnitt thematisiert die Auswirkungen des Klimawandels auf die wirtschaftliche Situation der Betriebe. Im folgenden Kapitel wird die derzeitige „Wettbewerbssituation“ in der Europäischen Union skizziert. Der vierte Abschnitt ist mit „Ganzheitliches Risikomanagement“ überschrieben, das für ZVG und BOG ein

wichtiges Werkzeug gartenbaulicher Betriebe darstellt, um mit dem Klimawandel wirtschaften zu können. Eine bundesweit einheitliche Förderung der Klima-Risiko-Versicherung ist nach Überzeugung der beiden Verbände unabdingbar, um den regionalen Flickenteppich durch unterschiedliche Förderschwerpunkte der Länder zu beseitigen. „Aus Sicht des Berufsstandes ist dafür ein Bund-Länder-Konzept notwendig“, so ZVG und BOG. Wichtige förderfähige Risiken seien Hagel, Sturm, Starkregen und Frost. Das Risiko Dürre werde in diesem Konzept nicht als förderfähige Gefahr angesehen. Im Abschnitt „Fazit“ kommen der Zentralverband und der Bundesausschuss zu dem Ergebnis, dass mit einem Prämienvolumen von rund 47 Mio Euro bis 104 Mio Euro bei den gärtnerischen Kulturen Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Stauden und Gehölze eine Wertschöpfung von rund 1,88 Mrd Euro bis 2,44 Mrd Euro abgesichert würde.

AgE

---

#### Inhalt

	Seite
Herausforderungen.....	1
Klima und wirtschaftliche Situation.....	1

Wettbewerbssituation.....	5
Ganzheitliches Risikomanagement.....	5
Fazit.....	7

Konzept einer bundesweit einheitlichen Förderung der  
Klima-Risiko-Versicherung im Gartenbau

1. Herausforderungen

Aufgrund des Klimawandels sind die gärtnerischen Kulturen Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Stauden und Gehölze im Freiland erheblichen Witterungsrisiken ausgesetzt. Extremwetterereignisse zerstören Früchte und Kulturpflanzen und vernichten Ernten innerhalb weniger Minuten.

Hagel- und Starkregenereignisse gefährden während der gesamten Vegetationsperiode die gärtnerischen Kulturen. Die Gartenbaubetriebe müssen höchste Qualitätsansprüche erfüllen. Eine Vermarktung der Ernte ist oft schon aufgrund von kleinen Beschädigungen durch Hagel oder Starkregen nicht mehr möglich.

Spätfröste<sup>1</sup> können durch eine massive Schädigung der Blüte einen Totalausfall der Ernte zur Folge haben. In nur begrenztem Umfang steht ausreichend Wasser für eine wirksame Frostschutzberegnung in weiten Teilen Deutschlands zur Verfügung, so dass diese Risikovorsorge-Maßnahme nur in eingeschränktem Maße einzelbetrieblich zur Anwendung kommt.

Stürme verursachen vielseitige Schadbilder. Diese reichen von freigewehten Wurzeln, was ein Absterben der Pflanze zur Folge hat, bis zum Abknicken ganzer Pflanzen. Hierdurch kommt es zu erheblichen Ausfällen in der Produktion.

In den vergangenen fünf Jahren sind nach massiven Schäden durch Extremwetterereignisse von einzelnen Bundesländern Haushaltsmittel bereitgestellt worden, um zumindest teilweise einen finanziellen Schadensausgleich vorzunehmen. Diese Ad-hoc-Beihilfen waren dringend notwendig, belasten jedoch die öffentlichen Haushalte unplanmäßig und sind mit einem enor-

men bürokratischen Aufwand für die öffentlichen Verwaltungen und Antragssteller verbunden. Eine schnelle und unbürokratische Auszahlung ist für die gartenbaulichen Betriebe jedoch essenziell, um deren Liquidität im Schadenfall zu sichern. Dies kann bei Ad-hoc-Beihilfen meist nicht gewährleistet werden. Eine Stärkung der eigenverantwortlichen betrieblichen Risikovorsorge ist daher umso wichtiger.

Bedingt durch die regional unterschiedlich auftretenden Extremwetterereignisse und die unterschiedlichen pflanzenbaulichen Strukturen gibt es in Deutschland seit einigen Jahren in einzelnen Bundesländern erste Ansätze mit Landes- oder EU-Mitteln für eine Förderung der Klima-Risiko-Versicherung (siehe Tabelle 1).

Mitglieder einer EU-anerkannten Erzeugerorganisation (EO) können im Rahmen eines Operationellen Programms eine Förderung zur Risikoprävention beziehen. Allerdings machen nicht alle EO's von dieser Möglichkeit in Deutschland Gebrauch. Andererseits sind längst nicht alle Erzeuger - insbesondere Direktvermarkter - Mitglieder einer EO und fallen somit aus einer möglichen Förderung heraus.

Die durch den Klimawandel bedingte massive Zunahme von Schadereignissen und die somit sinkende Ertragssicherheit machen somit ein nachhaltiges Bund-Länder-Konzept zur Risikovorsorge für alle in Deutschland wirtschaftenden Gartenbaubetriebe erforderlich.

2. Klima und wirtschaftliche Situation

Die dramatische Beschleunigung des Klimawandels und die Zunahme von Extremwetterereignissen in den vergangenen Jahren ist wissenschaftlich hinreichend beschrieben und dokumentiert (Abbildung 1 bis 4). Vor 2017 traten Hagel-, Spätfrost- und Dürreereignisse mit regional unterschiedlichen Intensitäten etwa alle 10 Jahre auf. In diesem Turnus war den Betrieben eine wirtschaftliche Kompensation der Schäden möglich.

1 siehe dazu auch Studie „DWD untersucht Pflanzenentwicklung im Frühjahr“, DWD, 2023

Tabelle 1: Klima-Risiko-Versicherung-Förderung in Deutschland, Stand Mai 2023. Quelle: Vereinigte Hagelversicherung VVaG

	Erzeuger- organisation <sup>1)</sup>	Obstbau	Gemüse	Baum- schulen	Zier- pflanzen
Baden-Württemberg	✓	50% / 50%**			
Bayern	✓	50%		50%	
Berlin		***			
Brandenburg	✓	***			
Bremen		***			
Hamburg		***			
Hessen	✓	***			
Mecklenburg-Vorpommern	✓				
Niedersachsen	✓	***			
Nordrhein-Westfalen	✓	50%	50%	50%	50%
Rheinland-Pfalz	✓				
Saarland					
Sachsen	✓	***			
Sachsen-Anhalt	✓				
Schleswig-Holstein					
Thüringen	✓	50%*	50%*		

Legende:

<sup>1)</sup> Gemeinsame Marktorganisation Obst u. Gemüse

grün = Landesmittel

rot = 2. Säule (ELER)

\* geplant ab 2023

\*\* geplant ab 2025

\*\*\* in Diskussion



### Entwicklung der mittleren jährlichen Anzahl von Heißen Tagen mit Höchstwerten von mindestens 30 Grad Celsius

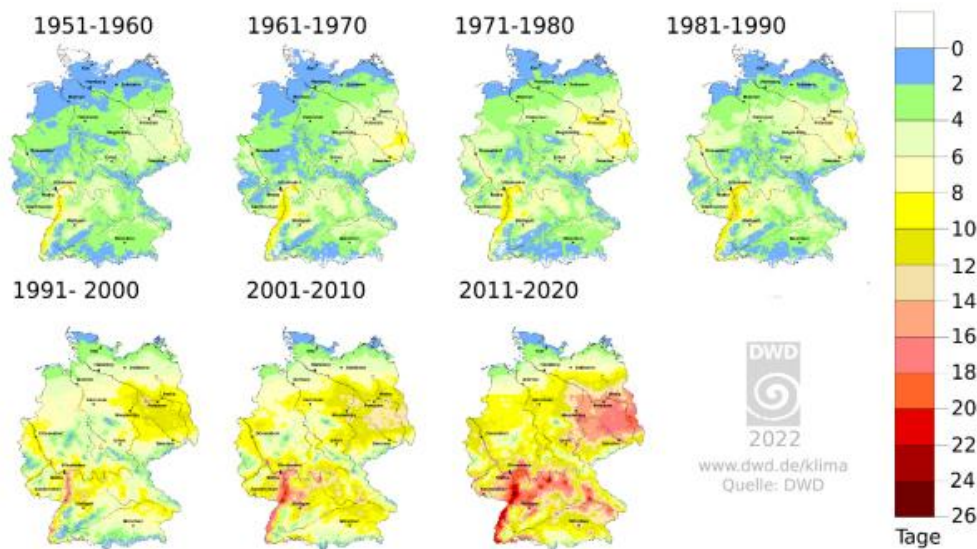


Abbildung 05: Mittlere jährliche Anzahl der Heißen Tage (d.h. Tage mit einer Höchsttemperatur von mindestens 30 °C / Quelle: DWD

Abbildung 1: Entwicklung der mittleren jährlichen Anzahl von Heißen Tagen. Quelle: DWD

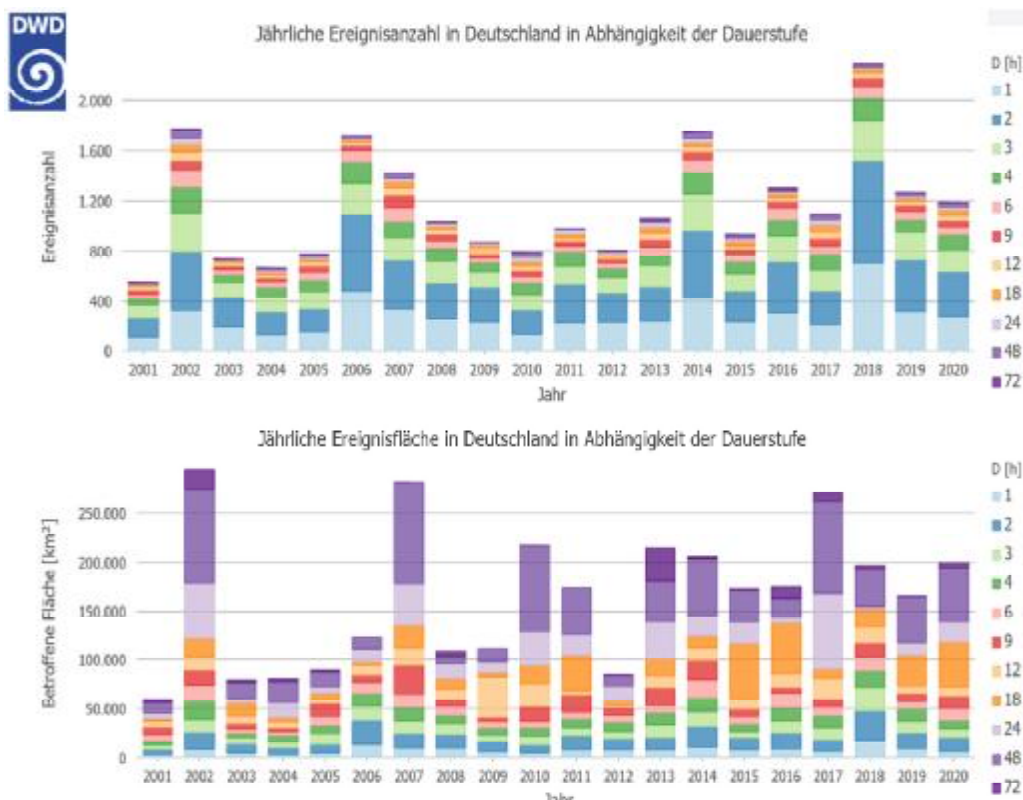


Abbildung 2: Verteilung der Starkregenereignisse über die Jahre 2001-2020. Quelle: DWD

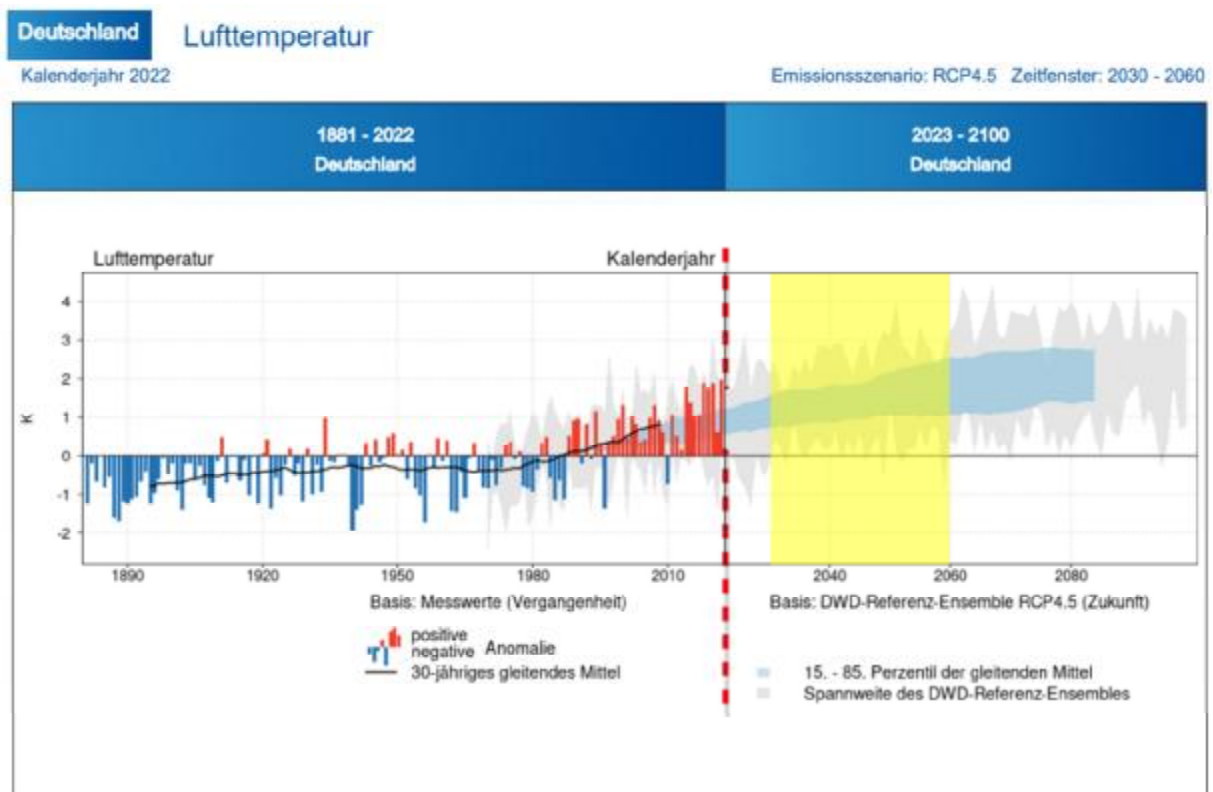


Abbildung 3: Der Temperaturanstieg im Zeitverlauf inklusive Prognose für das Emissionsszenario RCP4.5 im Zeitfenster 2030-2060. Quelle: DWD

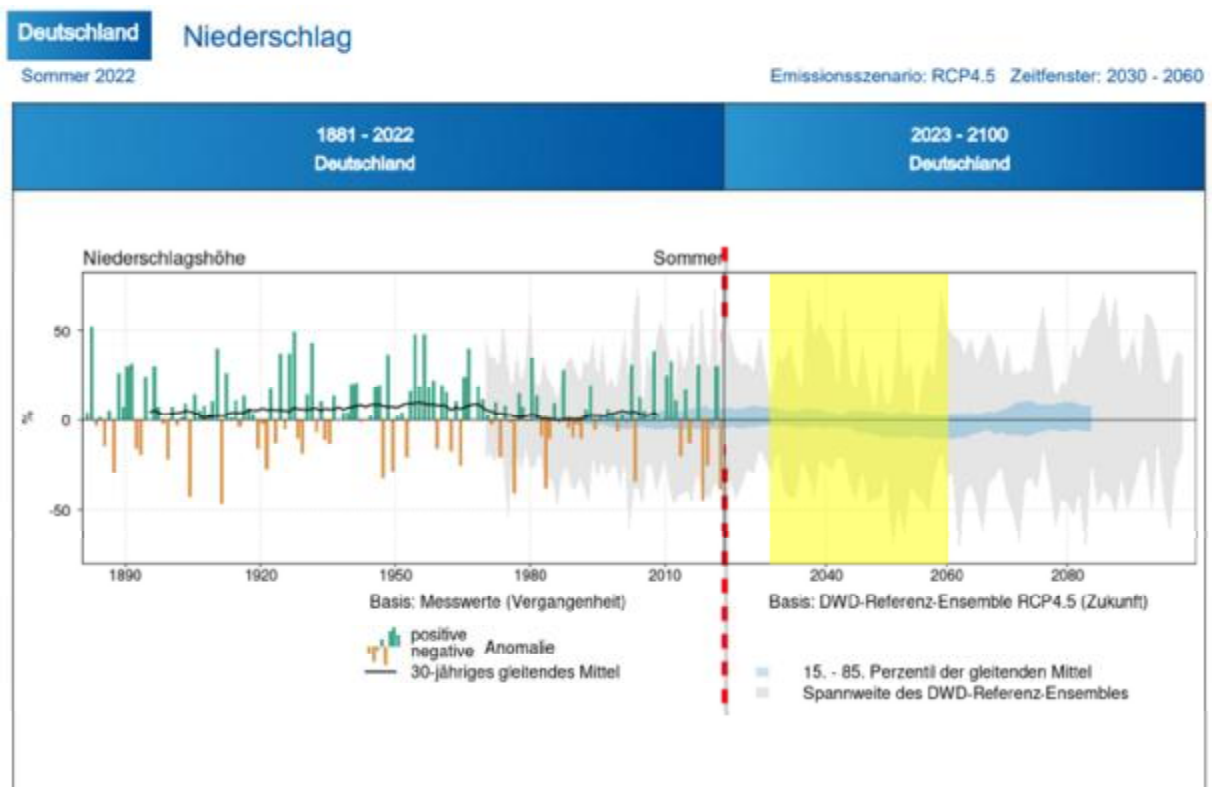


Abbildung 4: Die Veränderung des Sommerniederschlags im Zeitverlauf inklusive Prognose für das Emissionsszenario RCP4.5 im Zeitfenster 2030-2060. Quelle: DWD



Die klimatischen Veränderungen der letzten Jahre treffen Gartenbaubetriebe besonders, weil viele Kulturen wie zum Beispiel im Obstbau sehr sensibel auf wechselnde Bedingungen reagieren. Extremwetterlagen erhöhen das Produktionsrisiko: Trotz milder Winter nimmt das Auswinterungsrisiko zu, der frühere

Vegetationsbeginn erhöht das Frostrisiko, ungleiche Niederschlagsverteilungen im Jahresverlauf erhöhen die Dürregefahr und extreme Unwetter mit Hagel, Sturm und Starkregen fallen heftiger aus. Hinzu kommt, dass Dauerkulturen sehr lange Standzeiten haben. So werden Dauerkulturen meist erst nach

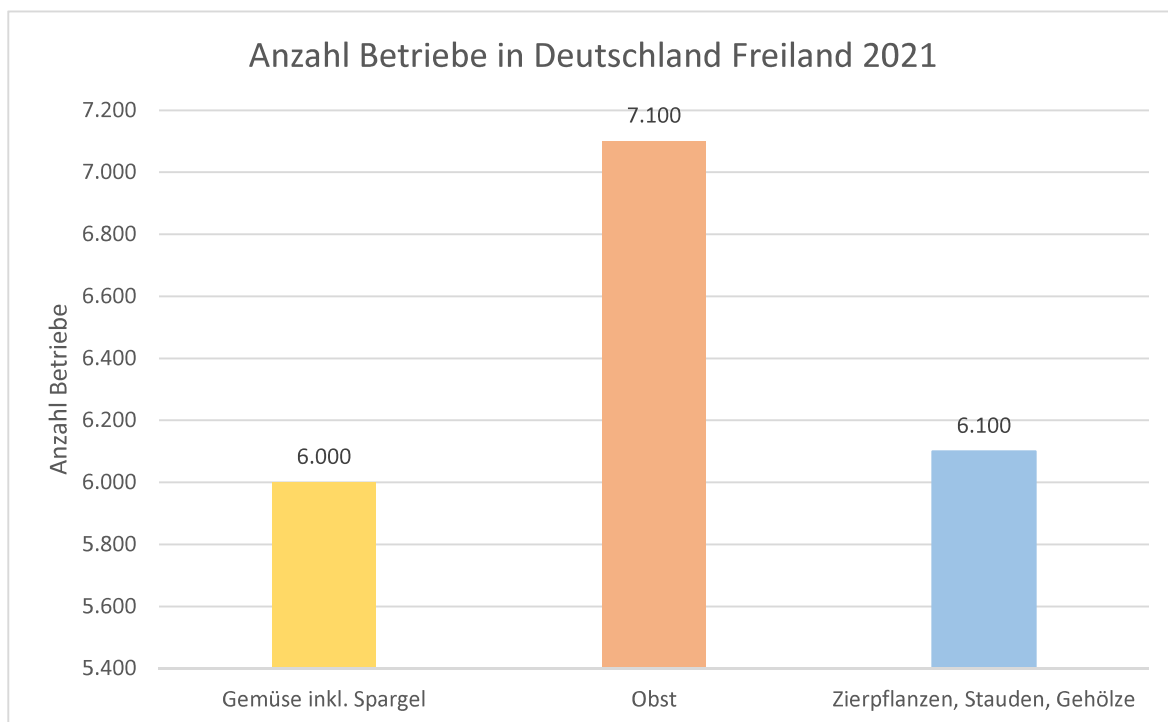


Abbildung 5: Anzahl Betriebe Deutschland im Kulturbereich Freiland. Jahr: 2021. Von Abweichungen in der Gesamtstatistik durch Anonymisierungen einzelner Daten auf Bundeslandebene ist auszugehen.

Quelle: DESTATIS, Statistikämter Deutschland, AMI – Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH

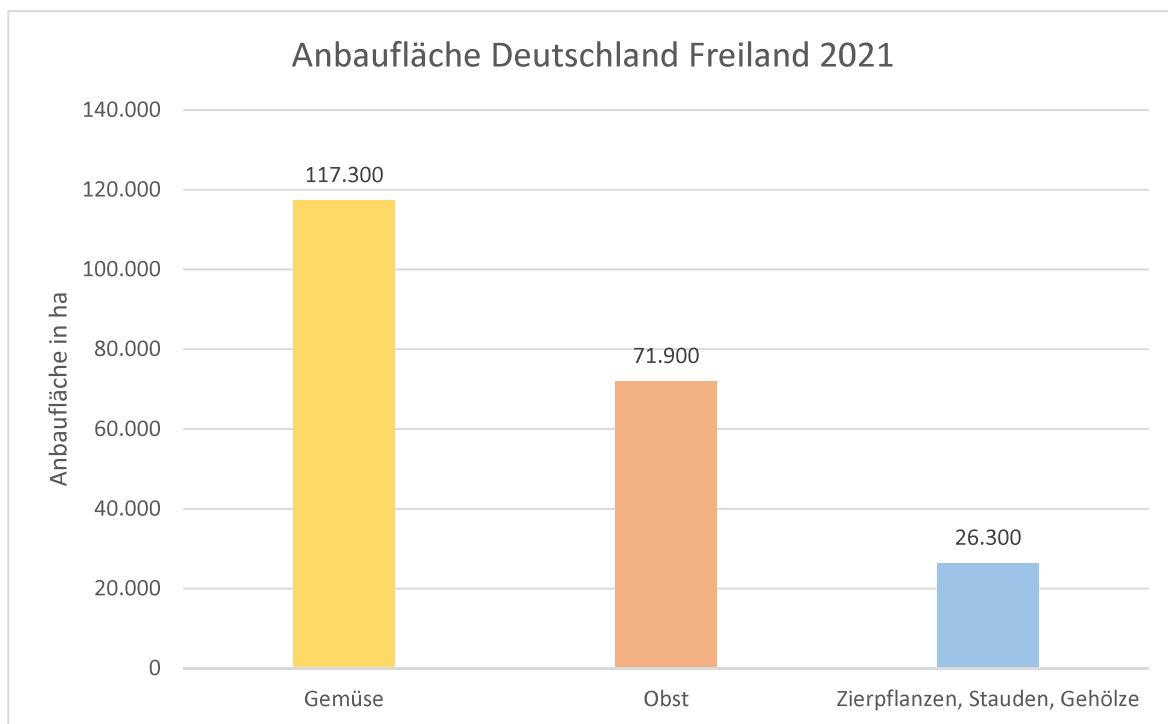


Abbildung 6: Anbaufläche Deutschland im Kulturbereich Freiland. Jahr: 2021. Von Abweichungen in der Gesamtstatistik durch Anonymisierungen einzelner Daten auf Bundeslandebene ist auszugehen.

Quelle: DESTATIS, Statistikämter Deutschland, AMI – Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH

20 Jahren neu gepflanzt. Betrieben ist deshalb eine kurzfristige Reaktion auf veränderte Anbaubedingungen nicht möglich, indem sie zum Beispiel besser angepasste Kultursysteme (geschützter Anbau) wählen.

Bedingt durch die massive Steigerung der Produktionskosten (Mindestlohn, Energie, Betriebsmittel), eine krisenbedingte Kaufzurückhaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher und steigenden Druck durch Importe geraten die deutschen Betriebe zunehmend in eine wirtschaftlich schwierige Situation. Bei Finanzierungen werden durch kreditgebende Banken zunehmend striktere Vorgaben für die Darlehensvergabe an gartenbauliche Betriebe erlassen. Diese schließen auch Umweltrisiken ein, für die die Betriebe entsprechende Sicherungsstrategien vorweisen müssen.

Betroffen sind hierbei deutschlandweit circa 7 100 Betriebe im Obstbau mit einer Fläche von circa 71 900 ha, circa 6 000 Betriebe im Gemüseanbau mit einer Fläche von circa 117 300 ha sowie circa 6 100 Betriebe im Anbau von Zierpflanzen, Stauden und Gehölze mit einer Fläche von circa 26 300 ha (Abbildung 5 und 6). Die Erntemengen betrugen hierbei im Jahr 2022 im Obstbau circa 1,25 Mio t und im Gemüsebau circa 3,57 Mio t mit einem Umsatz von circa 12,59 Mrd Euro im In- und Ausland (DESTATIS, 2023).

3. Wettbewerbssituation

Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit von gartenbaulichen Betrieben entscheidet sich durch kontinuierliche Präsenz am Markt. Der inter-

nationale Wettbewerb ist seit vielen Jahren immens und nimmt tendenziell durch die Ausgestaltung der nationalen Gesetzgebung in Deutschland weiter zu.

Um nachhaltig wirtschaften und bei immer höheren Qualitätsansprüchen wettbewerbsfähig produzieren zu können, sind gartenbauliche Betriebe zunehmend zur Spezialisierung gezwungen. Der Ausfall einer Kultur durch Umweltrisiken kann dann nicht mehr durch andere Produktionsbereiche kompensiert werden. Die Rentabilität deutscher Betriebe wird dadurch zunehmend in Frage gestellt.

Im europäischen Vergleich unterliegen diese auch aufgrund der Förderung einer Klima-Risiko-Versicherung in den Mitbewerberländern einem massiven Wettbewerbsnachteil. So werden beispielsweise im Bereich Obst in allen relevanten europäischen Obstregionen außerhalb Deutschlands die Hagelversicherungsprämien mit 50 bis 70 % bezuschusst (siehe Tabelle 2).

4. Ganzheitliches Risikomanagement

Ein individuelles, allumfassendes Risikomanagement stellt ein wichtiges Werkzeug gartenbaulicher Betriebe dar, um mit dem Klimawandel wirtschaften zu können. Hagelschutznetze, ein etabliertes Wassermanagement, angepasste Sortenwahl, neue Kulturarten sowie eine Klima-Risiko-Versicherung können dabei wichtige Bestandteile sein.

Tabelle 2: Prämienförderung in Europa, Stand Mai 2023. Quelle: Vereinigte Hagelversicherung VVaG

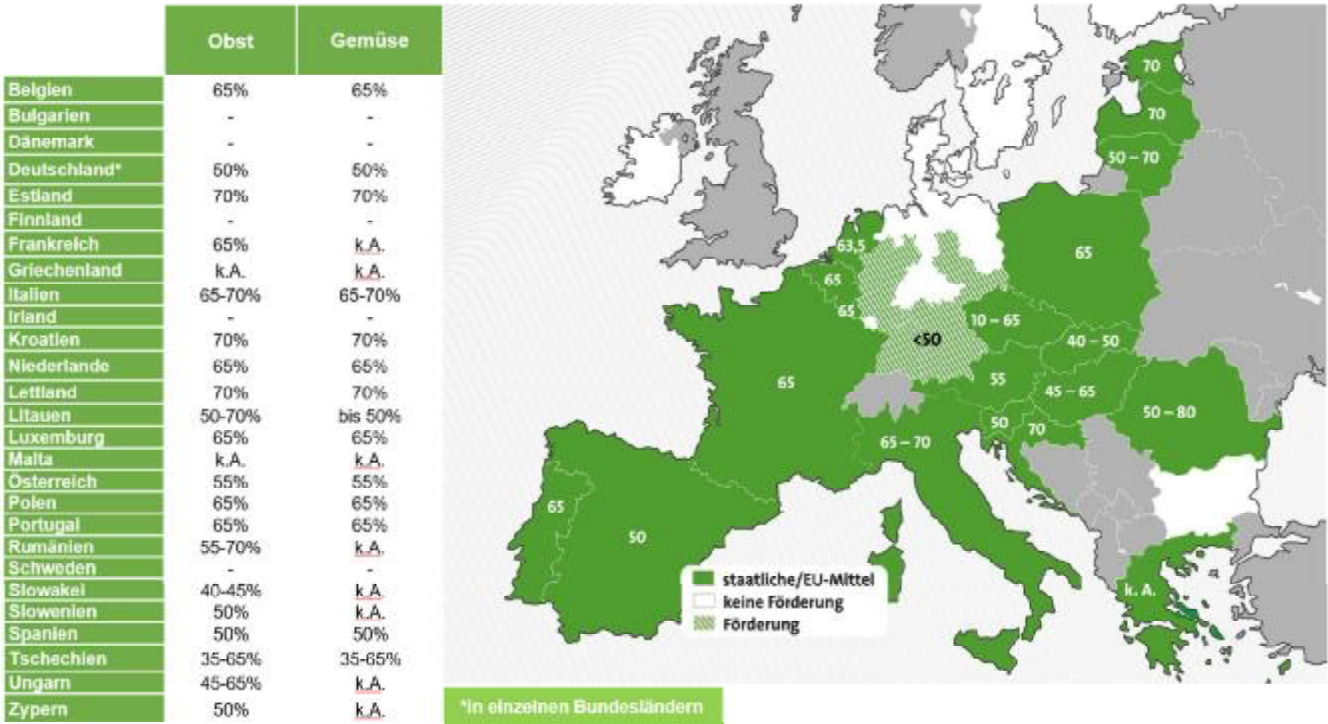




Abbildung 7: Risikomanagement gartenbaulicher Betriebe. Quelle: Vereinigte Hagelversicherung VVaG, Gartenbau-Versicherung VVaG, 2023

Eine Klima-Risiko-Versicherung ist auf freiwilliger Basis abschließbar und sichert den Betrieben im Schadenfall den Ertragsausfall ab. Die aufgrund des Klimawandels zunehmenden Ertragseinbußen durch Extremwetterlagen im Gartenbau können so abgemildert werden. Eine Förderung der Klima-Risiko-Versicherung ist erforderlich, um die gartenbaulichen Betriebe zu unterstützen.

Aus Sicht des Berufsstandes ist dafür ein Bund-Länder-Konzept notwendig.

Wichtige förderfähige Risiken sind Hagel, Sturm, Starkregen und Frost. Das Risiko Dürre wird in diesem Konzept nicht als förderfähige Gefahr angesehen. Aufgrund des Klimawandels ist eine erfolgreiche Produktion gärtnerischer Kulturen auf anfeuchtende Bewässerung angewiesen. Zum Schutz gegen Dürre bedarf es in betroffenen Regionen der gesonderten Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserverfügbarkeit.

Um eine maximale Förderung der Gartenbaubetriebe zu gewährleisten, bietet sich das Konzept der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG) an. Diese sind nur ihren Mitgliedern verpflichtet. Interessen anonymer Anteilseigner, wie etwa bei Versicherungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, spielen keine Rolle. Evtl. erzielte Überschüsse kommen somit ausschließlich den versicherten Betrieben zugute und werden den Rückstellungen für Überschadensjahre zugeführt.

**Diese Klima-Risiko-Versicherung sollte mindestens zu 50 % von staatlicher Seite gefördert werden. Dabei bietet sich eine Aufteilung der Finanzierung zwischen Bundes- und Landesmitteln von beispielsweise 50:50 an. Die Kosten der Klima-Risiko-Versicherung wären somit aufgeteilt in 50 % auf Betriebsebene, 25 % durch Förderung des Landes und 25 % durch Förderung des Bundes.**

Zuwendungsfähig sind Einjahres- und Mehrjahresverträge. Weiterhin ist der Abschluss von Versicherungsverträgen außerhalb der Förderbedingungen grundsätzlich möglich, aber nicht förderfähig.

Alle deutschen gartenbaulichen Betriebe würden alle Anbauflächen im Freiland auf freiwilliger Basis versichern können. Auf dieser Grundlage und einer erwartbaren Versicherungsdichte und den dazugehörigen Hochrechnungen kann weiterführend eine staatliche Förderung kalkuliert werden. Die Hochrechnungen sind lediglich ein Näherungswert, um weitere Berechnungen

durchzuführen. Die Versicherungsdichte hängt im Wesentlichen von der Höhe der Prämienunterstützung und der konkreten Ausgestaltung der förderfähigen Versicherungsprodukte ab. Diese Angaben gelten sowohl für den Obst- und Gemüsebau als auch für den Anbau von Zierpflanzen, Stauden und Gehölze.

Die folgenden Prämienvolumina in den Kulturen Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Stauden und Gehölze im Freiland wurden unter folgender Annahme berechnet:

Annahmen zum Obstbau:

Im Obstbau wären die Anbauflächen mit dem üblichen Risiko-Versicherungspaket von Hagel, Sturm, Starkregen und Frost versichert. Es gelten die regionsspezifischen Prämiensätze. Den Kulturgruppen Kernobst, Erdbeeren und Maronen/Nüsse läge ein Selbstbehalt von 20 % und einer Maximalentschädigung von 80 % zugrunde. Den Kulturgruppen Steinobst, Strauchbeeren und Industrieobst läge für das Risiko Hagel ein Selbstbehalt von 20 % und einer Maximalentschädigung von 80 % zugrunde und für die Risiken Sturm, Starkregen und Frost ein Selbstbehalt von 30 % und einer Maximalentschädigung von 70 % zugrunde. Nicht mit einbezogen wurden Kulturen unter Hagelschutznetzen oder mit Frostschutzberegnung.

**Somit läge das Prämienvolumen der deutschen Freilandbetriebe im Obstbau bei circa 24-60 Millionen Euro (Vereinigte Hagelversicherung VVaG, 2022).**

Annahmen zum Gemüsebau:

Im Gemüsebau wären die Anbauflächen mit dem üblichen Risiko-Versicherungspaket von Hagel, Sturm und Starkregen versichert. Es gelten hier ebenfalls die regionsspezifischen Prämiensätze. Den Kulturgruppen lägen hier für die Risiken Hagel, Sturm und Starkregen ein Selbstbehalt von 20 % und eine Maximalentschädigung von 80 % zugrunde. Nicht mit einbezogen wurden Kulturen unter Hagelschutznetzen.

**Im Gemüsebau läge das Prämienvolumen der deutschen Freilandbetriebe bei circa 8-20 Millionen Euro (Vereinigte Hagelversicherung VVaG, 2022).**

Annahmen zum Anbau von Zierpflanzen, Stauden und Gehölze: Es gilt das übliche Versicherungspaket mit den Risiken Hagel, Sturm, Starkregen und Überschwemmung. Versichert werden Stückzahlen der Kulturen. Es gilt die Annahme eines zugrundeliegenden Selbstbehalts von 20 % und einer Maximalentschädigung von 80 %.

*Tabelle 3: Prämienvolumen im Kulturbereich Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Stauden und Gehölze.  
Quelle: Vereinigte Hagelversicherung VVaG und Gartenbau-Versicherung VVaG, 2022.*

Kulturbereich	Prämienvolumen in €
Obst	24-60 Millionen
Gemüse	8-20 Millionen
Zierpflanzen, Stauden, Gehölze	15-24 Millionen
<b>GESAMT</b>	<b>47-104 Millionen</b>

**Das Prämienvolumen der Kulturen Zierpflanzen, Stauden und Gehölze läge bei 15-24 Millionen Euro (Gartenbau-Versicherung VVaG, 2022).**

Mit einem Prämienvolumen von 47 - 104 Mio Euro in der Klima-Risiko-Versicherung ist eine Absicherung der Wertschöpfung des heimischen Gartenbaus in Höhe von rund 1,88 - 2,44 Mrd Euro möglich und verdeutlicht die Notwendigkeit einer nachhaltigen Förderung für eine effiziente Risikovorsorge im Rahmen eines Bund-Länder-Konzepts.

### 5. Fazit

Aufgrund der Zunahme von Extremwetterereignissen in den letzten Jahren durch den Klimawandel ist die dringende Notwendigkeit gegeben, die gartenbaulichen Betriebe durch ein Bund-Länder-Konzept finanziell zu unterstützen und gleichzeitig somit die Haushalte der Bundesländer im Hinblick auf unplanmäßige Ad-hoc-Beihilfen zu entlasten. Perspektivisch ist

eine Finanzierung der Förderung seitens der Europäischen Union in der neuen GAP-Förderphase ab dem Jahr 2027 notwendig. Jedoch ist die jetzige Förderung über ein Bund-Länder-Konzept wichtig, um die gartenbaulichen Betriebe in ihrem Risikomanagement gegen die zunehmenden Wetterextreme zu unterstützen und dabei finanziell zu entlasten. **Mit einem Prämienvolumen von rund 47-104 Millionen Euro bei den gärtnerischen Kulturen Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Stauden und Gehölze wird eine Wertschöpfung von rund 1,88 - 2,44 Mrd Euro abgesichert.** Es besteht somit dringender Handlungsbedarf, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können und zu verhindern, dass die Versorgung heimischer Produkte bei höchsten Standards einer nachhaltigen Erzeugung an Boden verliert. Aus diesem Grunde erwarten wir politische Unterstützung in Form einer Förderung der Klima-Risiko-Versicherung. Wir fordern eine staatliche Zuwendung zur Klima-Risiko-Versicherung von 50 %, die beispielsweise zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern getragen wird.

# EU + Mitgliedstaaten

- 1 Naturwiederherstellungsgesetz – Europaparlament rückt verstärkt in den Fokus
- 2 Naturwiederherstellungsgesetz – EVP-Fraktion pocht auf neuen Anlauf
- 2 SUR und Gentechnikrecht – Umweltorganisationen kritisieren möglichen „Kuhhandel“
- 3 Frankreich – Ertragsunterschiede zwischen Bio und konventionell stabil
- 3 SUR – EU-Parlamentarier fordern Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz
- 3 Agrarumweltprogramme – Praktikable Grundsätze erfolgreicher als starre Vorgaben
- 4 Transparenz und Unabhängigkeit – Gutes Zeugnis für die EFSA
- 4 EU/Ukraine – Handelsbeschränkungen bis Mitte September verlängert
- 5 Polen – Beihilferegen für Landwirte dauert an
- 5 Internationale Beziehungen – EU-Kommission will Zusammenarbeit mit Lateinamerika ausweiten
- 6 Frankreich – Manifest zu „Rettung der Tierhaltung“ vorgestellt
- 7 EU-Außenpolitik – Einigung über Schutz vor Druck aus Drittstaaten
- 7 Zypern – Anerkennung von „Halloumi“ aus dem Norden bald möglich
- 7 Landcare Europe – Europäischer Verband für Landschaftspflege gegründet
- 8 Geflügelpest – Impfstoffentwicklung mit vielversprechenden Zwischenergebnissen
- 8 Rindertuberkulose – Gericht stoppt Lockerung der Kontrollen in spanischer Region Kastilien und León
- 9 Frankreich – Gesetz zur Zukunftsorientierung der Landwirtschaft nimmt Gestalt an
- 9 GAP 2028 – BÖLW schlägt „Stufen-Modell“ für zukünftige EU-Agrarförderung vor
- 10 GAP ab 2028 – Bio-Spitzenverband drängt auf grundlegende Reform

## Naturwiederherstellungsgesetz

# Europaparlament rückt verstärkt in den Fokus

Agrarverbände und Umweltorganisationen lancieren Appelle an die Europaabgeordneten - COPA und COGECA fordern Ablehnung des Vorschlags - Warnung vor Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft - Kritik an Folgenabschätzung - Nach Angaben von Umweltorganisationen kann die geplante Verordnung den Biodiversitätsverlust in Europa stoppen - Keine Gefahr für die Ernährungssicherheit

BRÜSSEL/BERLIN. Im Ringen um den Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Naturwiederherstellungsgesetz (NRL) hat sich die Aufmerksamkeit zuletzt verstärkt auf das Europaparlament konzentriert. Nach derzeitigem Stand wird der federführende Umweltausschuss am Donnerstag (15.6.) darüber entscheiden, ob der Entwurf für ein Verhandlungsmandat an das Plenum weitergeleitet wird. Im Vorfeld der Abstimmung wandten sich vergangene Woche Agrarverbände und Umweltorganisationen an die Abgeordneten. Die EU-Ausschüsse der Bauernverbände (COPA) und ländlichen Genossenschaften (COGECA) bekräftigten ihre Ablehnung des Kommissionsvorschlages. Gemeinsam mit dem Dachverband der europäischen Fischereiindustrie (Europêche) appellierten COPA und COGECA insbesondere an die Mitglieder des Umweltausschusses, den Bedenken der Bauern und Fischer Rechnung zu tragen und den Entwurf abzulehnen. Mehrere Umweltorganisationen verfassten derweil einen offenen Brief an die deutschen Europaparlamentarier und warben um Unterstützung des NRL.

### Kein eigenes Budget vorgesehen

Nach Einschätzung von COPA, COGECA und Europêche sind durch das NRL „erhebliche zerstörerische Auswirkungen“ auf die Land- und Forstwirtschaft quer durch die EU zu erwarten. Außerdem würden zahlreiche Fangründe für Naturschutzbelange geschlossen. Konkrete Kritik übten die Verbände an der begleitenden Folgenabschätzung. Statt die tatsächlichen Folgen für die Primärerzeugung darzustellen, konzentrierte sich die Abschätzung auf die gesellschaftlichen Vorteile, beklagen COPA und COGECA. Erheblichen Nachbesserungsbedarf sehen die beide Dachverbände auch bezüglich der Finanzierung des NRL. Die Kommission wolle keinen eigenen Haushaltsposten aufstellen, sondern die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) heranziehen. Die betreffenden Budgets sind nach Ansicht von COPA und COGECA aber bereits heute schon über Gebühr strapaziert.

### Wegweisender Entwurf

Für die Umweltorganisationen steht indes Europas biologische Vielfalt auf dem Spiel. Der rasant fortschreitende Niedergang der Biodiversität stelle das Wohlergehen der Europäerinnen und Europäer und ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage in Frage, heißt es ihrem Schreiben. Auch die Widerstandskraft gegen die Klimakrise würde bei einem Scheitern des NRL geschwächt. Der Entwurf sei „in seiner Gesamtheit wegweisend“ und schaffe den Rahmen, um Europas Biodiversitätsverlust zu stoppen. Laut den Organisationen befinden sich in Europa bereits 81 % der geschützten natürlichen Lebensräume in einem schlechten Zustand. Die Zerstörung und Übernutzung der

Natur stelle ein „wesentliches Sicherheitsrisiko“ für die Bevölkerung dar. Beim Schutz der Biodiversität gehe es daher auch um Gesundheitsvorsorge, Ernährungssicherheit und Klimawandel, heißt es weiter. Das NRL ermögliche weiterhin eine angepasste wirtschaftliche Nutzung, Sorge aber dabei für Bodenschutz, Dürreprävention und Hochwasserschutz.

### Wirtschaftliche Entwicklung nicht gefährdet

Nach Einschätzung der Umweltorganisationen stellen mehr Naturschutz und Naturwiederherstellung keine Gefahr für die Ernährungssicherheit dar. „Dies gilt umso mehr, als allein in Deutschland weiterhin rund 30 % unserer Lebensmittel im Müll landen“. Auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Europas sehen die Naturschützer nicht gefährdet. Die weltweite Leistung der Natur betrage einer Minimalschätzung zufolge fast das Doppelte der jährlichen Bruttonationaleinkommen aller Staaten. Angesichts der Doppelkrise von Biodiversitätsverlust und Erderwärmung nicht oder verspätet zu handeln, verursache hingegen „gigantische Schäden und entsprechende Kosten“.

### BUND kritisiert CDU und CSU

Laut der Geschäftsleiterin des World Wide Fund for Nature (WWF) Deutschland, **Heike Vesper**, ist das NRL nicht zuletzt auch „der zentrale Baustein“ für die Umsetzung des Weltnaturabkommens in Europa. Die Gesetzesinitiative würde den Rahmen schaffen, um Europas Biodiversitätsverlust zu stoppen. Der Vorsitzende vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), **Olaf Bandt**, kritisierte die Unionsparteien. „Die CDU/CSU muss ihre verantwortungslose Blockadehaltung und Desinformationskampagne beenden und das EU-Renaturierungsgesetz unterstützen“, forderte Bandt. Ansonsten „versündige“ sich die Union an zukünftigen Generationen und schade den Landwirten, die von gesunden Ökosystemen abhängig seien. Neben WWF und BUND gehören auch der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sowie der Naturschutzbund Deutschland (NABU) zu den Unterzeichnern des offenen Briefs.

### Jäger unterstützen Wiederherstellung

Hinter das NRL stellten sich auch die Jäger. Der europäische Dachverband (FACE) übergab eine Petition mit mehr als 360 000 Unterschriften an EU-Umweltkommissar **Virginijus Sinkevičius**. Die „SignForHunting“-Kampagne fordert, die Zusammenarbeit mit den Jägern für den Naturschutz und die Zukunft der Jagd zu verbessern. Außerdem soll das EU-Naturschutzrecht „Ergebnisse für Ökosysteme und Lebensräume für das Niederwild, insbesondere Feuchtgebiete und Ackerland, erzielen“.

AgE



## Naturwiederherstellungsgesetz

### EVP-Fraktion pocht auf neuen Anlauf

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende de Lange macht strukturelle Bedenken hinsichtlich des Ansatzes geltend - Folgenabschätzung unzureichend - Offene Fragen in Bezug auf die Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion sowie die Lebenshaltungskosten - Laut Berichterstatterin Schneider geht der Kommissionsvorschlag über die Ziele der UN-Biodiversitätskonferenz von Montreal hinaus

BRÜSSEL. Die Europäische Volkspartei (EVP) hat ihre Kritik am Vorschlag der EU-Kommission für ein Naturwiederherstellungsgesetz (NRL) bekräftigt. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Esther de Lange** verdeutlichte am vergangenen Mittwoch (7.6.) in Brüssel gemeinsam mit den Berichterstatterinnen von Umwelt- und vom Landwirtschaftsausschuss, **Christine Schneider** und **Anne Sander**, nochmals die Gründe für den Rückzug der EVP von den Verhandlungen. Man habe „ernste strukturelle Bedenken“ hinsichtlich des Ansatzes, erklärte de Lange. Die Fraktion stehe daher auf dem Standpunkt, dass der Entwurf der Kommission zurück ans Reißbrett müsse. Nicht zufrieden ist die EVP unter anderem mit der zugehörigen Folgenabschätzung. Diese habe zwar viele Seiten, gebe aber keine Antworten auf die relevanten Fragen, kritisierte de Lange. Beispielsweise würden die Angaben zu den Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion von verschiedenen Seiten bezweifelt. Offen blieben auch Fragen hinsichtlich der unter Schutz zu stellenden Fläche sowie zu den Folgen für die Lebenshaltungskosten.

#### Notbremse fehlt

Schneider bezeichnete den Vorschlag der Kommission als „gut gemeint, aber schlecht gemacht“. Laut der CDU-Politikerin geht der Entwurf außerdem über die Ziele der UN-Biodiversitätskon-

ferenz von Montreal hinaus. Gebraucht würden aber nicht nur Bienen und Insekten, sondern auch Landwirte und Flächen zur Nahrungsmittelproduktion. „Für uns fühlt es sich an, als sollten wir einen Blanko-Scheck unterschreiben“, resümierte die stellvertretende EVP-Fraktionsvorsitzende. Sollten sich die „rosigen“ Zahlen der Kommission als falsch herausstellen, fehle so etwas wie eine Notbremse. Nicht zuletzt befürchtet die EVP laut de Lange, dass das NRL geostrategische Ziele der EU gefährden könnte. Sie nannte in diesem Zusammenhang den Rahmen zur Stärkung von klimaneutralen Technologieprodukten sowie das Maßnahmenpaket zur Sicherung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen.

#### Paketlösung als Ausweg

Wiederholt wurde das NRL von de Lange mit dem erwarteten Vorschlag zur Überarbeitung des EU-Gentechnikrechts in Verbindung gebracht. Sie verwies auf das EU-Klimapaket „Fit für 55“. Das habe funktioniert, weil es „für jeden etwas zu lieben und zu hassen“ gegeben habe. „Im Moment fehlt aus unserer Sicht eine Hälfte des Pakets“, so de Lange. Die EVP werde an den Verhandlungstisch zurückkehren, wenn die Kommission eine ausreichende Folgenabschätzung und einen bereinigten NRL-Vorschlag gemeinsam mit dem Entwurf zu den neuen Züchtungstechniken vorlege. AgE

## SUR und Gentechnikrecht

### Umweltorganisationen kritisieren möglichen „Kuhhandel“

Warnung vor Verknüpfung von Gesetzesvorhaben der Europäischen Kommission - Laut mehreren Umweltorganisationen sollen SUR und die Novelle des Gentechnikrechts als Paket verkauft werden - Basis sind Äußerungen von Kommissionsvizepräsident Timmermans im Europaparlament

WIEN/BERLIN. Vor einer aus ihrer Sicht untragbaren Verknüpfung von Gesetzesvorhaben der Europäischen Kommission haben mehrere Nichtregierungsorganisationen gewarnt. Konkret geht es um den Verordnungsvorschlag zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) und die Überarbeitung des europäischen Gentechnikrechts. Wie Global 2000 am Dienstag vergangener Woche (6.6.) gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und foodwatch erklärte, will die Kommission beide Vorhaben als Paket „verkaufen“. Die Organisationen berufen sich primär auf Äußerungen des geschäftsführenden Vizepräsidenten der Kommission, **Frans Timmermans**. Er hatte vorvergangene Woche dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsausschuss des Europaparlaments Rede und Antwort gestanden und an die Abgeordneten appelliert, dass sie ihre „Gräben“ verlassen und miteinander sprechen müssten, um Fortschritte zu erreichen. Anderenfalls werde es keine SUR und auch keine neuen Züchtungsmethoden geben. Betont hatte Timmermans zudem, dass die vorliegenden und noch erwarteten Vorschläge zusammen gesehen werden müssten. Der Green Deal sei ein Gesamtpaket.

#### Falsche Versprechen

Global 2000, BUND und foodwatch deuten die Einlassungen des Kommissionsvizepräsidenten dahingehend, dass im Gegenzug zur Verabschiedung der Pflanzenschutzpläne Zugeständnisse bei der

Überarbeitung des Gentechnikrechts gemacht werden könnten. Als Indiz dafür werden auch Verweise auf Potentiale zur Verringerung des Pflanzenschutzaufwandes durch mit neuen Verfahren erzeugte Nutzpflanzen aus Kommissionsdokumenten gewertet. Nach Einschätzung der Organisationen handelt es sich bei besagten Potentialen indes um „falsche Versprechen der Agrarlobby“. „Neue Gentechnikpflanzen treiben den Pestizideinsatz in die Höhe und befeuern die Biodiversitätskrise“, so Brigitte Reisenberger von Global 2000. Voraussetzungen für eine nachhaltige Landwirtschaft und die Sicherung der Agrarproduktion für die nächsten Generationen seien eine „starke, gesetzlich verankerte Pestizidreduktion und eine weiterhin strenge Regulierung und Risikoprüfung von neuen Gentechnik-Pflanzen“.

#### Keine konkreten Zahlen

Nach Angaben der Organisationen liegen konkrete Zahlen oder Forschungsdaten zum Pflanzenschutz-Einsparpotential der neuen Züchtungstechniken nicht vor. In Ländern mit hohem Anteil an gentechnisch veränderten Sorten im Anbau sei keinerlei Verringerung des Pflanzenschutzmittelaufwandes zu beobachten, sondern allenfalls eine Steigerung. Global 2000, BUND und foodwatch warnen zudem davor, dass eine Deregulierung des EU-Gentechnikrechts die Marktmacht von „Agrarkonzernen wie Bayer oder Corteva“ stärken würde. AgE

## Frankreich

## Ertragsunterschiede zwischen Bio und konventionell stabil

PARIS. In Frankreich sind die Ertragsunterschiede zwischen ökologisch und konventionell erzeugten Ackerfrüchten in den vergangenen Jahren weitgehend stabil geblieben. Das zeigt eine Auswertung, die in der vergangenen Woche vom Statistischen Dienst beim Pariser Landwirtschaftsministerium (Agreste) vorgelegt wurde. So lag die durchschnittliche Ausbeute pro Hektar bei Weichweizen aus ökologischem Anbau im Jahr 2022 um 57 % unter dem Ertrag der konventionellen Erzeugung. Im Jahr davor waren es 56 % weniger gewesen, und im Mittel der Jahre 2018 bis 2022 belief sich die Minderung auf 55 %. Bei Wintergerste lag der Durchschnittsertrag im Ökolandbau zuletzt um 47 % unter dem Mittel der konventionellen Bewirtschaftung. Für 2021 weisen die Statistiker hier ein Minus von 48 % aus; für das mehrjährige Mittel wird die Ertragslücke bei der Wintergerste auf 42 % beziffert. Geringer fallen die Flächenproduktivitäts-

unterschiede zwischen Bio und konventionell bei Sommerungen wie Sonnenblumen oder Sojabohnen aus. Bei der Ernte von Sonnenblumensaat haben die Biobauern 2022 im Vergleich zu ihren Kollegen laut Agreste „nur“ 28 % weniger eingefahren; dies entsprach sowohl der Ertragslücke des Vorjahres als auch dem mehrjährigen Mittel. Bei den Sojabohnen fiel die durchschnittliche Erntemenge im Ökolandbau im vorigen Jahr um 31 % geringer aus. 2021 waren es 23 % weniger gewesen, im mehrjährigen Schnitt liegt die Ertragsminderung bei 24 %. Zumindest anteilig lassen sich die Unterschiede durch die geografische Verteilung der Betriebe erklären. Dem Statistischen Dienst zufolge sind ökologisch bewirtschaftete Flächen häufiger im Süden des Landes zu finden, wo die Erträge bei fast allen Kulturen grundsätzlich geringer sind als im Norden, wo die konventionellen Betriebe dominieren. AgE

## SUR

## EU-Parlamentarier fordern Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz

BRÜSSEL. Den Landwirten sollten beim Pflanzenschutz künftig neue Möglichkeiten eröffnet werden. Das fordern neun europäische Agrarpolitiker der liberalen Fraktion Renew Europe (RE). In einem Brief an die zuständige EU-Gesundheitskommissarin **Stella Kyriakides** drängen unter anderem die agrarpolitische Sprecherin **Ulrike Müller** sowie der vormalige Agrarkommissar **Dacian Ciolos** auf eine wirksame Ausgestaltung des nun für den 5. Juli erwarteten Kommissionsvorschlags zu neuen Züchtungstechniken. Dieser Vorschlag müsse auch vorsehen, dass den Bauern Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz an die Hand gegeben werden. Beklagt wird allerdings, dass es hier gegenwärtig bei der Markteinführung erhebliche Hindernisse gebe. Im Rahmen der geplanten Verordnung zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) seien die bestehenden Probleme bisher nicht angemessen angegangen worden. Die Parlamentarier kritisieren, dass das Zulassungs- und Genehmigungsverfahren für neue Wirkstoffe in der EU durchschnittlich sieben bis acht Jahre in Anspruch nehme. Verglichen mit zwei bis drei Jahren in anderen Märkten wie den USA, Brasilien oder China, sei dies

nicht akzeptabel. Die Agrarpolitiker monieren zudem, dass die Anforderungen des Zulassungsverfahrens für die Eigenschaften synthetischer Pflanzenschutzmittel aktuell denen für biologische Wirkstoffe entsprechen. Dies bedeute, dass biologische Schädlingsbekämpfungsmittel in der Zulassung aufwändiger und kostspieliger seien, als dies sachlich gerechtfertigt sei. Die RE-Politiker fordern daher, die EU-Pflanzenschutzmittelverordnung aus dem Jahr 2009 entsprechend anzupassen, um die Zulassungen zu erleichtern. „Insbesondere biologische Schädlingsbekämpfungsmittel haben ein großes Potential, die Lücken in den Werkzeugkästen der Landwirte zu schließen“, heißt es in dem Brief an Kyriakides. Derweil sprach sich Mecklenburg-Vorpommerns Agrarminister **Dr. Till Backhaus** vorige Woche mit Blick auf den SUR-Entwurf klar gegen pauschale Verbote von Pflanzenschutzmitteln aus. Der SPD-Politiker plädiert stattdessen für den One-Health-Ansatz, der anerkenne, „dass es nicht ganz ohne Pflanzenschutzmittel gehen wird, wenn wir die Ernährungssicherheit einer wachsenden Weltbevölkerung gemäß der Farm-to-Fork sicherstellen wollen“. AgE

## Agrarumweltprogramme

## Praktikable Grundsätze erfolgreicher als starre Vorgaben

Forschungsvorhaben legt Empfehlungen zur Gestaltung von Agrarumweltprogrammen vor - Ökonomische und ökologische Vorteile wiegen anfänglichen Mehraufwand auf - Autoren plädieren für mehr Mut und innovative Ansätze - Landwirtschaftliche Experten stärker einbinden

BERLIN/MÜNCHENBERG. Politiker auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene können jetzt bei der Gestaltung von Agrarumweltmaßnahmen auf aktuelle wissenschaftliche Empfehlungen zurückgreifen. Das europäische Forschungsvorhaben „Contracts2.0“ hat zum Abschluss ein Handbuch namens „Co-Creating Contracts“ vorgelegt, das als Leitfaden für ökologisch wirksame, wirtschaftlich tragfähige und praktikable Maßnahmen dienen soll. Nach Angaben der Projektpartner konnte gezeigt werden, dass die vielen ökonomischen und ökologischen Vorteile, die innovative Vertragslösungen mit sich bringen können, den anfänglichen Mehraufwand wert sind. Landwirte seien

bereit, innovative Ansätze umzusetzen, wenn die vertraglichen Vereinbarungen motivierend statt hemmend sowie verlässlich statt vage seien. „Hier wirken praktikable Grundsätze seitens der Administration oft erfolgreicher als das Festhalten an starren Richtlinien“, heißt es weiter. „Wir sollten im Schulterschluss von Wissenschaft und Praxis mehr Mut zeigen, innovative Ansätze, wie zum Beispiel kooperative und ergebnisorientierte Agrarumweltmaßnahmen, in der Praxis umzusetzen und dafür auch Experimentierräume wie Living Labs nutzen“, erklärte die Koordinatorin des Projektes, **Prof. Bettina Matzdorf** vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF). Zur



Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien der Europäischen Kommission brauche es darüber hinaus ganzheitliche Ansätze, die eine sich ergänzende Honorierung der ökologischen Leistungen der Landwirte durch Förderpolitiken und Konsumenten umsetzen.

### Staatliche Kontrollen abbauen

Laut **Dr. Francis Turkelboom** vom Flämisches Institut für Natur- und Waldforschung (INBO) können Herausforderungen bei den derzeitigen Agrarumweltprogrammen unter anderem durch die Einbeziehung verschiedener Wissensträger und die Förderung der gemeinsamen Gestaltung bewältigt werden. „In der Praxis bedeutet das, die Bürokratie zu vereinfachen und staatliche Kontrollen abzubauen, Landwirte aktiv in die Gestaltung und Begleitung von Verträgen einzubeziehen sowie die Einbindung von Experten wie aus den landwirtschaftlichen

Beratungsdiensten zu stärken, um das Potenzial innovativer Agrarumweltprogramme zu nutzen“, erläuterte der Wissenschaftler.

### Spielraum vorhanden

Der Umweltbeauftragte des Deutschen Bauernverbandes (DBV), **Eberhard Hartelt**, richtete den Blick auf die Landwirte. Aus ihrer Sicht gelinge biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft vor allem dann, wenn Biodiversitätsmaßnahmen von Politik und Verwaltung praktikabel gestaltet und flexibel gelebt würden, erklärte Hartelt. Der aktuelle agrarpolitische Rahmen biete formal mehr Spielraum für innovative Ansätze, die Politik „muss es nur wollen und diese befördern“. Künftig sollten laut Hartelt innovative Beispiele wie ergebnisorientierte Maßnahmen und Naturschutz-Kooperativen flexibel ermöglicht, motivierend gestaltet und möglichst einfach umgesetzt werden. AgE

## Transparenz und Unabhängigkeit

### Gutes Zeugnis für die EFSA

BRÜSSEL. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ist in Sachen Transparenz und Unabhängigkeit grundsätzlich gut aufgestellt. Das wird der Behörde von einer Studie bescheinigt, die Wissenschaftler der Universität Maastricht im Auftrag des Europaparlaments angefertigt haben. Wie vergangene Woche bei der Vorstellung der Studie im Umweltausschuss aber deutlich wurde, haben die Autoren ungeachtet dessen noch mehrere Verbesserungsvorschläge. Dazu gehört unter anderem die Festsetzung einer Frist für die Bearbeitung von Anfragen zur Bereitstellung von Dokumenten; die Wissenschaftler empfehlen hier ein Maximum von 15 Arbeitstagen. In Sachen Unabhängigkeit sprechen sich die Autoren dafür aus, die Vorgaben zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei Experten aus den Mitgliedstaaten klarer zu gestalten. Zur Sprache kam im Rahmen der Ausschusssitzung auch die wissenschaftliche Veröffentlichung über die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, die in der vergangenen Woche für Aufsehen gesorgt hatte. Laut dem Papier haben in der Vergangenheit mehrere Pflanzenschutz-

mittelhersteller im Zulassungsprozess den EU-Behörden Studien zur Entwicklungsneurotoxizität vorenthalten. Aufgefallen war das bei einem Abgleich mit den Informationen, die den US-amerikanischen Zulassungsbehörden vorgelegt worden waren. Der Vertreter der EFSA, der Leiter der Rechtsabteilung **Dr. Dirk Detken**, räumte ein, dass die Vorenthaltung von Studien ein Anlass zur Besorgnis sei. Zugleich wies er darauf hin, dass auch die jüngste Reform der maßgeblichen Vorschriften daran festgehalten habe, die Zusammenstellung der für eine Zulassung notwendigen Untersuchungen den Antragstellern aufzugeben. Laut Detken ist allerdings mittlerweile eine Anmeldung aller für eine Zulassung angefertigten Studien vorgesehen, so dass der Behörde alle Arbeiten bekannt sein sollten. Die unterschlagenen Studien könnten indes in Brüssel noch ein weiteres Nachspiel haben. Bereits am vorvergangenen Donnerstag (1.6.) hatte der Vorsitzende des Umweltausschusses, **Pascal Canfin**, angekündigt, das Thema im Rahmen einer öffentlichen Anhörung aufzugreifen. AgE

## EU/Ukraine

### Handelsbeschränkungen bis Mitte September verlängert

Ausschließlicher Transit für bestimmte Getreide und Ölsaaten durch fünf östliche EU-Länder wird fortgesetzt - Kommission nennt begrenzte Lagerkapazitäten vor der anstehenden Erntesaison als Argument - Özdemir: Die Beschränkungen spielen Putin in die Hände - Bundeslandwirtschaftsministerium sieht noch keinen Anlass zur Sorge für deutsche Agrarmärkte

BRÜSSEL. Die Handelsbeschränkungen für bestimmte ukrainische Agrarprodukte werden verlängert. Wie die Europäische Kommission am Montag vergangener Woche (5.6.) mitteilte, werden die Schutzmaßnahmen bis zum 15. September weiter in Kraft bleiben. Konkret geht es dabei um Weizen, Mais sowie Sonnenblumen- und Rapssaat. Für diese Waren ist durch Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien sowie Bulgarien demnach weiterhin lediglich der Transit erlaubt. Als Begründung nannte die Kommission unter anderem die begrenzten Lagerkapazitäten vor der anstehenden Erntesaison. Ziel der nun verlängerten Maßnahmen sei es daher, das Aufkommen von Getreide in den betreffenden östlichen Mitgliedsländern zu verringern und die Exportmengen aus der Ukraine anderen EU-Staaten und dem Weltmarkt zuzuführen. Der ukrainische Agrarminister **Mykola Soloskyi** war bei seinem letzten Besuch in Brüssel einer Weiterführung der Transitregelung entgegengetreten. Derweil hatte EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** beim Agrarrat in

der vorletzten Woche für eine Verlängerung bis mindestens Oktober plädiert. Nach Bekanntwerden der Kommissionsentscheidung bekräftigte Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** seine Kritik an diesen Handelsbeschränkungen.

### Funktionierenden Binnenmarkt sicherstellen

Der Grünen-Politiker mahnte, dass die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten „dringend zu einem abgestimmten und geeinten Vorgehen“ zurückkehren und so für einen funktionierenden EU-Binnenmarkt sorgen sollten. Nach den Worten des deutschen Ministers zählt diese Maßnahme nicht auf „unsere europäische Solidarität mit der Ukraine ein“. Vielmehr spiele dies dem russischen Präsidenten **Wladimir Putin** in die Hände. „Seit Beginn des Krieges lässt der russische Herrscher nichts unversucht, um die internationale Staatengemeinschaft zu spalten und der Ukraine wirtschaftlich zu schaden“, so Özdemir. Die Herausforderungen seien aber nur gemeinsam zu bewältigen. Für den deut-

schen Landwirtschaftsministern bedeutet das, dass Europa an der Seite der Ukraine steht und auf der Grundlage von Regeln und Fakten Hilfen für die Mitgliedstaaten auf den Weg bringt, deren Märkte „unter den Folgen von Putins Wahnsinn leiden“. Nationale Alleingänge „schaden am Ende uns allen“.

### **Keine Reaktion auf Schreiben**

Die Verlängerung erfolgte offenbar gegen den Widerstand einer Reihe vorwiegend westlicher Mitgliedstaaten. Neben Deutschland hatte sich auch Frankreich gegen die Verlängerung der Transitregelung ausgesprochen. Aber auch östliche Mitgliedstaaten wie beispielsweise Kroatien, das an Ungarn angrenzt, sorgen sich vor den Folgen der Maßnahme. Befürchtet wird ein

Angebotsüberhang auf den betreffenden Märkten und in der Folge Erlöseinbußen für die Landwirte vor Ort. Auf Anfrage erklärte eine Sprecherin des Bundeslandwirtschaftsministeriums gegenüber AGRA-EUROPE, dass die Bundesregierung stetig die Lage der deutschen Agrarmärkte beobachtet. Derzeit gebe es noch keinen Anlass zur Sorge hinsichtlich der hiesigen Marktstabilität. Die Sprecherin beklagte allerdings, dass auf das Anfang Mai verschickte gemeinsame Schreiben von 13 Mitgliedstaaten, in denen unter anderem die jetzt verlängerten Maßnahmen kritisiert worden seien, seitens der Kommission nicht eingegangen worden sei. Zudem bedauerte sie, dass beim jüngsten Agrarrat im Mai kein Austausch über die in dem Brief angesprochenen Themenerfolge sei. AgE

## **Polen**

### **Beihilferegeln für Landwirte dauert an**

Mit weiteren fast 350 Millionen Euro soll die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert werden - Seit etwas über einem Jahr deutlich über vier Milliarden Euro an Sonderhilfen bereitgestellt - Warschauer PiS-Regierung will offenbar Bauern für die Wahlen im Herbst auf ihre Seite ziehen - Hilfen unter anderem für Versicherungen und Düngemittelleinkauf

BRÜSSEL. In Polen überschüttet die Regierungspartei PiS die dortigen Landwirte mit immer neuen Finanzhilfen - augenscheinlich um sie bei der Wahl zum Nationalparlament im Herbst für sich zu gewinnen. Am vorigen Montag (5.6.) hat die Europäische Kommission nun ein weiteres Hilfspaket aus Warschau genehmigt, diesmal in Höhe von 346 Mio Euro. Damit übertreffen die seit etwas über einem Jahr neben den regulären Flächenprämien bereitgestellten Sonderbeihilfen die Marke von 4 Mrd Euro inzwischen deutlich. Wie die Brüsseler Behörde zu der jüngsten Subventionsmaßnahme feststellte, steht diese einmal mehr im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen Folgen. Konkret geht es hierbei um Maßnahmen, die für die Beschleunigung des grünen Übergangs und die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen „von zentraler Bedeutung“ sind. Gemäß der Brüsseler Kommission werden die Beihilfen in Form zinsverbilligter Darlehen gewährt. Ziel sei es, den Liquiditätsbedarf der landwirtschaftlichen Erzeuger zu decken, die von der aktuellen geopolitischen Krise betroffen seien. Zudem stellte die Kommission fest, dass die Beihilfen nicht mehr als 250 000 Euro je Begünstigten betragen dürfen. Gewährt werden müssen die Gelder spätestens bis Jahresende.

### **Ein Paket jagt das nächste**

Erst vor wenigen Wochen war von der Kommission ein polnisches Hilfspaket über 1 Mrd Euro genehmigt worden. Diese

Maßnahme zielte auf die Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe, die aufgrund des Kostenanstiegs bei Mineraldüngern mit Liquiditätseingängen zu kämpfen haben. Anfang Mai hatten die EU-Beamten grünes Licht für polnische Subventionen gegeben, die auf Versicherungen gegen Witterungsextreme und Naturkatastrophen abzielen. Vorgesehen ist hierbei von Warschau, den Höfen unabhängig von der Größe bis zu 65 % der Prämien zuzuschießen. Bis einschließlich 2027 sollen dafür insgesamt rund 1,3 Mrd Euro fließen.

### **Hilfsgelder aus Agrarreserve nicht freigegeben**

Kurz zuvor hatte Polen das Brüsseler Placet für landwirtschaftliche Beihilfen über 122,6 Mio Euro erhalten. Schon davor hatten sich die Subventionspakete für die Landwirte in dem östlichen Nachbarland seit Beginn der russischen Invasion auf etwa 1,5 Mrd Euro summiert. Anfang Mai wurden 435 Mio Euro speziell für die Weizenproduzenten genehmigt, nachdem erst kurz davor schon 126 Mio Euro zur Stützung des Weizen- und Maisanbaus abgenickt worden waren. Im April 2022 hatte Brüssel 836 Mio Euro zur Verbilligung von Düngerkäufen abgesegnet. Ergänzt werden diese nationalen Mittel durch Zahlungen aus der EU-Agrarreserve. Aus diesem Topf hatte Polen im vorigen Jahr - damals noch Krisenreserve genannt - mindestens 44 Mio Euro EU-Mittel erhalten. In diesem Jahr steht der Zähler bislang auf gut 68 Mio Euro. Davon sind allerdings etwas mehr als die Hälfte noch nicht offiziell gebilligt. AgE

## **Internationale Beziehungen**

### **EU-Kommission will Zusammenarbeit mit Lateinamerika ausweiten**

Neue Agenda für die Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik vorgeschlagen - Politische Partnerschaften sowie Handel und Investitionen sollen gestärkt werden - Kernelemente bleiben bilaterale Abkommen mit einzelnen Ländern - Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten hat aus Sicht der Kommission Priorität - Von der Leyen besucht Staatsoberhäupter von Brasilien, Argentinien, Mexiko und Chile

BRÜSSEL. Die Europäische Union soll in politischen und wirtschaftlichen Belangen verstärkt den Schulterschluss mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik suchen. Das hat die EU-Kommission vorgeschlagen. Die Behörde legte am vergangenen Mittwoch (7.6.) eine Mitteilung über eine neue Agenda für die Beziehungen zwischen den Regionen vor. Sie spricht sich dafür aus, die Verbindungen

auszuweiten und zu intensivieren. Neben politischen Partnerschaften sollen zu diesem Zweck unter anderem Handel und Investitionen ausgeweitet werden. Kernelemente sollen bilaterale Partnerschaften mit einzelnen Ländern bleiben. In dem Zusammenhang unterstrich die EU-Kommission, dass der Abschluss des umstrittenen Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten „Priorität“ habe. Kommis-

sionspräsidentin **Dr. Ursula von der Leyen** erklärte, die strategische Partnerschaft mit den lateinamerikanischen und karibischen Staaten sei jetzt wichtiger als jemals zuvor. „Wir sind wichtige Verbündete, wenn es darum geht, die regelbasierte internationale Ordnung zu stärken und gemeinsam für Demokratie, Menschenrechte sowie Frieden und Sicherheit in der Welt einzutreten“, so von der Leyen. Wichtige gemeinsame Anliegen seien ferner die Stärkung der politischen Partnerschaft und des politischen Engagements sowie der Kampf gegen den Klimawandel. Ihren Worten lässt die CDU-Politikerin Taten folgen: Von der Leyen besucht in dieser Woche „Schlüsselpartner“ in Lateinamerika. Auf dem Programm stehen unter anderem Treffen mit den Staatsechefs von Brasilien, Argentinien, Chile und Mexiko sowie Reden vor dem brasilianischen Industrieverband und dem EU-argentinischen Business-Forum.

### Mehr Kooperation bei der WTO

Zu den Schlüsselementen des Vorschlags gehört die Stärkung des Handels. Bilaterale und regionale Handelsabkommen seien ein wichtiger Motor für Wachstums- und Diversifizierungsstrategien sowie Katalysatoren für eine nachhaltige Entwicklung, erklärte die Kommission. Ein weiterer Ausbau der Kooperation im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und eine Verbesserung der Diversifizierung im Rohstoffhandel werde beiden Regionen zugutekommen. Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten bedeutet aus Sicht der Brüsseler Behörde ein Gewinn für beide Seiten. Die Vereinbarung schaffe die Grundlage für weiteres Wachstum, sichere Arbeitsplätze und unterstütze die nachhaltige Entwicklung, heißt es in der Mitteilung. Mit der Ratifizierung würden die Beziehungen in bislang unbekannter Art und Weise gestärkt. Neben der Mercosur-Übereinkunft will die Kommission auch die Freihandelsabkommen mit Chile und Mexiko unter Dach und Fach bringen. Zu den weiteren Prioritäten im Bereich des Handels wird die abschließende Ratifizierung von Vereinbarungen mit Zentralamerika, Kolumbien, Peru und Ecuador gezählt.

### Klimaneutrale Volkswirtschaften

„Erhebliches Potential“ in den Beziehungen zu Lateinamerika sieht die EU-Kommission im Hinblick auf klimaneutrale, saubere und naturfreundliche Volkswirtschaften. Die

Region verfüge in Bezug auf biologische Vielfalt, natürliche Ressourcen, nachhaltige erneuerbare Energien, landwirtschaftliche Erzeugung und strategisch wichtige Rohstoffe über „einzigartige“ Möglichkeiten. „Wir sind beide fest entschlossen, die biologische Vielfalt zu schützen, die Entwaldung einzudämmen, stärker kreislauforientierte Volkswirtschaften zu fördern, die Abfall- und Wasserbewirtschaftung zu verbessern, die Ressourcenproduktivität zu steigern, die Umweltverschmutzung zu bekämpfen und auf klimaneutrale, saubere und naturfreundliche Volkswirtschaften hinzuarbeiten“, zeigte sich die Kommission überzeugt.

### Neue Investitionsagenda

Rechnung getragen werden soll der Nachhaltigkeit durch eine „verstärkte Partnerschaft für den grünen Wandel“, die unter anderem einen intensivierten Dialog, die Stärkung der Regulierungsrahmen und Investitionen im Rahmen der Agenda „Global Gateway“ vorsieht. Diese gibt nach Angaben der Kommission vor, dass sich die EU und die transatlantischen Partner verpflichten, gemeinsam „faire grüne und digitale Investitionsmöglichkeiten“ zu ermitteln. Die Agenda soll auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel am 17. und 18. Juli in Brüssel verabschiedet werden und Investitionen in erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff, kritische Rohstoffe, die Dekarbonisierung und Verkehrsinfrastrukturprojekte sowie eine nachhaltige Waldbewirtschaftung mobilisieren.

### Regionale Lebensmittel ausschließen

In Deutschland erneuerten derweil die Freien Bauern ihre Kritik am Mercosur-Abkommen. Sie forderten die Abgeordneten des Bundestages auf, sich gegen eine Ratifizierung zu stellen. Der Verband hält auch nichts von Nachverhandlungen, sondern verlangt, ausreichend regional erzeugbare Lebensmittel grundsätzlich aus Handelsabkommen herausnehmen. Laut **Jann-Harro Petersen** von der Bundesvertretung der Freien Bauern ist es zudem „illusorisch“, in Staaten wie Brasilien ein Zertifizierungssystem etablieren zu wollen, um die Einhaltung von Standards zu überwachen. „Wo will man da anfangen bei einer von Großkonzernen kontrollierten Agrarindustrie, die regelmäßig hormonelle Wachstumsförderer einsetzt und hierzulande längst verbotene Pflanzenschutzmittel mit dem Flugzeug ausbringt“, so Petersen.

AgE

## Frankreich

### Manifest zur "Rettung der Tierhaltung" vorgestellt

PARIS. In Frankreich hat die Interprofession für Schweinefleisch (Inaporc) alle Sektoren der Nutztierhaltung dazu aufgerufen, die Kräfte zu bündeln und gemeinsam gegen den wachsenden Druck zu agieren. Gemeinsam mit den Branchenorganisationen für Vieh und Fleisch (Interbev), Mastgeflügel (ANVOL), Milchwirtschaft (CNIEL) und Eier (CNPO) stellte Inaporc vergangene Woche im Rahmen ihrer Generalversammlung ein „Manifest zur Rettung der französischen Tierhaltung“ vor. Laut Inaporc leiden die Tierhalter unter einem „vergifteten“ Klima, das mit einer „starken kollektiven Bewegung“ bekämpft werden soll. Besonders steigende Fleischimporte aus Drittstaaten sind der Interprofession ein Dorn im Auge. Verbandspräsident **Thierry Meyer** erklärte, die amerikanischen und brasilianischen Schweinehalter lägen „auf der Lauer“ und warteten

nur auf einen weiteren Rückgang der europäischen Produktion. Konkret wird in dem Manifest gefordert, alle neuen gesetzlichen Regelungen auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen und mit bestehenden Vorgaben abzustimmen. Systematisch berücksichtigt werden sollten dabei soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte der Nachhaltigkeit. Von der Regierung wird verlangt, künftig von nationalen Alleingängen bei Rechtsvorgaben Abstand zu nehmen und sich am EU-Niveau zu orientieren. Beim Handel mit Drittländern muss aus Sicht der Tierhalter sichergestellt werden, dass Importe den heimischen Produktionsstandards genügen. Außerdem spricht sich die Branchenorganisation dafür aus, bei sämtlichen tierischen Erzeugnissen eine Herkunftskennzeichnung verbindlich vorzuschreiben und dabei keinen Vertriebskanal auszulassen.

AgE

## EU-Außenpolitik

### Einigung über Schutz vor Druck aus Drittstaaten

Trilog abgeschlossen - Breite Palette an Gegenmaßnahmen vorgesehen - Neben Zöllen können auch Investitionsbeschränkungen eingesetzt werden - Berichterstatter Lange: Großer Schritt vorwärts - Unabhängigkeit der EU kann gesichert werden - Laut Handelskommissar Dombrovskis sendet die Gemeinschaft damit ein deutliches Signal - Wirtschaftliche Sicherheit wird verbessert

BRÜSSEL. Die Europäische Union wird sich noch in diesem Jahr besser gegen wirtschaftlichen und politischen Druck aus Drittstaaten wappnen. Im Trilog zum betreffenden Gesetzesvorschlag der EU-Kommission haben sich Europaparlament und Mitgliedstaaten am Dienstag vergangener Woche (6.6.) abschließend geeinigt. Der Berichterstatter des Parlaments, der Handelsausschussvorsitzende **Bernd Lange**, bezeichnete die Einigung als „großen Schritt vorwärts für die EU“. Die Gemeinschaft werde in die Lage versetzt, auf Druck von außen schnell, angemessen und vereint zu reagieren. Gegenmaßnahmen seien der letzte Ausweg, betonte der SPD-Politiker. Die EU sei aber bereit, ihre Unabhängigkeit durch ein großes Arsenal an Maßnahmen sicherzustellen. Auch die EU-Kommission begrüßte den Abschluss des Trilogs. Handelskommissar **Valdis Dombrovskis** sprach von einem „Durchbruch“, der ein deutliches Signal an die weltweiten Partner der EU sende. Durch die neuen Regelungen werde die Gemeinschaft in die Lage versetzt, bei der Verteidigung ihrer Rechte und Interessen entschlossener aufzutreten. Laut Dombrovskis wird das neue Instrument wesentlich zur wirtschaftlichen Sicherheit der EU und der Mitgliedstaaten beitragen. Nach Kommissionsangaben ist der Schutzschild in erster Linie als Abschreckung gedacht. Sollte ein Drittland wirtschaftlichen Druck ausüben, werde

zunächst auf Dialog und Selbstverpflichtungen gesetzt. Sollten diese Optionen jedoch nicht zum Erfolg führen, stehe eine breite Palette an Gegenmaßnahmen zur Verfügung. Dazu gehören der Kommission zufolge neben Zöllen auch Beschränkungen für Dienstleistungen sowie Einschränkungen des Zugangs zu Direktinvestitionen oder öffentlichen Aufträgen. Vorgesehen ist außerdem die Möglichkeit, Kompensation für wirtschaftliche Schäden einzufordern.

#### Schutzschild soll im Herbst kommen

Rat und Parlament müssen die Einigung nun noch formal absegnen. In Kraft treten soll das neue Instrument in diesem Herbst. Die EU-Kommission hatte ihren Vorschlag im Dezember 2021 auf Verlangen von Rat und Parlament vorgelegt. Vergangenes Jahr hatte China mit Wirtschaftssanktionen gegen Litauen Schlagzeilen gemacht, nachdem Vilnius Taiwan erlaubt hatte, eine diplomatische Vertretung unter Verwendung des Landesnamens zu eröffnen. Auch der Agraraußenhandel ist immer wieder als Hebel gegen die EU oder Mitgliedstaaten eingesetzt worden. Unter anderem hatte Russland ein Einfuhrembargo für landwirtschaftliche Produkte erlassen, nachdem Brüssel aufgrund der russischen Annektierung der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 Sanktionen gegen Moskau verhängt hatte. AgE

## Zypern

### Anerkennung von „Halloumi“ aus dem Norden bald möglich

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission versucht weiterhin, die politisch angespannte Lage auf der Insel Zypern zu verbessern. Dazu soll jetzt auch ein vergleichsweise kleines Hilfspaket der Brüsseler Behörde in Höhe von 1 Mio Euro einen Beitrag leisten. Das Geld soll dafür eingesetzt werden, die türkisch-zyprische Gemeinschaft im Norden der Insel bei der Ausrottung von Brucellose zu helfen, die vor allem bei milchproduzierenden Tieren vorkommt. Würden die EU-Standards erfüllt, dürfe die dortige Gemeinschaft ihren „Halloumi“ über die EU-Außengrenze zur Republik Zypern auf den EU-Markt bringen, unterstreicht die Kommission. Damit wäre auch die Verwendung der geschützten Ursprungsbezeichnung (g.U.) für „Halloumi“ zugelassen. Hierbei handelt es sich um einen Grillkäse mit Milch von Kühen, Schafen und Ziegen. Nach Kommissionsangaben sollen im Rahmen des Projekts rund 50 000 Rinder und 325 000 Scha-

fe und Ziegen auf Brucellose getestet werden. Um sicherzustellen, dass die in der EU bereits ausgerottete Krankheit nicht wieder aufgetaucht, sollen Stichproben genommen werden. Zudem werden türkisch-zyprische Tierärzte geschult, um deren diagnostische Fähigkeiten zu verbessern. Schließlich erhalten die Landwirte eine Entschädigung für die Keulung infizierter Tiere. Die Brüsseler Behörde rechnet damit, dass dank dieser Bemühungen der erste Handel mit g.U.-konformem Halloumi aus der türkisch-zyprischen Gemeinschaft über die Grüne Linie hinweg zur Vermarktung auf dem EU-Markt vor Ende 2024 stattfinden können. Insgesamt sollen laut Brüssel für den Zeitraum 2021 bis 2024 im Rahmen des Hilfsprogramms 40 Mio Euro für die Umsetzung der Regelung für „Halloumi“ als g.U. in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft über verschiedene Projekte bereitgestellt werden. AgE

## Landcare Europe

### Europäischer Verband für Landschaftspflege gegründet

Organisationen aus insgesamt elf EU-Mitgliedstaaten beteiligt - Zur Vorsitzenden des EU-Dachverbandes wurde die DVL-Vorsitzende und SPD-Europaabgeordnete Noichl gewählt - Kommission verteidigt NRL - Lins: Empfehlungen der Landschaftspflegeorganisationen müssen bei der GAP- Weiterentwicklung Berücksichtigung finden

BRÜSSEL. Im Schulterschluss mit Verbänden aus weiteren zehn Mitgliedstaaten hat der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) am vergangenen Mittwoch (7.6.) den europäi-

schen Landschaftspflege-Dachverband „Landcare Europe“ gegründet. Im Verbund wollen die Initiiierenden laut DVL das Erfolgsmodell der engen Zusammenarbeit von Landwirtschaft,

Naturschutz und Politik europaweit etablieren, um länderübergreifend artenreiche und zukunftsfähige Kulturlandschaften zu erhalten und zu entwickeln. Europas charakteristische Kulturlandschaften seien einzigartig, geschaffen durch landwirtschaftliche Nutzung. Artensterben und Klimawandel bedrohten sie aber existentiell, so der DVL. Zur Vorsitzenden des EU-Dachverbandes wurde die DVL-Vorsitzende **Maria Noichl** gewählt. Sie betonte, die Landschaftspflegeorganisationen seien erfahrene, praxiserprobte Brückenbauer. Durch die freiwillige Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen arbeiteten diese konsensorientiert. Sie würden der Landwirtschaft zu einer breiteren gesellschaftlichen Anerkennung und einem Einkommen für gezielte Umweltleistungen verhelfen, erklärte die SPD-Europaabgeordnete. Zu stellvertretenden Vorsitzenden von Landcare Europe wurden die Spanierin **Concha Salguero** und die Italienerin **Simona Colombo** gewählt. Laut Zahlen des DVL sind mit dem Dachverband mehr als 250 Landschaftspflegeorganisationen in elf EU-Ländern vernetzt. Neben Deutschland sind das Belgien, Frankreich, Italien, Irland, Kroatien, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien und Rumänien.

### Fokus auf drei Tätigkeitsfelder

Als europäischer Dachverband konzentriert sich Landcare Europe dem DVL zufolge auf drei Tätigkeitsfelder: Mitglieder tauschen sich zu Leuchtturmprojekten aus und tragen Ideen auf landwirtschaftliche Betriebe ihrer Heimatregion. Die Vernetzung über Grenzen hinweg unterstützt die Umsetzung zentraler EU-Strategien, wie beispielsweise den Green Deal, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Wasserrahmenrichtlinie oder die Farm-to-Fork-Strategie. Schließlich soll Landcare Europe die Gründung regionaler Landschaftspflegeorganisationen und nationaler Dachverbände fördern und begleiten. Vertreter der beteiligten Verbände unterstrichen gegenüber Mitgliedern des Europaparlaments und der EU-Kommission ihre Forderung nach einem naturverträglichen europäischen Agrarsystem.

### Gründung wird begrüßt

Der Direktor für Biologische Vielfalt bei der Generaldirektion Umwelt (DG ENVI) der EU-Kommission, **Humberto Delgado Rosa**, betonte, dass die Landschaftspflegeorganisationen wesentlich zur Erhaltung der europäischen Kulturlandschaften beitragen. Ihre Praxiserfahrungen und ihre Arbeit vor Ort seien sehr willkommen, um bei der Erreichung der EU-Umweltziele zu helfen, die sich beispielsweise aus der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 ergeben würden. Die Kommission begrüße daher die Gründung von Landcare Europe, so Delgado Rosa. Gleichzeitig verteidigte der Direktor den von der Kommission vorgelegten Vorschlag für ein Naturwiederherstellungsgesetz (NRL). Die darin geforderten Maßnahmen seien ein wichtiger Pfeiler zur Erreichung der international abgeschlossenen Abkommen zur Biodiversität sowie zur langfristigen Sicherung der EU-Nahrungsmittelproduktion.

### Ein wichtiger Teil der GAP-Umsetzung

Seine Ablehnung gegenüber dem NRL bekräftigte hingegen der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses im EU-Parlament, **Norbert Lins**. Brüssel versuche hier mit der Brechstange die eigenen Vorstellungen auf die unterschiedlichen Regionen der EU herunterzubrechen, kritisierte der CDU-Politiker. Demgegenüber würden die Landschaftspflegeorganisationen „die Schlüsselfaktoren für einen erfolgreichen Agrarnaturschutz“ kennen. Ihre Empfehlungen, die auf jahrzehntelanger Praxiserfahrung in allen Teilen Europas basierten, müssten bei der GAP-Weiterentwicklung Berücksichtigung finden. Der kommissarische Direktor in der Generaldirektion für Landwirtschaft (DG AGRI), Michael Pielke, betonte, dass die Landschaftspflegeverbände ein wichtiger Teil einer erfolgreichen Umsetzung der GAP seien. Die vom DVL beworbene Gemeinwohlprämie bezeichnete er als ein wichtiges Element, dass sich in Teilen bereits in den Eco-Schemes niedergeschlagen habe. Gleichzeitig gab der Kommissionsbeamte zu bedenken, dass die Beihilfen der GAP neben den Umweltleistungen auch die Sicherung der Einkommen der Landwirte und die soziale Entwicklung des ländlichen Raumes zum Ziel hätten. AgE

## Geflügelpest

### Impfstoffentwicklung mit vielversprechenden Zwischenergebnissen

PARIS. In Frankreich hat das Landwirtschaftsministerium jetzt Zwischenberichte über die Entwicklung von Impfstoffen für Enten gegen die Geflügelpest veröffentlicht. Demnach sind die ersten Ergebnisse sowohl bei den Experimenten zur Untersuchung des Impfschutzes und der Virus-Ausscheidung als auch bei den Versuchen zur Ansteckung unter geimpften Tieren als „sehr vielversprechend“ einzustufen. Laut den Berichten konnten beide getestete Vakzine unter anderem die Ausscheidung des Erregers der Menge nach verringern und zugleich den betreffenden Zeitraum verkürzen. Außerdem zeichnet sich ab, dass die Impfungen das Ansteckungsrisiko deutlich reduzieren und eine Infektion über die Luft möglicherweise sogar vollständig verhindern könnten. Die Ausbreitung der Hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) hat sich unterdessen in Frankreich zuletzt wieder beschleunigt. Am stärksten betroffen ist aktuell der Südwesten des Landes mit den Départements Gers, Landes und Pyrénées-Atlantiques. Das

Landwirtschaftsministerium bezeichnete die Lage als „weiterhin besorgniserregend“. Seit dem 1. Mai wurden mehr als 70 Nachweise der HPAI in Nutztierhaltungen registriert. Laut Agrarressort wurden bereits epidemiologische Untersuchungen eingeleitet, um den Ursachen für die jahreszeitlich unübliche Seuchenaktivität auf den Grund zu gehen. Ersten Ergebnissen zufolge soll es sich um denselben Virusstamm wie im Winter handeln. Unter Fachleuten wird nun diskutiert, ob sich der Erreger im Reservoir der Wildtiere vor Ort gehalten oder ob er sich möglicherweise so verändert hat, dass er länger in der unbelebten Umwelt überdauern kann. Im Einzugsgebiet der Loire entschied derweil der Branchenverband der Bratentenmäster, ab dem 3. Juli vorübergehend keine Einstellungen mehr vorzunehmen. Mit der Maßnahme soll in der Region, die eine Hochburg der Geflügelhaltung ist, die Besatzdichte verringert werden, um den Schaden bei einem erneuten Ausbruch einzudämmen. AgE

## Rindertuberkulose

### Gericht stoppt Lockerung der Kontrollen in spanischer Region Kastilien und León

MADRID/VALLADOLID. Die spanische Region Kastilien und León muss ihre kürzlich vorgenommenen Lockerungen bei den Kontrollen auf Rindertuberkulose zurücknehmen.

Einem entsprechenden Antrag der Nationalregierung hat der Oberste Gerichtshof von Kastilien und León am Montag vergangener Woche (5.6.) stattgegeben. Damit wurde eine Ent-

schließung der aus konservativer Volkspartei PP und rechtspopulistischer Vox gebildeten Regionalregierung ausgesetzt, mit der den Rinderhaltern „mehr Autonomie und Flexibilität“ im Umgang mit der Seuche ermöglicht werden sollte. Beispielsweise waren die Betriebe in den zurückliegenden Wochen von den obligatorischen Verbringungsuntersuchungen befreit und die Anforderungen, die für den Status der Seuchenfreiheit zu erfüllen sind, abgesenkt. Bei Rinderhaltern in angrenzenden Regionen wie Asturien, die im Gegensatz zu Kastilien und León als frei von Rindertuberkulose gelten, sowie bei heimischen Tierärzten sorgte die Neuregelung für die Befürchtung einer verstärkten Ausbreitung der Seuche. Die Europäische Union reagierte mit einer klaren Anweisung: Die Lockerung entspreche nicht den EU-Vorgaben; Madrid müsse gegen den Beschluss der Regionalregierung vorgehen. Das spanische Landwirtschaftsministerium

verbot daraufhin Ende Mai die Verbringung von Rindern über die Grenzen von Kastilien und León hinaus und stellte beim Obersten Gerichtshof den Antrag auf Aussetzung der Entschließung. Dass jetzt wieder zum früheren Überwachungsmanagement zurückgekehrt werden muss, sorgte für teils heftige Ausschreitungen durch betroffene Landwirte auf den Straßen der Regionalhauptstadt Valladolid. Die Kontrollen belasteten die Betriebe wegen des Arbeitsaufwands und der Kosten erheblich, so eine Botschaft der Rinderhalter. Bei positiven Testbefunden seien die Entschädigungen zu niedrig. Und außerdem zeigten die Maßnahmen keine Wirkung bei der Seuchenbekämpfung. Laut kürzlich veröffentlichten Zahlen des Landwirtschaftsministeriums in Madrid wiesen 2022 in Kastilien und León 2,07 % der Rinderherden Fälle von Rindertuberkulose auf. In ganz Spanien lag die Herdenprävalenz 2022 bei 1,40 %, im Jahr davor bei 1,48 %. AgE

## Frankreich

### Gesetz zur Zukunftsorientierung der Landwirtschaft nimmt Gestalt an

PARIS. In Frankreich sind jetzt die Grundsteine für die von der Regierung angepeilten Leitlinien zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft gelegt worden. Geplant ist ein Paket aus Gesellschaftsvertrag und Gesetz über die Zukunftsorientierung (PLOA). Landwirtschaftsminister **Marc Fesneau** erhielt in der vergangenen Woche die Berichte der Arbeitsgruppen, die aus Konsultationen mit den beteiligten Akteuren hervorgegangen sind. Mit Spannung erwartet worden waren die Vorschläge zur Klimastrategie. Weitgehend einig waren sich die Mitglieder der betreffenden Arbeitsgruppe unter anderem darin, beim „agrärökologischen und ernährungswirtschaftlichen Wandel“ verstärkt auf interministerielle Führung zu setzen, um Klarheit bei den Zielvorgaben und der Finanzie-

rung zu ermöglichen. In Bezug auf die Ernährung sollen die Veränderungen von Angebot und Nachfrage begleitet und auch beschleunigt werden. Die Arbeitsgruppe schlägt außerdem vor, ein wissenschaftliches Gremium für Landwirtschaft und Ernährung ins Leben zu rufen sowie Anreize für den Abbau von regionalen Konzentrationen landwirtschaftlicher Produktionszweige zu schaffen. Die mit der Aus- und Weiterbildung befassete Arbeitsgruppe hat sich dafür ausgesprochen, für alle in der Landwirtschaft tätigen Personen pro Jahr fünf Tage Weiterbildung einzuführen. So sollen Veränderungen in der Praxis beschleunigt werden. Empfohlen wird ferner, neue Berufsabschlüsse einzuführen und mehr Werbung für Karrieren im landwirtschaftlichen Bereich zu machen. AgE

## GAP 2028

### BÖLW schlägt „Stufen-Modell“ für zukünftige EU-Agrarförderung vor

Ausdifferenzierung in Basis, Basis Plus und Bio - Ökologische Anforderungen steigen mit jeder Stufe - Scharfe Kritik an bisheriger GAP - Der Spitzenverband der Bio-Lebensmittelwirtschaft plädiert für ordnungsrechtliche Mindestanforderungen für Betriebe, die keine GAP-Zahlungen mehr in Anspruch nehmen

BERLIN. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) wirbt für eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2028. Im Rahmen der Öko-Feldtage will der Spitzenverband ein „Stufen-Modell“ zur gezielten Förderung von Umweltleistungen vorstellen, das AGRA-EUROPE exklusiv vorliegt. Danach soll die GAP künftig in drei Förderstufen - nämlich Basis, Basis Plus, und Bio nach EU-Öko-Verordnung - ausdifferenziert werden, die über mehrere Jahre eingehalten werden müssen. Geld aus Brüssel bekommen sollen laut BÖLW-Konzept nur jene Betriebe, die mindestens die Anforderungen von einer der drei Stufen erfüllen. Nach Vorstellung des Verbandes sollen mit jeder Förderstufe die Anforderungen an den Schutz von Wasser, Boden, Klima und Artenvielfalt anspruchsvoller werden. Unterfüttert ist zudem jede der Stufen mit konkreten Regelungen für die Bereiche Pflanzenschutz, Düngung, Viehbesatz, Fruchtfolge und Leguminosenanbau. Mit steigender ökologischer Leistung steige dabei auch die finanzielle Honorierung der Betriebe, so der Vorschlag des Spitzenverbandes. Um kleinbäuerliche Strukturen zu fördern, soll für die ersten 50 Hektare eines Betriebes mehr Geld ausgeschüttet werden. Zusätzlich sollen Bund und Länder sogenannte „top-

ups“ finanzieren -eine ganze Latte verschiedener Maßnahmen von der Förderung von Agrofrost bis zu Sonderzahlungen an Junglandwirte. Aus dieser „top up“-Liste sollen die Betriebe je nach regionalspezifischem Bedarf auswählen können.

#### Derzeitige GAP nicht zukunftsfähig

Mit deutlichen Worten kritisiert der BÖLW in seinem Papier die bisherige Struktur der europäischen Agrarpolitik. Seit 2023 habe der Verwaltungsaufwand der GAP sowohl für die Behörden, als auch für die Betriebe ein unverhältnismäßiges Maß angenommen. Beispielsweise Sorge das Verbot der Doppelförderung für eine unnötige Konkurrenz zwischen Öko-Maßnahmen aus der Ersten und der Zweiten Säule. Komplizierte Prämienberechnungen oder gar der komplette Ausschluss einzelner Instrumente seien die Folge. Ebenso führten teilweise erhebliche Abweichungen in der Ausgestaltung der Zweiten Säule zwischen den Bundesländern zu Wettbewerbsverzerrungen. Dennoch trage dieser hohe bürokratische Aufwand nicht zu einer besseren Erreichung von Umweltzielen bei, moniert der Verband. Die Auswahl der freiwilligen Maßnahmen erfolge oft hauptsächlich aus be-

triebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach ökologischen Erfordernissen. Außerdem betrage die Bindungspflicht der Maßnahmen in der Regel nur ein Jahr, wodurch diese nur eine geringe Wirkung entfalte. Insgesamt fehle es an einer „ausreichenden Breitenwirkung in der Fläche“ sowie an einem wirkungsvollen Zusammenwirken der Maßnahmen auf verschiedene Umweltziele. Die GAP sei daher in ihrem derzeitigen Zustand nicht zukunftsfähig, heißt es in der BÖLW-Analyse.

### Bioanbau als zentraler Baustein

Stattdessen plädiert der Spitzenverband für eine GAP, die dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ folgen müsse. Ausgeschüttete Mittel müssten an klar definierten Indikatoren geknüpft sein, um eine positive Umweltwirkung zu entfalten. Als Beispiel für einen solchen Indikator sieht der BÖLW das Ziel der Farm-to-Fork Strategie zur Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis 2030. Nach Ansicht des BÖLW sei ein solches Ziel in der Praxis nur über den systemischen Ansatz des Bio-Landbaues mit seiner

Kombination von Kulturmaßnahmen wie Fruchtfolge, Düngung und Sortenwahl zu erreichen. Die positiven Umweltfolgen des ökologischen Landbaues seien hinreichend belegt, so der Verband. Folglich sei der Bio-Anbau auch der zentrale Baustein des Stufenmodells.

### GAP von Ordnungsrecht entflechten

Beim BÖLW geht man davon aus, dass künftig mehr Betriebe aus der Förderstruktur der GAP freiwillig austreten, beispielsweise aufgrund vorteilhafter Marktbedingungen. Parallel zur Neuausrichtung der GAP müsse daher das Ordnungsrecht von der Agrarpolitik „entflochten“ werden. Für jene Betriebe, die aus der GAP austreten, müssen nach Vorstellung des Verbandes klare, ordnungsrechtliche Mindeststandards gelten. Für die „Weiterentwicklung“ dieses ordnungsrechtlichen Rahmens seien auch geeignete Kontroll- und Sanktionsmechanismen vorzusehen. Eine Verknüpfung von GAP-Zahlungen mit den gesetzlichen Mindestanforderungen, wie in den aktuellen Konditionalitäten vorgesehen, lehnt der BÖLW ab. AgE

Anforderungen an die Stufen der Transformation  
Schutz von Wasser, Boden, Klima und Biodiversität

Kriterien	Basis	Basis-Plus	Bio (nach EU-Öko-VO)
Systemanforderung			Gesamtbetriebsumstellung
Ackerfläche Verzicht chem.-synth. Pflanzenschutz Verzicht Totalherbizide Vielfältige Fruchtfolgen Leguminosen-Anteil Verzicht mineralischer Stickstoff-Dünger	min. 10 % 100 % 3-gliedrig min. 10 % min. 25 %	min. 50 % 100 % 4-gliedrig min. 15 % min. 50 %	EU-Öko-VO
Dauerkulturfläche Verzicht chem.-synth. Pflanzenschutz Verzicht Totalherbizide Verzicht mineralischer Stickstoff-Dünger	0 % 100 % min. 25 %	min 20 % 100 % min. 50 %	EU-Öko-VO
Grünlandfläche Verzicht chem.-synth. Pflanzenschutz Verzicht mineralischer Stickstoff-Dünger	100 % (Herbizide) min. 50 %	100 % min. 80 %	EU-Öko-VO
Flächengebundene Tierhaltung Anzahl (GV/ha)	max. 2,5	max. 2,0	max. 2,0

GAP ab 2028

## Bio-Spitzenverband drängt auf grundlegende Reform

Bisherige europäische Agrarpolitik zu „kompliziert und wirkungslos“ - BÖLW schlägt vereinfachtes Stufenmodell mit Basis, Basis Plus und Bio vor - Förderung mit Anspruch an Umweltleistungen steigern - Geld nur für freiwillige Umweltmaßnahmen - Ökolandbau als Leitbild für Europa

BERLIN. Der Bund Ökologische Landwirtschaft (BÖLW) drängt auf eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Für die kommende EU-Förderperiode plädiert BÖLW-Vorstandsmitglied **Hubert Heigl** im Interview mit AGRA-EUROPE für ein „radikal vereinfachtes Modell“ zur gezielten Förderung von Umweltleistungen. Das derzeitige System der GAP hat sich Heigl zufolge als

nicht reformierbar erwiesen. Die Vielzahl an Maßnahmen und Kombinationsmöglichkeiten sei so kompliziert, dass sowohl Betriebe als auch Verwaltung „heillos überfordert“ seien. Klima und Umwelt blieben dabei trotz des gestiegenen Aufwandes auf der Strecke. „Eine positive Umweltwirkung entsteht im Moment nur punktuell“, konstatiert Heigl. Der BÖLW fordert daher ein Stufenmodell mit den drei

grundlegenden Förderstufen „Basis, Basis Plus und Bio nach EU-Verordnung“. Dem Vorschlag zufolge sollen sich die Betriebe zu den mehrjährigen Anforderungen einer selbst gewählten Stufe verpflichten. Mit jeder Förderstufe steige dabei zum einen der Anspruch an die Betriebe, aber auch die Förderhöhe. „Das vom BÖLW erarbeitete Modell verbindet weniger Bürokratie mit mehr Umweltleistung“, betont Heigl.

#### **GAP darf kein Ersatz für Ordnungsrecht sein**

Die neue GAP muss nach Ansicht des BÖLW Bäuerinnen und Bauern für mehr freiwillige Agrarumweltleistungen gewinnen. Gelder dürften daher nicht länger „mit der Gießkanne“ verteilt werden, gleichzeitig dürfe die GAP nicht mehr „als Ersatz für ein nicht funktionierendes Ordnungsrecht erhalten“. Der

BÖLW spricht sich dafür aus, die Förderungen an ein Mindestmaß an Umweltleistungen zu knüpfen. „Betriebe, die nicht mindestens nach den Kriterien der Stufe Basis wirtschaften, erhalten künftig keine GAP-Gelder mehr“, erläutert Heigl. Dies sei auch Voraussetzung dafür, dass die „Legitimität der Agrarförderung insgesamt“, langfristig erhalten bleibe. Danach gefragt, ob wir uns den Ökolandbau als „Leitbild für eine europäische Landwirtschaft“ überhaupt leisten können, erwidert Heigl, dass für ihn die Frage eher sei, „wie lange wir uns noch eine Landwirtschaft leisten können, die ihre eigenen Grundlagen immer stärker zerstört“. Artensterben und Klimawandel ließen keinen Zweifel daran, dass der Umbau unausweichlich sei. „Und ich sehe kein anderes Anbausystem als den Ökolandbau, das hierfür die Richtung vorgeben könnte“, sagt das BÖLW-Vorstandsmitglied. AgE

### **Kein Geld ohne Umweltleistungen**

Das Vorstandsmitglied für den Bereich Landwirtschaft des Bund Ökologische Landwirtschaft (BÖLW), **Hubert Heigl**, zur Gemeinsamen Agrarpolitik, einem neuen Stufenmodell für diese ab 2028 sowie den ökologischen Anbau als Modell für Europa

*Herr Heigl, in Deutschland haben sich viele der neuen Eco-Schemes als Ladenhüter herausgestellt. Gleichzeitig ächzen Behörden und Betriebe unter einer überbordenden Bürokratie. Ist die Ökologisierung der Agrarpolitik vorerst gescheitert?*

Nicht die Ökologisierung der Agrarpolitik ist gescheitert, sondern das gesamte bisherige System der GAP erwies sich als nicht mehr reformierbar. Die Vielzahl der Maßnahmen und Kombinationsmöglichkeiten sind mittlerweile so kompliziert, dass selbst die staatliche Verwaltung überfordert ist, während Umwelt und Klima auf der Strecke bleiben. Denn wer geschickt kombiniert, kommt auch ohne wirkliche Klima- und Umweltleistungen an sein privates Förderziel. Dies gefährdet nicht zuletzt die Akzeptanz der Zahlungen an die Bäuerinnen und Bauern. Daher muss damit endlich Schluss sein.

*Der BÖLW hat ein neues Stufenmodell für die GAP nach 2028 erarbeitet. Wie ist dieses Stufenmodell aufgebaut?*

Wir schlagen ein radikal vereinfachtes Modell mit nur noch drei grundlegenden Förderstufen vor: Basis, Basis-Plus und Bio. Statt wie bisher jedes Jahr neue Einzelmaßnahmen zur Grundförderung dazu zu kombinieren, verpflichten sich die Betriebe für mehrere Jahre auf eine selbst gewählte Stufe. Ein Wechsel ist in dieser Zeit nur in die jeweils höhere Stufe möglich. Zusätzlich zu den jeweiligen Grundanforderungen für Wasser, Boden, Klima und Biodiversität über eindeutige Regelungen für die Bereiche Pestizide, Düngung, Viehbesatz, Fruchtfolge und Leguminoseneinsatz im Ackerbau sind zusätzlich bundesweite und länderspezifische Top-Up-Leistungen frei wählbar. Die komplizierten Kombinationsmöglichkeiten verschiedenster aktueller Maßnahmen werden deutlich vereinfacht und damit auch das Problem der Doppelförderung. Durch den mehrjährigen Ansatz und die Reduzierung auf drei Förderstufen verbindet das vom BÖLW erarbeitete Modell weniger Bürokratie mit mehr Umweltleistung.

*Kern ihres GAP-Modells sollen sowohl das bekannte Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ als auch ein sogenannter „Systemansatz“ sein. Was ist damit gemeint?*

Der Anspruch, dass die GAP grüner werden soll, ist ja nicht neu. Er wurde zuletzt in der ZKL formuliert. Das ist gut so, denn eine grünere GAP ist für uns als Bäuerinnen und Bauern die Chance unsere Produktionsgrundlagen so zu erhalten, dass auch künftige Generationen gute Lebensmittel anbauen können. Dazu müssen wirksame Umweltmaßnahmen einkommenswirksam honoriert werden. Eine positive Umweltwirkung entsteht im Moment nur punktuell. Was fehlt, ist die mehrjährige Breitenwirkung in der Fläche, ebenso wie das Zusammenwirken auf verschiedene Umweltziele. Die Ziele des Green Deals mit der „Farm-to-Fork“-Strategie sind so nicht zu erreichen. Nehmen wir das Ziel der „Farm-to-Fork-Strategie“, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der EU bis 2030 zu halbieren. In der Praxis umsetzbar wird dieser Vorsatz erst, wenn weitere Kulturmaßnahmen wie Fruchtfolge, Düngung und Sortenwahl angepasst werden. Dies ist der Systemansatz, nach dem der Ökolandbau erfolgreich arbeitet. Und diesen Systemansatz weitet das neue GAP-Stufenmodell auf die gesamte Landwirtschaft aus.

*Soll die GAP das zentrale Förderinstrument für den Ökolandbau werden?*

Die GAP ist das zentrale Förderinstrument für die gesamte Landwirtschaft in der EU - und damit auch für den Ökolandbau. Dass der Systemansatz des Ökolandbaus zentraler Baustein unseres Stufenmodells ist, ist nur folgerichtig, denn die positiven Umweltwirkungen von Bio sind umfassend wissenschaftlich belegt.

*Laut Bericht des BÖLW erwarten Sie in Zukunft einen vermehrten Ausstieg von Betrieben aus der Förderstruktur der GAP, beispielsweise aufgrund guter Marktbedingungen. Wäre dies nicht ein Anzeichen dafür, dass Ihr Modell zu wenig Anreize setzt, um konventionelle Großbetriebe zu mehr Umweltleistungen zu bewegen?*

Heute sind die Anreize so gesetzt, dass die notwendigen Umweltleistungen trotz hoher Bürokratie nicht erfüllt werden. Und das hat erstmal nichts mit großen oder kleinen Betrieben zu tun. Wenn die GAP-Mittel umfassender qualifiziert werden und stärker freiwillige Maßnahmen der Bäuerinnen und Bauern eine Rolle spielen, kann es sein, dass mehr Betriebe als heute keine Förderung in Anspruch nehmen wollen. Die künftige GAP soll Bäuerinnen und Bauern für mehr freiwillige Umweltleistungen gewinnen. Daher ist es wichtig, dass die GAP nicht als Ersatz für ein nicht funktionierendes Ordnungsrecht erhalten muss. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass bei insgesamt sinken-



den Budgets ein erheblicher Teil der Fördermittel immer noch mit der Gießkanne verteilt wird - auch an Betriebe, die die Umwelt durch ihre Wirtschaftsweise massiv schädigen. Damit macht unser Stufenmodell Schluss, weil es die gesamte Förderung an ein Mindestmaß an Umweltleistung knüpft. Betriebe, die nicht mindestens nach den Kriterien der Stufe Basis wirtschaften, erhalten künftig keine GAP-Gelder mehr.

*Sie schlagen eine Abkehr von den flächenbezogenen Direktzahlungen der Ersten Säule hin zu einer gezielteren Entlohnung von Umweltleistungen vor. Sie kennen dazu die politische Diskussion in Deutschland und der EU. Wie schätzen Sie die Chancen Ihres Modells ein?*

Selbstverständlich rechnen wir damit, dass der Vorschlag engagiert diskutiert wird. Aber ich bin sehr zuversichtlich, denn der Veränderungsdruck ist hoch. Wenn die GAP ihren umwelt- und klimapolitischen Anspruch weiterhin so eklatant verfehlt und die Bäuerinnen, Bauern und Verwaltung so stark mit Bürokratie belastet wie bisher, dann wird die Legitimität der Agrarförderung insgesamt zunehmend infrage gestellt werden. Das geschieht zum Teil schon heute. Wir reden hier von einer zentralen Zukunftsfrage der europäischen Landwirtschaft: Wie können unsere Betriebe gewinnbringend wirtschaften und dabei zugleich den steigenden Anforderungen der Gesellschaft in Sachen Umwelt-, Klima- und Tierschutz gerecht werden? Auf diese Frage

bietet unser Stufenmodell eine Antwort - und zwar für alle Betriebe, Bio wie konventionell.

*Können wir uns den Bio-Anbau mit seinen geringeren Erträgen in Zeiten globaler Ernährungsunsicherheit als Leitbild für eine europäischen Landwirtschaft leisten?*

Die Frage ist nicht, ob wir uns den Ökolandbau leisten können, sondern wie lange wir uns noch eine Landwirtschaft leisten können, die ihre eigenen Grundlagen immer stärker zerstört. Artensterben und Klimawandel lassen keinen Zweifel daran, dass der Umbau unausweichlich ist. Und ich sehe kein anderes Anbausystem als den Ökolandbau, das hierfür die Richtung vorgeben könnte. Wichtig ist, dass Bio nicht wie bisher beispielsweise bei der Forschungsförderung massiv unterrepräsentiert ist, sondern sein volles Innovationspotential nutzen kann. Der Vergleich mit Systemen, die massiv auf nicht-nachhaltige Inputs setzen, die mit dafür sorgen, dass die Landwirtschaft in Deutschland Jahr für Jahr für 90 Mrd Euro Umweltschäden verursacht, ist da nur begrenzt sinnvoll. Wir müssen zu einer Landwirtschaft kommen, die diese Schäden nicht verursacht und uns langfristig sicher und gut ernährt - innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen. Dazu leistet der Bio-Anbau einen wesentlichen Beitrag. Wir wissen auch, dass wir uns mit einem Ernährungsstil, der den wissenschaftlichen Empfehlungen folgt, gesund und sicher aus der Öko-Produktion versorgen können.

*Vielen Dank!*

AgE

# Global + International

- 1 Regenwaldschutz – Brasiliens Staatspräsident da Silva legt Plan vor
- 1 Geflügelpest – Argentinien treibt Regionalisierungskonzept für Fleischexport nach China voran
- 1 Afrikanische Schweinepest – Impfstoff in Vietnam vor Zulassung
- 2 Tierernährung – Neue franko-kanadische Forschungseinrichtung
- 2 Zuckerrüben – Britische Regierung erteilt Notfallzulassung für Movento
- 3 Getreideabkommen – Chancen auf Verlängerung deutlich schlechter
- 3 Pflanzenschutzmittelrückstände – Getreidelieferungen aus der Ukraine „unauffällig“
- 4 USMCA – USA im Streit mit Mexiko wegen GV-Mais

## Regenwaldschutz

# Brasiliens Staatspräsident da Silva legt Plan vor

Illegaler Holzeinschlag soll bekämpft werden - Bessere Überwachung geplant - Die Regierung will Indigene fördern - Parlament und Senat beschäftigen sich derweil mit einem Gesetzentwurf zur erschwerten Ausweisung indigener Territorien - 2022/23 weniger Wald am Amazonas gerodet - Umgekehrt wurde die Abholzung des Cerrado verstärkt

BRASÍLIA. Brasiliens Staatspräsident **Lula da Silva** hat einen Plan zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes vorgestellt, mit dem vor allem der illegale Holzeinschlag bekämpft werden soll. Vorgesehen sei, die öffentlichen Überwachungsorgane zu stärken, erklärte der Präsident am Montag vergangener Woche (5.6.) in Brasília. Unter anderem soll dazu das Personal aufgestockt, außerdem verstärkt Satellitenbilder sowie Daten des Finanzsystems genutzt werden. Daneben würden die Naturschutzgebiete ausgeweitet und ein Produktlabel eingeführt. Schließlich würden traditionelle Gemeinschaften beim Naturschutz unterstützt. Der Erhalt des Regenwaldes sei eine Verpflichtung „gegenüber allen Völkern, die die schwersten klimatischen Ereignisse aller Zeiten erleben oder erleben werden“. Da Silva hat sich bekanntlich bei seinem Amtsantritt zu Anfang dieses Jahres dazu verpflichtet, den Raubbau am brasilianischen Regenwald zu stoppen. Einen zentralen Ansatzpunkt dafür sieht er im Schutz der indigenen Gebiete, von denen er erst kürzlich sechs weitere ausgewiesen hat. In der Agrarwirtschaft wird der Staatspräsident dafür kritisiert. Durch die Schutzgebiete würden landwirtschaftliche Produktionsflächen künstlich verkleinert. Außerdem stehe die Größe der Schutzgebiete von inzwischen 14 % der brasilianischen Landesfläche in keiner Relation dazu, dass Indigene nur noch 0,4 % der heimischen Bevölkerung ausmachten. Vor diesem Hintergrund hat ein Gesetzentwurf, mit dem die Anerkennung indigener Territorien erschwert werden soll, zum Monatswechsel

das Parlament passiert. Laut dem noch unter da Silvas Amtsvorgänger **Jair Bolsonaro** auf den Weg gebrachten Entwurf sollen Indigene nur dann Anspruch auf die Territorien haben, wenn sie bereits bei der Verkündung der brasilianischen Verfassung im Jahr 1988 Besitzrechte hatten. Derzeit wird das Gesetz im Senat verhandelt.

### Gegenläufige Entwicklung

Die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes hat sich zuletzt verlangsamt. Laut Regierungsangaben wurden im Wirtschaftsjahr 2022/23, das seit dem vorigen August läuft, bislang insgesamt 6 847 km<sup>2</sup> Regenwald abgeholzt. Damit ist nicht davon auszugehen, dass 2022/23 der Vorjahreswert von 8 590 km<sup>2</sup> erreicht wird. Zumal die Abholzungsmengen in den Monaten April bis Mai 2023 gegenüber den Vorjahresmonaten zurückgegangen sind, während sie in der zweiten Jahreshälfte 2022 und damit noch unter Präsidentschaft von Bolsonaro in jedem Monat kräftig gestiegen waren. Weniger erfreulich ist hingegen die Entwicklung der Abholzung in der Feuchtsavanne Cerrado. Den Zahlen der Regierung zufolge wurden dort von August 2022 bis Mai 2023 zusammen 4 872 km<sup>2</sup> Wald abgeholzt. Im Gesamtjahr 2021/22 waren es 5 458 km<sup>2</sup> gewesen. Besonders starke Zunahmen gab es in den einzelnen Monaten des nun laufenden Kalenderjahres. So sind im vergangenen Mai etwa 1 325 km<sup>2</sup> des Cerrado gerodet worden, gegenüber 725 km<sup>2</sup> im gleichen Vorjahresmonat. AgE

## Geflügelpest

# Argentinien treibt Regionalisierungskonzept für Fleischexport nach China voran

BUENOS AIRES/BRASÍLIA. Rund drei Monate nach Ausbruch der Geflügelpest im argentinischen Nutztierbestand ist man in Buenos Aires zuversichtlich, mit China ein Regionalisierungskonzept für den aktuell gestoppten Geflügelfleischexport vereinbaren zu können. Wie der für Landwirtschaft zuständige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, **Juan José Bahillo**, jetzt twitterte, konnte Ressortchef **Sergio Massa** bei Gesprächen mit Peking für den Geflügelfleischexport entsprechende Änderungen des Gesundheitsprotokolls vorantreiben. Argentinien hatte seinen Export von Geflügelfleisch und Eiern Anfang März nach dem Nachweis der Geflügelpest in einem Nutztierbestand gestoppt (AgE 10/23, Global + International 10). Seither hat es bereits mit mehreren Ländern, so dem Nachbarland Uruguay, Regionalisierungskonzepte für die Lieferung von Geflügelfleisch vereinbart. Die Verhandlungen mit China als wichtigstem Handels-

partner dürften aber von besonderer Bedeutung sein. Die jüngste Exportstatistik der argentinischen Regierung bezieht sich auf das Jahr 2021. Damals führte das südamerikanische Land insgesamt 216 700 t Geflügelfleisch aus, wovon 37 % in die Volksrepublik gingen. Unterdessen kämpft Brasilien weiter gegen eine Einschleppung der Geflügelpest in seinen Nutztierbestand. Dafür hat die Regierung in Brasília jetzt 200 Mio Real (38 Mio Euro) bereitgestellt. Wie das Landwirtschaftsministerium mitteilte, sollen mit dem Geld die technischen Teams, die Verdachtsfälle identifizieren und untersuchen, personell verstärkt werden. Laut amtlichen Zahlen sind in Brasilien inzwischen 24 Ausbrüche der Geflügelpest nachgewiesen worden. Alle Fälle seien im Wildtierbestand aufgetreten, betonte das Landwirtschaftsministerium. Brasiliens kommerzielle Geflügelhaltung gelte weiterhin als frei von der Geflügelpest. AgE

## Afrikanische Schweinepest

# Impfstoff in Vietnam vor Zulassung

Weltweit erstes Vakzin könnte bald landesweit in Vietnam zugelassen werden - Umfangreiche Tests mit zwei Impfstoffen liefern vielversprechende Ergebnisse - Weltweiter Verkauf möglich - Abgeschwächter Lebendimpfstoff von US-Wissenschaftlern mitentwickelt - Stabile Seuchenlage erlaubt Mecklenburg-Vorpommern Verkleinerung des Restriktionsgebiets

HANOI/BONN. Die weltweit ersten Impfstoffe gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP), die in Vietnam in Großversuchen getestet wurden, stehen offenbar kurz vor der Zulassung. Dies berichten laut der Nachrichtenagentur „Reuters“ internationale Veterinärbehörden, darunter die

US-amerikanische. Es gebe „sehr vielversprechende Ergebnisse“, so der Leiter der Wissenschaftsabteilung der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH), **Gregorio Torres**. „Wir waren noch nie so nah dran, einen Impfstoff zu bekommen, der funktionieren könnte“, erklärte der

Wissenschaftler gegenüber Reuters. Beide Impfstoffe hätten in Vietnam die Zulassung für den kommerziellen Piloteinsatz erhalten, der nun abgeschlossen sei. Der nächste Schritt werde die landesweite Zulassung sein, die erste überhaupt für ein Vakzin gegen die ASP. Auch ein weltweiter Verkauf sei möglich. Die Impfstoffe wurden in Vietnam getestet, wo die Tierseuche eine ständige Bedrohung darstellt. In den USA war dies nicht möglich, da dort das Virus nicht vorkommt. Forscher des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums (USDA) haben die Ergebnisse eines der Impfstoffe, NAVET-ASFVAC, überprüft, den sie gemeinsam mit dem vietnamesischen Unternehmen Navetco entwickelten. Dabei seien keine Probleme aufgetreten, erklärte ein USDA-Sprecher. NAVET-ASFVAC ist ein abgeschwächter Lebendvirusimpfstoff. Auch in China wird mit einem Lebendimpfstoff experimentiert, doch liegen dazu laut USDA keine Daten vor. Der Einsatz von nicht zugelassenen Lebendimpfstoffen in der Volksrepublik hat Befürchtungen genährt, dass diese zur Entstehung neuer Schweinepeststämme führen könnten. Der zweite in Vietnam getestete Impfstoff, AVAC ASF LIVE, ist im Rahmen seines Piloteinsatzes ebenfalls an zehntausenden Schweinen verabreicht worden. Hierzu gibt es aber noch keine abschließende Prüfung des USDA.

**Erfolgreiche Bekämpfung in Mecklenburg-Vorpommern**  
In Deutschland gab es in der vergangenen Woche wieder einige ASP-Nachweise bei Wildschweinen in Brandenburg und Sachsen. Aus Mecklenburg-Vorpommern kam die gute Nachricht, dass im Landkreis Ludwigslust-Parchim die Restriktionszone zum Schutz vor einer weiteren ASP-Ausbreitung mit Genehmigung der Europäischen Union von 120 000 ha auf 30 000 ha verkleinert werden konnte. Grund sei die stabile Seuchenlage, teilte das Landwirtschaftsministerium am vergangenen Montag (5.6.) mit. Dies bedeute insbesondere für die Landwirtschaft und die Jagd in der Region große Erleichterungen. „Mecklenburg-Vorpommern ist es als erstem Bundesland gelungen, die ASP bei Wildschweinen so effektiv einzudämmen, dass die Restriktionszonen im Landkreis Ludwigslust-Parchim nur 18 Monate nach Ausbruch der ASP bereits wieder massiv verringert werden können“, erklärte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. Dies sei ein großartiger Erfolg, auf den alle Beteiligten stolz sein könnten. Allerdings habe dies auch seinen Preis gehabt, denn rund 17 Mio Euro habe das Land für die Anschaffung und Errichtung von Wildzäunen, die Pürzelprämie oder die Ausbildung von Kadaversuchhunden investiert. Doch sei das ist nur ein Bruchteil dessen, was in anderen Bundesländern, in denen das Seuchengeschehen noch nicht gestoppt sei, an Kosten anfallt. Backhaus appellierte an alle Jäger, die Schwarzwildbejagung konsequent fortzuführen sowie die Biosicherheitsmaßnahmen strikt einzuhalten, um das Gewonnene nicht zu verspielen. AgE

## Tierernährung

### Neue franko-kanadische Forschungseinrichtung gegründet

PARIS/QUÉBEC. Die Tierernährung im Kontext einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion ist das Betätigungsfeld einer neuen franko-kanadischen Forschungseinrichtung, die in der vorvergangenen Woche ins Leben gerufen wurde. Das internationale Labor für die Ernährung von Nutztieren und die Modellierung nachhaltiger Nahrungsmittelsysteme (LIA Nutri-Mod) sollen die Kompetenzen des staatlichen Forschungsinstituts für Landwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt (INRAE), der Hoch-

schule AgroParisTech und der Universität Laval bündeln, um Fortschritte im Bereich der Fütterung von Monogastriern wie zum Beispiel Schweinen und Hühnern zu erzielen. Eine der Prioritäten soll darin bestehen, Rohstoffe aus nachhaltigen Quellen zu identifizieren, die nicht mit der menschlichen Ernährung konkurrieren. In diesem Zusammenhang sollen Fütterungsstrategien für verschiedene Haltungs- und Zuchtssysteme sowie entsprechende Bewertungsmethoden erarbeitet werden. AgE

## Zuckerrüben

### Britische Regierung erteilt Notfallzulassung für Movento

LONDON. Die britische Regierung hat eine Notfallzulassung für das Insektizid Movento zur Blattlausbekämpfung im Zuckerrübenanbau erteilt. Einen entsprechenden Antrag hatten der Anbauverband NFU Sugar und der Zuckerhersteller British Sugar gestellt. Die Notfallgenehmigung ist laut Verbandsangaben an strenge Auflagen geknüpft. So dürfen die Farmer Movento nur auf Rübenschlägen anwenden, deren Saatgut nicht mit dem Beizmittel Cruiser SB behandelt worden war. Hierfür hatte das Landwirtschaftsministerium (DEFRA) in diesem Jahr bekanntlich ebenfalls eine Notfallzulassung erteilt. Zudem muss Movento an dritter Stelle in einem Spritzprogramm stehen, und zwar hinter der Anwendung von Flonicamid und Acetamiprid. Zudem

ist die Ausbringung erst zulässig, wenn bestimmte Schwellenwerte an Blattläusen erreicht sind. NFU Sugar begrüßte die Notfallzulassung. Nach Einschätzung des Anbauverbandes war die Erlaubnis für ein „umfassendes, nachhaltiges“ Spritzprogramm „noch nie so wichtig“ wie aktuell. Der NFU-Sugar-Vorsitzende **Michael Sly** wies darauf hin, dass die Viröse Vergilbung bei den Zuckerrüben ohne Gegenmaßnahmen Ernteverluste von bis zu 80 % verursachen könne. In Deutschland ist Movento nur zur Blattlausbekämpfung im Kartoffel-, nicht aber im Zuckerrübenanbau zugelassen. Hierzulande können die Rübenzüchter zur Blattlausbekämpfung auf die Insektizide Mospilan oder Danjiri zurückgreifen. AgE

## Getreideabkommen

### Chancen auf Verlängerung deutlich schlechter

**Ammoniakpipeline Togliatti-Odessa gesprengt - Russland will Zahl der Schiffe im Schwarzmeerhafen Pivdennyi beschränken - Sprengung des Kachowka-Staudamms gefährdet nach Schätzung des Kiewer Agrarressorts fast 600 000 Hektar Ackerland - Ausfall von Bewässerungssystemen und großflächige Überschwemmungen - Massive Umweltschäden für das Schwarze Meer befürchtet**

KIEW/MOSKAU. Nach der Sprengung der Pipeline Togliatti-Odessa, durch die in Russland produziertes Ammoniak zum Hafen von Odessa zur Weiterverschiffung geleitet wurde, steht das Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine zunehmend auf der Kippe. Die Wiederinbetriebnahme der Pipeline war nämlich eine wichtige Forderung Moskaus als Gegenleistung für die Übereinkunft mit der Ukraine. Diese wurde zuletzt bis zum 17. Juli 2023 verlängert. Russland kündigte unterdessen an, die Zahl der Schiffe mit Destination Pivdennyi-Seehafen zu beschränken. Allerdings wurde von dort nach Daten der Vereinten Nationen (UN) seit dem 16. Mai 2023 kein Getreide mehr verschifft. Vor diesem Hintergrund dürften sich die Chancen für fortgesetzte Lieferungen von Agrarprodukten über den Schwarzmeer-Korridor weiter verdüstert haben. Die Ammoniakpipeline wurde nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums vom vergangenen Mittwoch (7.6.) zwei Tage zuvor gesprengt. Der betroffene Pipelineabschnitt befindet sich in der Nähe des Dorfes Masiutivka in der ostukrainischen Provinz Charkiw. Das Ministerium schreibt die Sprengung ukrainischen Saboteuren zu. Derweil berichtete der Charkiwer Provinzgouverneur, dass russische Truppen die Pipeline mehrmals bombardiert hätten. Die Pipeline ist mit einer Länge von 2 470 km die längste Ammoniakpipeline der Welt. Allerdings ist die Anlage seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 nicht mehr betrieben worden. Zuvor wurden jährlich schätzungsweise 2,5 Mio t Ammoniak über die Fernleitung zu insgesamt drei Schwarzmeerhäfen für den internationalen Export transportiert. Der Wichtigste war hierbei der bei Odessa gelegene Pivdennyi-Seehafen gewesen.

#### **Russische Agrarexporte „indirekt behindert“**

Der ständige Vertreter Russlands bei der UN, **Vasiliy Nebenzya**, erklärte am Montag voriger Woche (5.6.) laut der russischen Nachrichtenagentur „Tass“, dass der Export russischer Nahrungsmittel und Dünger im Gegensatz zu Behauptungen der EU und der USA indirekt behindert werde, und zwar unter anderem mit erschwerten Frachtversicherungen, Banktransaktionen und Möglichkeiten für die Instandhaltung von Landmaschinen. Das Moskauer Außenministerium hatte zuvor mehrmals vergeblich gefordert, die Russische Landwirtschaftsbank wieder an das Interbankenzahlungssystem SWIFT anzuschließen und die Ammoniakpipeline Togliatti-Odessa wieder in Betrieb zu nehmen. Außerdem kritisierte es, dass die Ukraine bislang vorwiegend reiche und entwickelte Länder über den Schwarzmeerkorridor

beliefert habe. Nur 2,5 % des betreffenden Volumens seien in den vom Welternährungsprogramm (WFP) der UN unterstützten afrikanischen Ländern angekommen.

#### **Bald Wüsten im Süden?**

Unterdessen dürfte die Zerstörung des Kachowka-Staudamms erhebliche Folgen für die ukrainische Landwirtschaft und Fischerei haben. Das Kiewer Agrarressort befürchtete in einer am vergangenen Mittwoch (7.6.) veröffentlichten ersten Bestandsaufnahme, dass durch die Sprengung am Tag zuvor die Versorgung von 31 Bewässerungssystemen der Felder in den Regionen Dnipropetrowsk, Cherson und Saporischschja unterbrochen wurde. Die davon betroffene Fläche bezifferten die Kiewer Beamten auf 584 000 ha, von denen 2021 insgesamt rund 4 Mio t Getreide und Ölsaaten im Wert von etwa 1,5 Mrd \$ (1,4 Mrd Euro) geerntet worden seien. Im kommenden Jahr könnten sich die Felder im Süden der Ukraine in Wüsten verwandeln, hieß es. Außerdem ist nach vorläufigen Schätzungen des Ministeriums unter anderem mit der Überflutung von rund 10 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche am rechten Ufer der Region Cherson zu rechnen. Auch am linken Ufer dürften bald mehrere Tausend Hektar unter Wasser stehen.

#### **Süßwasser schadet**

Dem Kiewer Agrarressort zufolge wird auch die Fischerei leiden. Die Beamten veranschlagen die voraussichtlichen Verluste auf 95 000 t Fisch im Wert von umgerechnet gut 100 Mio Euro. Schon jetzt werde ein Fischsterben registriert. Die Laichzeit sei gerade beendet und infolge des sinkenden Wasserspiegels werde der Kaviar in den Flachwassergebieten austrocknen. Durch den massiven Zustrom von Süßwasser sei auch die Fauna des Schwarzen Meeres gefährdet. Der Schaden durch das Sterben aller biologischen Ressourcen wird vorläufig auf insgesamt rund 270 Mio Euro taxiert. Russland und die Ukraine werfen sich gegenseitig vor, den Kachowka-Staudamm zerstört und damit die Überschwemmung des Umlandes ausgelöst zu haben. Der Staudamm wird seit Beginn des Krieges Ende Februar 2022 von Russland kontrolliert. Das EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen sagte indes zu, nach Bedarf weitere Hilfe für die Ukraine zu koordinieren. Gleichzeitig stimme sich das EU-Büro für humanitäre Hilfe in der Ukraine mit seinen Partnern ab, um rasch auf die Bedürfnisse der von den Überschwemmungen betroffenen Menschen zu reagieren. AgE  
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,9355 Euro

## Pflanzenschutzmittelrückstände

### Getreidelieferungen aus der Ukraine „unauffällig“

BERLIN. Mit Blick auf Pflanzenschutzmittelrückstände in ukrainischen Getreidelieferungen nach Deutschland gibt es derzeit keine Auffälligkeiten. Das geht zumindest aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor. Auslöser der Anfrage waren Importstopps der Slowakei und Bulgariens für ukrainisches Getreide und entsprechende Vorhaben Polens und Ungarns. Dabei wird unter ande-

rem mit phytosanitären Bedenken hinsichtlich der ukrainischen Ware argumentiert. Der Bundesregierung zufolge liegen für 2023 keine Erkenntnisse aus der amtlichen Lebensmittelüberwachung der Bundesländer zu Pflanzenschutzmittelrückständen in Getreide aus der Ukraine vor. Mit Stand vom 16. Mai dieses Jahres habe ein anderer Mitgliedstaat eine Warnmeldung im Europäischen Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel

(RASFF) über Rückstände des in der EU nicht genehmigten Insektizidwirkstoffs Chlorpyrifos eingestellt, wobei der zulässige Höchstgehalt in Getreide als Lebensmittel überschritten worden sei. Die betreffende Ware sei vom Markt genommen worden. Deutschland sei nicht betroffen gewesen. Wie die Bundesregierung weiter ausführte, wiesen die 2022 von den Ländern untersuchten Getreideproben aus der Ukraine keine Überschreitungen der zulässigen Rückstandshöchstgehalte auf. Laut dem Statistischen Bundesamt (Destatis) bezog Deutsch-

land 2022 rund 427 200 t Mais aus der Ukraine. Das waren zwar 237 000 t mehr als im vergangenen Jahr, aber nur 17 300 t weniger als 2020 - also vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine. Außerdem importierte Deutschland voriges Jahr etwa 39 000 t Weizen aus dem kriegsgebeutelten Land, nach nur etwa 7 000 t im vergangenen Jahr und 12 000 t im Jahr 2020. Zudem bezog die Bundesrepublik 2022 gut 15 000 t Gerste aus der Ukraine; in den beiden Vorjahren hatte die betreffende Menge sich auf nur 1 t bis 2 t belaufen. AgE

## USMCA

### USA im Streit mit Mexiko wegen GV-Mais

WASHINGTON. Die Vereinigten Staaten haben jetzt im Rahmen des USA-Mexiko-Kanada-Abkommens (USMCA) eine Beratung über ein Streitschlichtungsverfahren mit Mexiko beantragt, um gegen dessen geplante Einschränkung der Vermarktung von gentechnisch verändertem (GV-) Mais vorzugehen. Wie die US-Handelsbeauftragte **Katherine Tai** am vorvergangenen Freitag (2.6.) in Washington erklärte, hat ihr Land wiederholt moniert, dass die mexikanische Biotechnologiepolitik nicht wissenschaftlich fundiert sei. Dadurch würden die Exporte nach Mexiko bedroht - zum Nachteil der US-Farmer. „Die mexikanische Biotechnologiepolitik unterdrückt auch landwirtschaftliche Innovationen, die den amerikanischen Landwirten helfen, auf die dringenden klimatischen Herausforderungen zu reagieren, die Produktivität zu steigern und den Lebensunterhalt der Landwirte zu verbessern“, betonte die Handelsbeauftragte. In der Kritik Washingtons steht vor allem ein Dekret der mexikanischen Regierung vom 13. Februar 2023. Demnach soll die Ver-

wendung von GV-Mais in Tortillas und Teig verboten werden. Außerdem ist geplant, die Verwendung von GV-Mais in allen Produkten für den menschlichen Verzehr und für Tierfutter schrittweise zu ersetzen. US-Anträge auf die Genehmigung der Einfuhr und des Verkaufs bestimmter biotechnologischer Erzeugnisse hatte Mexiko abgelehnt. Washington hält das betreffende Dekret für unvereinbar mit den USMCA-Regeln zu gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen (SPS) und mit den Marktzugangsregeln. US-Landwirtschaftsminister **Tom Vilsack** hob indes hervor, dass sich die Biotechnologie seit Jahrzehnten als sicher erwiesen habe. Bereits im März hatte Washington technische Beratungen mit Mexiko beantragt, die aber nicht die angestrebten Ergebnisse brachten. Nach Angaben des agrardiplomatischen Dienstes (FAS) stammen rund 90 % der mexikanischen Maiseinfuhren aus den USA; vorwiegend handelt es sich hierbei um gentechnisch veränderte Sorten, die als Futtermittel dienen. AgE

# Wissenschaft + Forschung

- 1 EU-Tierschutz – Hohenheimer Forscherinnen konstatieren erhebliche Wissenslücken
- 1 Lebensmittelproduktion – Plasmabehandeltes Wasser für umweltschonende Reinigung von Transportbändern
- 1 Pflanzenforschung – Neue Forschungsallianz will nachhaltige Landwirtschaft vorantreiben
- 2 Klimaschutz – Özdemir würdigt Arbeit der FNR
- 2 Thünen-Studie – Kein Wachstumseinbruch bei Tierbestandsabbau in viehdichten Regionen



## EU-Tierschutz

### Hohenheimer Forscherinnen konstatieren erhebliche Wissenslücken

Mangel an Informationen über Bedingungen, unter denen die Tiere in den einzelnen Mitgliedstaaten gehalten, transportiert und geschlachtet werden - Derzeitige EU-Vorschriften gewährleisten allenfalls Grundvoraussetzungen für Tierwohl - Brüsseler Novellierungsvorschläge zum Tierschutzrecht für den Spätherbst erwartet

BRÜSSEL. „Erhebliche Wissenslücken“ innerhalb der Europäischen Union beim Thema Tierwohl haben **Prof. Christine Wieck** und **Sara Dusel** vom Fachgebiet Agrar- und Ernährungspolitik der Universität Hohenheim ausgemacht. Zwar hätten die geltenden Regelungen Fortschritte beim Tierschutz in der Landwirtschaft gebracht, heißt es in einer am vorigen Montag (5.6.) vorgelegten Stellungnahme zum „Fitness-Check“ der EU-Tierschutzgesetzgebung. Allerdings beeinträchtigten die Unterschiede in der Anwendung und der Durchsetzung in den Mitgliedsländern nach wie vor den gemeinsamen Binnenmarkt und das Erreichen eines vergleichbaren Tierschutzniveaus in der EU. Die beiden Wissenschaftlerinnen haben festgestellt, dass es unter anderem an Informationen über die Bedingungen mangelt, unter denen die Tiere in den einzelnen Mitgliedstaaten gehalten, transportiert und geschlachtet werden. Außerdem legten die bestehenden Vorschriften den Fokus auf Ressourcen, wie zum Beispiel das Platzangebot und Management-Maßnahmen. Das Wohlbefinden der Tiere werde noch zu wenig an den Tieren selbst erfasst. „Selbst wenn die bestehenden EU-Vorschriften vollständig umgesetzt wären, könnten sie wohl nur gewährleisten, dass gewisse Grundvoraussetzungen für Tierwohl erfüllt sind. Das Tierwohl wird nicht ausreichend am Zustand der Tiere ermittelt“, stellen Wieck und Dusel in der Stellungnahme klar. Bekanntlich plant die Brüsseler Kommission, im Spätherbst

unter anderem zur Tiertransport- und zur sogenannten Tötungsverordnung Novellierungsvorschläge vorzulegen. Auch für die Haltung von Milchkühen, für die bisher keine EU-weite Tierschutzregelung existiert, werden konkrete Vorgaben erwartet.

#### Tierschutzstandards nicht allein über Markt regeln

Um trotzdem Informationen zum Tierwohl für den Fitness-Check bereitzustellen, wurden laut Dusel Vorteile und Risiken unterschiedlicher Haltungssysteme aus der wissenschaftlichen Literatur abgeleitet und Expertenwissen herangezogen. „Durch konnten die Auswirkungen der EU-Vorschriften auf Tiere, Betriebe und andere Interessengruppen grob abgeschätzt werden“, so die Hohenheimer Doktorandin. Beide Wissenschaftlerinnen bekräftigen die vorherrschende Einschätzung, dass eine flächendeckende Umstellung der Landwirtschaft auf substantiell höhere Tierschutzstandards allein über den Markt nicht funktioniert. Dies unterstreiche den Bedarf an öffentlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls. Ein entscheidender Punkt hierbei sei die Schaffung finanzieller Anreize. Laut Wieck fehlt es derzeit auf EU-Ebene jedoch an einer umfassenden Finanzierungsstrategie, die Agrar-, Handels- und Ernährungspolitik verknüpft, Zahlungen systematisch an Fortschritte beim Tierwohl koppelt und dadurch gezielt eine finanzielle Unterstützung für den Übergang zu höheren Tierschutzstandards sicherstellt. AgE

## Lebensmittelproduktion

### Plasmabehandeltes Wasser für umweltschonende Reinigung von Transportbändern

POTSDAM. Als umweltfreundliches Desinfektionsmittel für die Reinigung von Transportbändern in der Lebensmittelherstellung hat ein Forscherteam aus Wissenschaft und Industrie jetzt plasmabehandeltes Wasser entwickelt. Dieses sei rückstandsfrei einsetzbar und wirke auch bei kürzerer Anwendezeit effizient gegen mikrobielle Kontaminanten, berichtete das Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie (ATB) als ein Projektpartner am vergangenen Mittwoch (7.6.). Zur Herstellung von plasmabehandeltem Wasser werde plasmabehandelte Luft in destilliertes oder Leitungswasser injiziert. Plasmabehandeltes Wasser beinhalte viele reaktive Stickstoff- und Sauerstoffspezies wie Salpetrige Säure, Stickstoffmonoxid und Ozon, die sich

ohne umweltgefährdende Spuren abbauen und dennoch in ihrer Gesamtheit eine hohe antimikrobielle Wirksamkeit aufwiesen. In der Studie wurde der Einsatz von plasmabehandeltem Wasser im Vergleich zu gängigen Waschverfahren am Beispiel von Rückständen von Hackfleisch und Braeburn-Äpfeln auf Silikon- und PVC-Förderbändern untersucht. Die Arbeiten unter dem Titel „Vernetzung bioeffizienter physikalischer Detektions- und Prozessierungsmodule zur nachhaltigen Reinigung und Desinfektion in der Lebensmittelproduktionskette (PROMONA)“ wurden vom Bundeslandwirtschaftsministerium finanziell gefördert. Die Ergebnisse sind im Fachblatt „Innovative Food Science and Emerging Technologies“ veröffentlicht. AgE

## Pflanzenforschung

### Neue Forschungsallianz will nachhaltige Landwirtschaft vorantreiben

„TRANSCEND“ bündelt Expertise von mehr als 300 Forschenden - Plattform für interdisziplinäre Forschungsideen - BMBF begrüßt die Gründung - Ressortchefin Stark-Watzinger für Novellierung des EU-Gentechnikrechts - Allianz will Pflanzenzüchtung beschleunigen und Konzepte zu Pflanzenschutz und -ernährung entwickeln

BERLIN. Künftig bündeln das Exzellenzcluster für Pflanzenwissenschaften (CEPLAS) und das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) ihre Kräfte im Bereich der Pflanzenforschung. Seinen Ausdruck findet die Kooperation in dem „Zentrum für Translationale Pflanzenbiologieforschung (TRANSCEND)“, das am vergangenen Mitt-

woch (7.6.) in Berlin gegründet worden ist. Ziel der Allianz ist es, interdisziplinäre Forschungsprogramme zu entwickeln, um den Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft voranzutreiben. Die Staatssekretärin im Bundesforschungsministerium (BMBF), **Judith Pirscher**, begrüßte die Gründung von TRANSCEND. Das Tempo in der Pflanzenforschung

müsse erhöht werden, denn der Klimawandel sei bereits jetzt auf den Feldern sichtbar, sagte Pirscher. „Wir tun das mit einer starken technologieoffenen Förderung“, betonte die Staatssekretärin. Die Züchtung von klimarobusten Sorten müsse vorangebracht werden. Dazu wolle Ressortchefin **Bettina Stark-Watzinger** die Rahmenbedingungen für die Züchtungsforschung verbessern; das umfasse auch die neuen Züchtungstechnologien. Die „Ministerin hat das Thema zur Chefsache gemacht“, erklärte Pirscher. Stark-Watzinger setze sich dafür ein, dass das EU-Gentechnikrecht wissenschaftsorientiert und risikangepasst neu ausgerichtet werde.

#### Verbünde und Interdisziplinarität nötig

„TRANSCEND bietet uns die Möglichkeit, bestehende disziplinäre Grenzen zu überwinden, wissenschaftliches Neuland zu betreten und dringend benötigte Innovationen zur Lösung der bevorstehenden Herausforderungen zu entwickeln“, begründete der Geschäftsführende Direktor des IPK, **Prof. Andreas Graner**, die Initiative.

### Klimaschutz

## Özdemir würdigt Arbeit der FNR

GÜLZOW. Die Arbeit der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) hat Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** anlässlich eines Arbeitsbesuchs am Standort Gülzow gewürdigt, wo er sich am vergangenen Freitag (9.6.) mit FNR-Geschäftsführer **Dr. Andreas Schütte** traf. „Seit nunmehr 30 Jahren unterstützt die FNR die Politik der Bundesregierung. Ich begrüße sehr, dass die Agentur immer mehr Aufgaben für Klimaschutz und Nachhaltigkeit übernimmt. Das sind wesentliche Herausforderungen für die Gesellschaft und Schwerpunkte der Arbeit meines Ministeriums und der ganzen Bundesregierung“, sagte Özdemir. Ob Moorschutz oder klimaresilienter Waldumbau, mit der FNR „wissen wir einen starken Partner an unserer Seite zur Umsetzung dieser wichtigen Projekte“. Der Minister informierte sich in Gülzow unter anderem über aktuelle Forschungsvorhaben zu Moorbodenschutz und Torfmineralisierung, die die FNR im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL)

betreut. Bekanntlich stellt die Bundesregierung seit dem Jahr 2020 aus dem Sondervermögen Klima- und Transformationsfonds gezielt Mittel zur Förderung von Maßnahmen zum Schutz von Moorböden und zur Verringerung der Torfverwendung bereit. Aktuell fördert das BMEL über die FNR im Bereich Moorbodenschutz vier Forschungsverbünde mit 17 Teilvorhaben sowie ein Einzelvorhaben mit einem Finanzvolumen von insgesamt 7,5 Mio Euro. Darüber hinaus unterstützt das Agrarressort zwölf Forschungsverbünde mit 41 Teilvorhaben sowie sechs Einzelvorhaben zur Verringerung der Torfverwendung mit Fördermitteln von zusammen 26 Mio Euro. „Weitere sechs Modell- und Demonstrationsvorhaben mit 44 Teilprojekten zum Moorbodenschutz werden voraussichtlich in diesem Sommer an den Start gehen“, berichtete FNR-Geschäftsführer Schütte bei dem Arbeitsbesuch mit Özdemir. Die fachliche Prüfung der Projekte stehe unmittelbar vor dem Abschluss. AgE

### Thünen-Studie

## Kein Wachstumseinbruch bei Tierbestandsabbau in viehdichten Regionen

Ausweitung in anderen Branchen kompensiert Einbruch - Die Viehwirtschaft bringt Boden- und Arbeitsmärkte an Grenzen - Umbau der Wertschöpfungsketten notwendig - Politische Eingriffe zur Strukturhaltung abträglich – Unternehmerischen Freiraum gewähren

BRAUNSCHWEIG. Ein Abbau von Tierbeständen in bislang viehdichten Regionen könnte weniger dramatische gesamtwirtschaftliche Folgen nach sich ziehen als bislang befürchtet. Wie aus einer aktuellen Studie unter Federführung des Thünen-Instituts für Marktanalyse hervorgeht, kann der zu erwartende Beschäftigungseinbruch im Veredlungssektor durch verstärktes Wirtschaftswachstum in anderen Branchen teilweise oder gar vollständig kompensiert werden. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen sich gegen Maßnahmen zur Strukturhaltung der „alten“ Viehwirtschaft aus, weil sie die Anpassungsfähigkeit der restlichen Wirtschaft beeinträchtigen könnten. Die Studie analysiert die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eines deutlichen Abbaus der Viehhaltung in den Landkreisen des Westfälischen und des Oldenburger Münsterlandes. Die dortige Konzentration der Land- und Ernährungswirtschaft und ein jahrelanges Wachstum der Vieh- und Fleischwirtschaft hätten auch negative Auswirkungen auf das Wachstum einiger anderer Branchen,

stellen die Forscher fest. Diese Gefahr steige in besonderem Maße, wenn die Boden- oder Arbeitsmärkte an ihre Grenzen stießen. Daraus resultierten in einigen der untersuchten Landkreise Konkurrenzverhältnisse zwischen verschiedenen Branchen. Eine Reduzierung der Tierhaltung könne diese Konkurrenz abmildern und die übrigen Wirtschaftssektoren stimulieren. Bei gleichbleibenden konjunkturellen Bedingungen sei dann trotz Verlusten in der Viehwirtschaft nur eine geringe Abschwächung des sowieso sehr starken regionalen Beschäftigungswachstums zu erwarten.

#### Geschäftsmodelle anpassen

Eine Voraussetzung dafür ist den Thünen-Wissenschaftlern zufolge ein Umbau der Wertschöpfungsketten in der regionalen Vieh- und Fleischwirtschaft. Die Herausforderung bestehe darin, „dass etablierte Unternehmen ihre Geschäftsmodelle am Standort vorausschauend an den anstehenden Wandel anpassen“, heißt es in der Studie. Gleichzeitig müsse neuen,

innovativen Akteuren trotz noch angespannter Lage auf den Boden- und Arbeitsmärkten unternehmerischer Freiraum gewährt werden. Politische Eingriffe, die auf eine „Konser-  
vierung“ der bisherigen Strukturen abzielten, behinderten  
hingegen eine solche Erneuerung und Anpassung der regio-

nen Wirtschaft. Mittel- und langfristig könne dies zu einer  
verstärkten Abschwächung der Entwicklung von Einkom-  
men und Arbeitsplätzen führen, warnen die Autoren der Studie  
„Regionalwirtschaftliche Auswirkungen einer Reduzierung der  
Tierhaltung in Konzentrationsgebieten“.

AgE

# Märkte + Unternehmen

- 1 Europäische Union – Weniger Schweine und Rinder in den Schlachthäusern
- 2 Schweinemarkt – Weltgrößter Sauenhalter zählt mehr Tiere als Deutschland
- 2 Vereinigtes Königreich – Außenhandel mit Schweinefleisch bricht ein
- 2 Schweinemarkt – VEZG-Preis steigt auf neues Rekordniveau
- 4 Dänemark – Probleme beim Absatz von Biofleisch
- 4 Danish Crown – Schließung des Schlachthofes in Sæby wird vorgezogen
- 4 Vion – Unternehmensführung kündigt Umstrukturierungen an
- 5 Spanien – Kräftiger Anstieg der Ferkelimporte
- 5 Milchmarkt – Ladenpreise für Trinkmilch und Sahne
- 6 Inflation – Italiener sparen beim Obst- und Gemüsekauf
- 6 Schlachtrindermarkt – Preise schwächeln im EU-Durchschnitt weiter
- 7 Frankreich – Zuckerhersteller blicken zufrieden auf abgelaufene Geschäftsjahr
- 7 BayWa AG – Im laufenden Geschäftsjahr „auf gutem Weg“
- 8 Agrarhandelskonzerne – Fusion zwischen Bunge und Viterra wahrscheinlich
- 8 Tschechien – FAS wittert Absatzchancen für US-Agrarprodukte
- 9 Ernährungsindustrie – Preisbereinigter Branchenumsatz leicht rückläufig
- 9 Weizenmarkt – USDA ignoriert Trockenheit in Teilen Europas

## Europäische Union

## Weniger Schweine und Rinder in den Schlachthäusern

Bestandsabbau lässt Schlachtviehaufkommen im ersten Quartal spürbar schrumpfen - Fast 5 Millionen Schweine weniger am Haken der EU-Schlachtbetriebe - Schweinefleischerzeugung sinkt um 8 Prozent - Dänemark verzeichnet stärksten Rückgang - Produktionsrückgang bei Rindern moderater - In Deutschland etwas mehr Tiere zerlegt

BONN. Angesichts rückläufiger Viehbestände in der Europäischen Union waren die Prognosen zu Jahresbeginn eindeutig: Die Erzeugung von Schweine- und Rindfleisch wird 2023 weiter sinken. Vorläufige Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) bestätigen nun den vorhergesagten Produktionsrückgang, der erwartungsgemäß bei Schweinen viel stärker als bei den Rindern ausfällt. Von Januar bis März kamen in den meldepflichtigen Schlachtereien der Mitgliedstaaten insgesamt rund 57,04 Millionen Schweine an die Haken; das waren 4,77 Millionen Stück oder 7,7 % weniger als im ersten Quartal 2022. Die EU-Schweinefleischerzeugung lag mit knapp 5,42 Mio t ebenfalls um 7,7 % unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau. Wird weiter zurückgeblickt, war das Schlachtaufkommen um um fast 7 Millionen Tiere beziehungsweise 10,8 % geringer als im ersten Jahresviertel 2021. Bei ihrer Prognose im Frühjahr war die EU-Kommission für das Gesamtjahr 2023 von einem Produktionsminus von 5 % im Vorjahresvergleich ausgegangen; der durchschnittliche Schweinefleischverbrauch sollte dabei um 1,8 kg auf 30,0 kg je Kopf sinken. Momentan sieht es beim Blick auf aktuelle Marktdaten so aus, als ob dies noch eine günstige Einschätzung gewesen ist. Mit Ausnahme von Griechenland und Schweden wurden in allen EU-Staaten weniger Schweine zerlegt. Besonders stark rückläufig war das Schlachtschweineangebot im Vergleich zum ersten Quartal 2022 in Dänemark mit 16,3 % auf 4,17 Millionen Tiere. Der Fleischkonzern Danish Crown hat deshalb bereits mit Betriebsschließungen und verkürzten Schichten reagiert. Im zweistelligen Prozentbereich gesunken sind zudem die Schlachtungen in Belgien, Bulgarien und der Slowakei. Für Deutschland wird ein Rückgang von 8,0 % auf rund 11,10 Millionen Schweine ausgewiesen. Beim EU-weit größten Erzeuger Spanien ging die Zahl der verarbeiteten Schlachtschweine noch deutlicher zurück, und zwar um 1,40 Millionen oder 9,0 % auf 14,12 Millionen Stück. Eine wesentliche Änderung ist für das zweite Quartal kaum in Sicht.

## Noch kein Anstieg der Kuhschlachtungen

Bei den Rindern fiel der Produktionsrückgang moderater aus. In der Gemeinschaft wurden in den ersten drei Monaten 2023 insgesamt 5,37 Millionen Tiere geschlachtet; das waren gut 212 000 Stück oder 3,8 % weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Rindfleischerzeugung ging dabei um 3,7 % auf 1,57 Mio t zu-

rück. Im Frühling hatte die Kommission den zu erwartenden Produktionsrückgang für 2023 auf 1,6 % veranschlagt. Es wurde damit gerechnet, dass aufgrund der rückläufigen Milchpreise das Schlachtkuhaufkommen wieder zunimmt. Das ist laut Eurostat bisher aber noch nicht passiert, denn die Kuhschlachtungen sind EU-weit im Vergleich zum ersten Quartal 2022 um 1,9 % auf 1,55 Millionen Stück gesunken. Aus mehreren Ländern, darunter Österreich, Schweden, Belgien, Dänemark und auch Deutschland, wurden jedoch ansteigende Kuhschlachtungen im Vorjahresvergleich gemeldet. Bei einigen Ländern weist die Statistik von Eurostat jedoch ungewöhnlich starke prozentuale Änderungen aus. So sollen die Kuhschlachtungen in den Niederlanden gegenüber dem ersten Jahresviertel 2022 um gut 16 % gestiegen sein, während sie in Italien um fast 24 % gefallen sind. Angesichts der noch vorläufigen Daten scheint bei Rückschlüssen für einzelne Länder und Tierkategorien daher Vorsicht geboten zu sein.

## Weniger Bullen im Angebot

Auch bei der Entwicklung des Schlachtviehangebots von Ochsen und Bullen waren in einzelnen EU-Staaten starke Unterschiede festzustellen. In der Summe aller Länder war das Aufkommen im Vergleich zu den ersten drei Monaten 2022 um 48 720 Tiere oder 2,9 % auf 1,62 Millionen Stück rückläufig. Die daraus resultierende Fleischmenge nahm um 3,4 % auf 591 150 t ab. Die knappere Verfügbarkeit der Tiere hielt die Erzeugerpreise auf einem Rekordniveau, welches im ersten Quartal im Schnitt bei 5,13 Euro/kg Schlachtgewicht (SG) für Jungbullen der Handelsklasse R3 lag. Zuletzt gaben die Preise jedoch nach und rutschten unter die Marke von 5 Euro/kg. Während in Deutschland, Österreich, Polen und Spanien etwas mehr ältere männliche Schlachttiere in die Verarbeitungsbetriebe geliefert wurden, waren es in Belgien, Bulgarien und Irland jeweils gut 3 % weniger. Starke Rückgänge des Schlachtviehaufkommens von mehr als 10 % wurden aus Dänemark und Italien gemeldet, während in Frankreich das Angebot auf dem Vorjahresniveau lag. Bei der Produktion von Färsenfleisch werde in der EU gegenüber dem ersten Jahresviertel 2022 ein überdurchschnittlich hoher Rückgang von 5,9 % auf 263 000 t verzeichnet. Hierzu trug Italien mit einem gemeldeten Minus bei den Färsenschlachtungen von 17,8 % wesentlich bei.

AgE

Rinder- und Schweineschlachtungen in der EU  
(Januar bis März 2021 bis 2023; in 1 000 Tonnen)

	2021	2022	2023	2023:22 in v.H.	2021	2022	2023	2023:22 in v.H.
	Geschlachtete Tiere in Stück				Schlachtgewicht in t			
Rinder insgesamt	5 569 570	5 584 870	5 372 750	- 3,8	1 648 210	1 635 090	1 573 930	- 3,7
darunter Bullen und Ochsen	1 700 470	1 668 790	1 620 070	- 2,9	625 750	612 110	591 150	- 3,4
Kühe	1 575 710	1 576 770	1 547 500	- 1,9	512 010	504 600	496 110	- 1,7
Färsen	891 020	913 680	888 920	- 2,7	276 060	279 480	263 060	- 5,9
Schweine insgesamt	63 974 010	61 810 560	57 044 380	- 7,7	6 134 250	5 865 490	5 416 230	- 7,7
darunter Spanien	14 903 990	15 524 580	14 123 420	- 9,0	1 362 060	1 427 290	1 329 690	- 6,8
Deutschland	13 427 730	12 065 320	11 095 510	- 8,0	1 306 750	1 152 680	1 057 870	- 8,2
Frankreich	5 924 740	5 889 590	5 588 970	- 5,1	566 730	559 730	529 470	- 5,4

## Schweinemarkt

# Weltgrößter Sauenhalter zählt mehr Tiere als Deutschland

BONN. Die Zahl der weltweiten „Mega-Sauenhalter“ mit 100 000 oder mehr Tieren im Stall ist im vergangenen Jahr erneut gewachsen. Wie aus der jährlichen Erhebung des global agierenden Zuchtunternehmens Genesus hervorgeht, gab es 50 solcher Großunternehmen, die zusammen rund 16,50 Millionen Sauen hielten. Ein Jahr zuvor waren es erst 40 Mega-Halter mit 15,86 Millionen Tieren gewesen. Der Zuwachs im Sauenbestand fiel mit 643 500 Tieren oder 4,0 % im Vorjahresvergleich recht groß aus, da es zahlreiche Neuzugänge, vor allem aus China, in den Club der „riesigen Produzenten“ gab. Als weltweit größter Player führte erneut die chinesische Muyuan Foodstuff Company mit 2,82 Millionen Sauen die Liste an, was 16 000 Tiere weniger als im Vorjahr waren. Laut Statistischen Bundesamt (Destatis) belief sich der gesamte Sauenbestand in Deutschland im November 2022 auf knapp 1,4 Millionen Tiere und selbst Spanien mit 2,66 Millionen Sauen kam nicht an den chinesischen Giganten Muyuan heran. Dieser produzierte laut Genesus in seinem integrierten System 61,2 Millionen Schweine. Auch dies waren mehr Tiere, als in Deutschland 2022 mit rund 47,1 Millionen Schweinen geschlachtet wurden, von denen

außerdem noch 1,24 Millionen aus dem Ausland stammten. Auf den zweiten Platz schob sich die chinesische Wens Gruppe mit 1,40 Millionen Sauen, da sich ihr Tierbestand im Vorjahresvergleich um 300 000 Stück erhöhte. Das US-Unternehmen Smithfield, ein Tochterunternehmen der chinesischen WH-Group, rutsche mit unverändert 1,23 Millionen Sauen auf Rang drei ab. Insgesamt dominierten klar die Unternehmen aus China die Rangliste; sie waren insgesamt 24 Mal in den Top 50 vertreten. Dahinter folgten die USA mit unverändert zwölf Mega-Unternehmen. Weitere vier stammten aus Brasilien, drei aus Russland. Wie im Fall Russlands schafften es auch drei Unternehmen aus der Europäischen Union in dieses Ranking; dabei handelte es sich um drei Sauenhalter aus Spanien. Der größte von ihnen war die Vall Company mit 260 000 Sauen, die durch eine Bestandsaufstockung von 50 000 Tieren von Platz 22 auf Rang 19 vorrückte. Laut Genesus bremsen die derzeitigen finanziellen Verluste am Schweinemarkt in China und den USA dortige Bestandszuwächse. Doch sei eine Erholung der wirtschaftlichen Lage der Schweinehaltung in den kommenden Monaten zu erwarten. AgE

## Vereinigtes Königreich

# Außenhandel mit Schweinefleisch bricht ein

KENILWORTH. Die Schweineproduktion befindet sich auch im Vereinigten Königreich auf dem Rückzug. Nach Angaben der britischen Absatzförderungsorganisation für Landwirtschaft und Gartenbau (AHDB) wurden von Januar bis April 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 10 % weniger Tiere geschlachtet. Die Schweinefleischerzeugung nahm um 13,3 % auf 305 300 t ab. Aufgrund des knapperen Angebots brachen die Schweinefleischexporte einschließlich Würsten und Schlachtnieberzeugnissen gegenüber dem ersten Quartal 2022 um 21,3 % auf 78 500 t ein. Als erstaunlich werten es die Analysten jedoch, dass trotz des Produktionsrückgangs auch die Schweinefleischimporte spürbar gesunken sind, und zwar insgesamt gegenüber dem ersten Jahresviertel 2022 um 17,4 % auf 185 570 t. Laut AHDB lag das an der Kaufzurückhaltung der Verbraucher wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Hinzu komme, dass auch auf dem europäischen Schweinemarkt das Angebot knapp gewesen sei, was die Verfügbarkeit der Produkte und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt habe. Da 99,7 % der Schweinefleischimporte aus der EU stammen und Großbritannien

wichtigster Drittlandkunde ist, hat die britische Importschwäche zu spürbaren Absatzrückgängen bei den EU-Anbietern geführt. Bei allen Produktkategorien gab es im Betrachtungszeitraum laut AHDB ein geringeres Importvolumen als im ersten Quartal 2022. Der größte Einbruch wurde für Bacon mit einem Minus von 29,2 % auf 43 920 t verzeichnet. Hier sind Dänemark und die Niederlande wichtigste Lieferanten. Frisches Schweinefleisch war die bedeutendste Produktgruppe, doch verringerte sich auch deren Einfuhr mit 21,0 % auf 57 520 t deutlich. Bei verarbeiteten Schinken und Schultern ging der Bezug aus der EU um 11,0 % auf 25 870 t zurück; bei gefrorenem Schweinefleisch und Würsten waren es 6,9 % beziehungsweise 3,5 % weniger. Lediglich die britische Einfuhr der weniger bedeutenden Schlachtnieberzeugnisse nahm leicht zu. Obwohl insgesamt weniger Ware importiert wurde, stieg wegen der höheren Preise die Einfuhrrechnung Großbritanniens für Schweinefleisch gegenüber dem ersten Quartal 2022 spürbar an, und zwar um 7,0 % auf 655,3 Mio £ (759 Mio Euro). AgE

Umrechnungskurs: 1 £ = 1,1584 Euro

## Schweinemarkt

# VEZG-Preis steigt auf neues Rekordniveau

Geringes Angebot an Schlachtschweinen wird entscheidender Marktfaktor - VEZG-Notierung legt um 5 Cent auf Allzeithoch von 2,43 Euro zu - Grillfleischgeschäft läuft flott - Andere Teilstücke schwerer zu vermarkten - Mäster in Belgien und Österreich können sich ebenfalls über höhere Erzeugerpreise freuen - Schlachtschweinenotierungen in Spanien und Dänemark unverändert

BONN. Die Serie von Feiertagswochen mit ausgefallenen Schlachttagen ist beendet weshalb sich das knappe Angebot am Schlachtschweinemarkt in den bevorstehenden vollen

Schlachtwochen wieder stärker bemerkbar machen dürfte. Die Schweinevermarkter fordern deshalb höhere Preise für ihre Tiere und die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften

für Vieh und Fleisch (VEZG) hob am vergangenen Mittwoch (7.6.) ihre Leitnotierung für Schlachtschweine um 5 Cent auf das neue Rekordniveau von 2,43 Euro/kg Schlachtgewicht (SG) an. Beobachtern zufolge wurde diese Möglichkeit jetzt genutzt, da recht grillfreundliches Wetter vorausgesagt wird und bereits in zwei Wochen die Schulferien in Nordrhein-Westfalen beginnen. Dann ist im verbraucherstärksten Bundesland üblicherweise mit einer Abschwächung der Schweinefleischnachfrage zu rechnen. Die Schlachthofseite hatte indes vor der Notierung vor einer Korrektur nach oben gewarnt, da der höhere Einkaufspreis am Fleischmarkt nicht umzusetzen sei. Zwar hat sich die Grillfleischnachfrage spürbar belebt und in diesem Segment waren auch Preiserhöhungen im Verkauf möglich, doch bei anderen Warengruppen und im Auslandsabsatz war das laut Fleischvermarktern kaum möglich. Ähnlich sah die Situation in Österreich aus. Trotz des Feiertages ließen sich laut dem Verband landwirtschaftlicher Veredlungsproduzenten (VLV) schlachtreife Tiere zügig vermarkten. Grillartikel waren auch dort stark nachgefragt, während der Rest des Schweineschlachtkörpers meist nicht ins Geld zu bringen war. „Im Export nach Asien und anderen Drittstaaten schießt man sich mit unserem Preis aus dem Markt“, zitierte der VLV einen namhaften Exporteur. Die Erzeugerpreise in Nord- und Südamerika lägen um mehr als 100 Euro je Schlachtschwein unter dem europäischen Niveau. Der Anstieg der VLV-Notierung für Schlachtschweine fiel mit 3 Cent auf 2,47 Euro/kg SG nicht ganz so groß aus wie in Deutschland.

#### Schwacher Asienexport schadet Danish Crown

In Belgien macht sich neben dem Bestandsabbau nun auch immer stärker der umfangreiche Ferkelexport nach Spanien in einem Mangel an Schlachtschweinen bemerkbar. Von Januar bis März 2023 hat sich die Ausfuhrmenge auf rund 135 000 Ferkel gegenüber dem ersten Jahresviertel 2022 versechsfacht. Die belgischen Ankaufspreise für Schlachtschweine steigen in dieser Woche um 4 Cent/kg Lebendgewicht (LG). Bei unterschiedlichen Abrechnungsmodalitäten liegt der Basispreis der Danis-Gruppe bei 1,80 Euro/kg LG, bei Westvlees bei 1,94 Euro/kg LG. In Frankreich

waren schlachtreife Tiere bei deutlich abnehmenden Gewichten ebenfalls gefragt; die Notierung am Marché du Porc Breton legte im Vorwochenvergleich um 3,1 Cent auf 2,186 Euro/kg SG zu. Abermals enttäuscht wurden dagegen die Schweinelieferanten von Danish Crown, denn das Unternehmen ließ seinen Ankaufspreis mit umgerechnet 1,85 Euro/kg SG unverändert. Zwar seien Absatz und Preise für frisches Schweinefleisch in Europa bei mehreren Teilstücken gestiegen, doch habe sich der wichtige Asienexport abgeschwächt, was die Zuwächse aufzehre, so das Unternehmen. In Spanien blieb die Notierung erneut mit 2,025 Euro/kg LG stabil. Das kleine Schlachtschweineangebot einerseits und der im internationalen Vergleich hohe Ankaufspreis mit Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit bei der Fleischausfuhr andererseits sind laut Mercolleida die unterschiedlichen Pole, die fortgesetzt eine Änderung der Notierung verhindern.

#### EU-Preis auf historischem Hoch

Im gewogenen Mittel der 27 Mitgliedstaaten eilt der Schlachtschweinepreis nun wöchentlich von einem Rekordniveau zum nächsten. In der Woche zum 4. Juni zahlten laut Kommission die Schlachtunternehmen in der Gemeinschaft für Tiere der Handelsklasse E im Schnitt 241,35 Euro/100 kg SG; das waren 1,66 Euro oder 0,7 % mehr als in der Vorwoche. Wenn die Sommerhitze das Schweineangebot weiter verkleinert, halten Experten ein Überschreiten der Marke von 250 Euro/100 kg für wahrscheinlich. In der Berichtswoche konnten sich die Mäster in Belgien, Rumänien und der Slowakei mit jeweils gut 3 % über die höchsten Preisaufschläge freuen. Die Schlachtbetriebe in Österreich, den Niederlanden, Polen, Ungarn, Tschechien und Luxemburg hoben ihre Auszahlungsleistung zwischen 1,0 % und 1,9 % an. Moderater fiel das Plus mit 0,6 % in Deutschland aus, da ein Teil des vorherigen Anstiegs der VEG-Notierung schon im Vorwochenpreis einfluss. Unverändertes Geld erhielten die Erzeuger in Frankreich, Dänemark und Irland für ihre Tiere. Nur in den beiden südlichen Ländern Italien und Spanien gaben laut Kommission die Schlachtschweinepreise etwas nach, und zwar um 0,5 % beziehungsweise 0,7 %. AgE

EU-Marktpreise für Schlachtschweine  
(Woche vom 29. bis 4. Juni 2023; in Euro/100 kg SG in der Handelsklasse E)

	Vorjahres- woche	Vorwoche	Berichts- woche		Vorjahres- woche	Vorwoche	Berichts- woche
Belgien	161,61	224,73	231,85	Litauen	173,50	247,01	249,78
Bulgarien	197,93	275,75	276,70	Luxemburg	182,96	237,49	242,09
Tschechien	182,33	231,29	233,99	Ungarn	180,85	252,60	256,10
Dänemark	167,36	206,89	206,89	Malta	224,36	226,38 <sup>1)</sup>	226,38 <sup>1)</sup>
Deutschland	187,84	246,28	247,84	Niederlande	158,45	213,94	216,68
Estland	177,93	213,66	215,38	Österreich	200,77	249,58	252,13
Irland	175,47	222,15	222,19	Polen	189,45	252,20	256,04
Griechenland	209,69	260,91 <sup>1)</sup>	260,91 <sup>1)</sup>	Portugal	215,27	267,36	267,36
Spanien	210,82	248,92	247,28	Rumänien	181,03	269,40	278,14
Frankreich	182,00	227,00	227,00	Slowenien	203,97	244,62	246,28
Kroatien	172,87	239,00	244,00	Slowakei	176,50	247,48	255,12
Italien <sup>2)</sup>	191,72	256,55	255,28	Finnland	203,21	222,99	221,30
Zypern	224,84	243,93	244,19	Schweden	221,01	223,22	223,22
Lettland	178,88	257,73	260,76	Europäische Union	186,12	239,69	241,35

1) keine Preismeldung erfolgt; 2) italienische Preise für Handelsklasse R



## Dänemark

## Probleme beim Absatz von Biofleisch

RANDERS. Die Kostenbelastung der Verbraucher in Inflationszeiten hat sich negativ auf den Absatz von ökologisch erzeugten Produkten in Dänemark ausgewirkt. Dies bekommt auch Friland, die Bio-Vertriebsgesellschaft von Danish Crown (DC), bei ihren Verkäufen von Biofleisch zu spüren. Wie das Unternehmen kürzlich mitteilte, ist der Umsatz in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres von Oktober 2022 bis März 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,9 % auf 478 Mio dkr (64,1 Mio Euro) zurückgegangen. „In Anbetracht der Marktbedingungen hatten wir eigentlich befürchtet, dass die Entwicklung noch drastischer sein würde“, erklärte Friland-Geschäftsführer **Claus Hein**. Durch gezielte Anstrengungen sei es jedoch gelungen, den Markt noch „eini-germaßen erfolgreich zu steuern“. Hein verwies auf die schwierigen Marktbedingungen im Kalenderjahr 2022. In diesem ist nach Angaben des dänischen Statistikamtes der Gesamtumsatz von Biorindfleisch gegenüber dem Vorjahr um 26 % eingebrochen. Bei Schweine- und Geflügelfleisch war der Rückgang mit 27 % beziehungsweise 20 % ebenfalls stark ausgeprägt. „Die Entwicklung hat sich in den ersten drei Monaten des 2023 nicht verändert; das ist keine nachhaltige Situ-

ation“, so Hein. Wenn in den Supermärkten ein breites Sortiment an Bioprodukten von Friland aufrechterhalten werden solle, müssten die dänischen Verbraucher dazu gebracht werden, ökologisch erzeugte Produkte mehr zu unterstützen, betonte der Geschäftsführer. Es sei von größter Wichtigkeit, den Absatz zu steigern, damit die ökologische Tierhaltung wieder rentabel werde. „Wir nähern uns einem Punkt, an dem viele unserer Erzeuger entscheiden müssen, ob sie ihre ökologische Produktion fortsetzen wollen“, warnte Hein. Friland zufolge ist der durchschnittlichen Abrechnungspreis für die Bioschweinelieferanten in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2022/23 gegenüber der Vorjahresperiode um 3,36 dkr (0,45 Euro) oder 13,0 % auf 22,40 dkr/kg (3,00 Euro) gesunken. Für die Biorindfleischerzeuger ist er hingegen wegen des geringen Angebots in ganz Europa um 2,8 % auf 30,39 dkr/kg (4,08 Euro) gestiegen. Der Vorstandschef des Mutterkonzerns DC, **Jais Valeur**, erklärte, dass er weiter an die Bioschiene glaube und Friland eines der Aushängeschilder der Gruppe sei. Die Entwicklung des Biosektors in Dänemark hänge jedoch davon ab, ob die Verbraucher die Produkte von Friland auch kauften. AgE  
Umrechnungskurs: 1 dkr = 0,1341 Euro

## Danish Crown

## Schließung des Schlachthofes in Sæby wird vorgezogen

RANDERS. Danish Crown (DC) wird seinen Schlachthof in Sæby drei Wochen früher als geplant schließen. Das Unternehmen begründete seine Entscheidung am vergangenen Donnerstag (8.6.) mit dem rückläufigen Angebot an Mastschweinen. Demnach wird der Großteil der Mitarbeiter bereits ab dem 23. Juni freigestellt, die Beschäftigten erhalten aber bis zum bisher vorgesehenen letzten Arbeitstag am 14. Juli weiterhin ihren Lohn. „Wenn wir die durch die Frühlingsferien entstandenen Rückstände aufgeholt haben, werden wir über eine Schlachtkapazität verfügen, die unseren Bedarf deutlich übersteigt“, betonte DC-Produktionsdirektor **Per Laursen**. Die

Zahl der Schlachtschweine ist laut Angaben von DC im vergangenen Jahr wöchentlich um mehr als 10 % gesunken. Damit sei es dem Unternehmen nicht möglich, alle Schlachthöfe im Land am Laufen zu halten. Nun sei die Schlachtschweinezahl auf ein Niveau gesunken, das DC in den anderen Schlachthöfen der Gruppe in Dänemark „problemlos bewältigen“ könne. Einige der Mitarbeiter aus Sæby werden ab Mitte Juli ihre Arbeit in den Schlachthöfen in Horsens, Ringsted und Blans bei Sønderborg aufnehmen. Ob ein Teil davon schon früher am neuen Arbeitsplatz beginnen kann, wird sich DC zufolge in der kommenden Woche klären. AgE

## Vion

## Unternehmensführung kündigt Umstrukturierungen an

BOXTEL. Das niederländisch-deutsche Lebensmittelunternehmen Vion Food Group wird sich intern neu strukturieren. Wie der vor allem im Fleischbereich tätige Konzern am vergangenen Mittwoch (7.6.) mitteilte, werden zwei Länderorganisationen für Deutschland und die Beneluxländer gegründet, die den Vieheinkauf, die Standorte mit Schlachtung, Zerlegung, Verarbeitung und Verpackung sowie den Vertrieb steuern. Damit will das Unternehmen die eigene Effizienz steigern und eine engere Verbindung zwischen Landwirten und Kunden auf den Heimatmärkten ermöglichen. Diese Unternehmensstruktur soll ein neues Executive Committee leiten. Diesem werden Vion-Geschäftsführer **Ronald Lotgerink**, die Finanzchefin **Tjarda Klimp** sowie die Chief Operating Officer (COO) für Deutschland und Benelux, **Phillipe Thomas** beziehungsweise **Leon Cuypers** angehören. Hinzu kommen noch **Simon Morris** als länderübergreifender COO Food Service, **Mattijn Bak** als Chief Transformation Officer und **Binne Visser** als Chief

Human Resources Officer. Zudem wird **Freek van den Eijnden** für die neue Ingredients-Organisation verantwortlich sein und außerdem die neue Funktion Wissenschaft und Nachhaltigkeit (CSSO) aufbauen. Durch den Fokus auf eine bessere Verwertung aller Teile der Tiere soll Vions „verantwortungsvolle“ Produktion gestärkt werden. Mit einer noch stärkeren Ausrichtung auf Innovation und Nachhaltigkeit will das Unternehmen sein strategisches Ziel, die Nummer eins unter den nachhaltigen Fleischunternehmen in Europa zu werden, unterstreichen. Vion ist nach eigenen Angaben zuversichtlich, dass diese strategischen Veränderungen ein nachhaltiges Wachstum fördern, die Kettenstrategie des Unternehmens forcieren, Innovationen vorantreiben und die führende Position in der europäischen Lebensmittelindustrie stärken werden. Die geplanten Änderungen sollen in den kommenden Monaten detailliert ausgearbeitet werden. Vion beabsichtigt, diese ab dem vierten Quartal 2023 umzusetzen. AgE

## Spanien

### Kräftiger Anstieg der Ferkelimporte

BONN. Im spanischen Sauenbestand gibt es seit längerem große Gesundheitsprobleme mit dem Porcine Reproductive and Respiratory Syndrome (PRRS) des Virusstammes Rosalia. Es ist deshalb zu vermehrten Saugferkelverlusten und Leistungseinbußen bei den Sauen gekommen. In der weiteren Folge fehlten Ferkel für die Mast. Die spanischen Mäster haben daher verstärkt auf ausländische Ferkel zurückgegriffen. Insgesamt hat laut einer vom Dachverband der dänischen Agrar- und Ernährungswirtschaft (L&F) veröffentlichten Handelsstatistik die Einfuhr im ersten Quartal 2023 gegenüber der Vorjahresperiode um fast 300 000 Ferkel oder gut 50 % auf 873 300 Tiere zugenommen. Insbesondere aus zwei Ländern wurden deutlich mehr Ferkel importiert. Der Bezug aus dem Hauptlieferland Niederlande nahm im Vergleich zum ersten Jahresviertel 2022 um 45,5 % auf 621 100 Tiere zu. Belgien sprang auf Rang zwei der wichtigsten Herkunftsländer, denn die spanische Ferkelimportierte von dort sechsfache sich auf 134 600 Stück. Dies verschärft nun in Belgien den Mangel an Schlachtschweinen. Zu den weiteren Ferkelliefer-

ranten Spaniens zählten Dänemark mit 48 400 und Portugal mit rund 43 000 Tieren, wobei hier aber kein Handelszuwachs zu verzeichnen war. Aus Deutschland wird eine Einfuhr von 19 000 Ferkeln gemeldet; das waren 5 700 weniger als im ersten Quartal 2022. Der vermehrte Bezug von Ferkeln aus dem Ausland konnte allerdings den Mangel an Schlachtschweineng in Spanien nicht verhindern. Im ersten Quartal 2023 kamen dort mit 14,1 Millionen Schweinen rund 1,4 Millionen oder 9,0 % weniger an die Haken als in der vergleichbaren Vorjahresperiode. Dieser starke Rückgang war aufgrund der Entwicklung des Sauenbestandes nicht unbedingt zu erwarten. Gemäß der Zählung im Juni 2022 hatte dieser damals im Vorjahresvergleich nämlich noch um 0,4 % auf 2,67 Millionen Stück zugelegt, und bei der Erhebung im November gegenüber dem Vorjahr nur um 1,0 % auf 2,66 Millionen Tiere abgenommen. Dies zeigt, dass neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Erzeuger aufgrund der hohen Produktionskosten 2022 die Gesundheitsprobleme einen wesentlichen Einfluss auf die Schweinefleischproduktion in Spanien haben. AgE

## Milchmarkt

### Ladenpreise für Trinkmilch und Sahne gesenkt

Lebensmittelhandel setzt Verbraucherpreise für Produkte der weißen Linie herab - Abschlüsse von bis zu 15 Prozent - Vorherige Kontraktverhandlungen hatten das erwarten lassen - Der Liter Trinkmilch kostet wieder weniger als 1 Euro - Amtliche Notierungen für Butter und Käse stabil - Auch Milchpulver auf vorwöchiger Preisbasis gehandelt - GDT-Preisindex gibt nach

BONN. Der führende Discounter Aldi hat am vergangenen Mittwoch (7.6.) seine Ladenpreise für Trinkmilch, Sahne, Quark und Joghurts bei den Eigenmarken spürbar gesenkt. Insgesamt werden mehr als 50 Produkte der sogenannten „weißen Linie“ um bis zu 15 % billiger, teilte das Handelsunternehmen mit. Kurze Zeit später kündigten auch die Ketten Kaufland und Lidl der Schwarz-Gruppe Preissenkungen in diesem Marktsegment an; weitere Lebensmitteleinzelhändler dürften folgen. In den Wochen zuvor waren bereits die Verbraucherpreise von Butter und Käse spürbar zurückgenommen worden. Grund für die Preissenkungen waren die jüngsten Kontraktverhandlungen zwischen den Molkereien und dem Handel für die weiße Linie, die mit Abschlüssen für die Hersteller endeten. Rohmilch ist nicht mehr so knapp wie im vergangenen Jahr, weshalb die Milchpreise sinken. Dies kommt nun mehr und mehr auch auf der Verbraucherseite an. So kostet der Liter Trinkmilch bei den Eigenmarken der Discounter jetzt nur noch 99 Cent; das sind 16 Cent oder 13,9 % weniger als der vorherige Verkaufspreis von 1,15 Euro/l. Den Speisequark mit 20 % Fett in der 250-g-Packung bietet Aldi nun mit einem Preisabschlag von 14,1 % auf 0,85 Euro an; die H-Sahne mit 200 g verbilligte sich von 1,29 Euro auf 1,09 Euro mit 15,5 % am stärksten. Die aktuellen Notierungen für Produkte der „gelben Linie“ und die Preise für Milchpulver änderten sich in der vergangenen Woche hingegen kaum. Die Blockbutternotierung an der Süddeutschen Butter- und Käsebörse in Kempten gewann am unteren Spannenende 5 Cent auf 4,60 Euro/kg hinzu; die Preisfeststellung für Päckchenbutter blieb stabil. Schnittkäse war laut Notierungskommission in Hannover Anfang Juni sehr gut gefragt, es wurde jedoch nur der untere Spannenwert bei Edamer und Gouda als Blockware um 5 Cent auf 3,50 Euro/kg angehoben. Die verschiedenen Milchpulverar-

ten ließen sich laut Kemptener Börse zuletzt auf dem vorwöchigen Preisniveau verkaufen. Die Nachfrage sei recht ruhig gewesen, meldete hierzu die Zentrale Milchmarkt Berichterstattung (ZMB).

#### Preisabschlag für Vollmilchpulver

Auf internationalem Parkett war zuletzt etwas mehr Bewegung bei den Preisen zu beobachten, die an der globalen Handelsplattform Global Dairy Trade(GDT) im Schnitt aber schwächer tendierten. Bei der ersten Auktion in der neuen Milchsaison 2023/24 gaben die Preise am vergangenen Dienstag (6.6) im Mittel aller gehandelten Milchprodukte um 0,9 % nach. Dafür sorgte nahezu im Alleingang das wichtigste Handelsgut Vollmilchpulver, welches im Vergleich zur vorherigen Versteigerung von Mitte Mai ein Minus von 3,0 % auf 3 173 \$/t (2 968 Euro) einfuhr. Zudem wurde Buttermilchpulver im Mittel aller Kontrakte und Lieferzeiten mit einem Abschlag von 2,4 % auf 2 322 \$/t (2 172 Euro) gehandelt. Beim durchschnittlichen Auktionspreis für Magermilchpulver ergab sich mit 2 755 \$/t (2 577 Euro) gegenüber der vorherigen Handelsrunde keine Änderung. Für vordere Lieferkontrakte im Juli und August wurden moderate Aufschläge gezahlt, während es bei den späteren im Oktober und November zu Abschlüssen kam. Der nur für August angebotene Magermilchkontrakt von Arla aus europäischer Produktion erlöste rund 250 \$/t (234 Euro) weniger als das Pulver von Fonterra. Bei Butter konnte der alleinige Anbieter Fonterra gegenüber der Auktion vor drei Wochen ein leichtes Plus von 0,5 % auf den neuen Jahreshöchststand von 5 088 \$/t (4 760 Euro) verzeichnen. Den stärksten Preisanstieg gab es im Mittel aller Kontrakte bei Cheddarkäse mit 7,4 % auf 4 688 \$/t (4 386 Euro). AgE  
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,9355 Euro

**Großhandelspreise für Milchprodukte in Deutschland<sup>1)</sup>**  
(in Euro je kg)

	Vorjahreswoche	Vorberichtswoche	Berichtswoche <sup>2)</sup>
<b>Kempten</b>			
Deutsche Markenbutter, lose	7,20 - 7,25	4,55 - 4,75	4,60 - 4,75
Deutsche Markenbutter, geformt	7,22 - 7,60	4,80 - 5,00	4,80 - 5,00
<b>Allgäuer Emmentaler, aus Rohmilch</b>	7,20 - 7,50	7,75 - 7,95	7,75 - 7,95
Emmentaler und Viereckhartkäse	5,40 - 6,20	5,35 - 6,75	5,35 - 7,20
<b>Hannover</b>			
Gouda 48 % / Edamer 40 %, Block	5,10 - 5,40	3,45 - 3,65	3,50 - 3,65
Gouda 48 % / Edamer 40 %, Brot	5,20 - 5,50	3,75 - 3,90	3,75 - 3,90
<b>ab Werk</b>			
Magermilchpulver <sup>3)</sup>	3,88 - 3,95	2,20 - 2,22	2,20 - 2,22
Magermilchpulver <sup>4)</sup>	4,00 - 4,33	2,40 - 2,60	2,40 - 2,60
Vollmilchpulver, Sprühware 26 %	5,35 - 5,50	3,40 - 3,58	3,40 - 3,58
Süßmolkenpulver <sup>3)</sup>	1,23 - 1,27	0,60 - 0,62	0,61 - 0,63
Süßmolkenpulver <sup>4)</sup>	1,55 - 1,60	0,80 - 0,90	0,78 - 0,92

1) ohne Mehrwertsteuer, Magermilch-, Vollmilch- und Süßmolkenpulver-Notierung mittels Konferenzschaltung ermittelt, ansonsten amtliche Notierungen; 2) Notierungen vom 07. Juni 2023; 3) Sprühware in Futtermittelqualität; 4) Sprühware in Lebensmittelqualität

## Inflation

### Italiener sparen beim Obst- und Gemüseeinkauf

ROM. Angesichts deutlich gestiegener Preise haben die italienischen Verbraucher im ersten Quartal dieses Jahres deutlich weniger Obst und Gemüse nachgefragt als im entsprechenden Zeitraum von 2022. Laut einer aktuellen Auswertung des Branchennetzwerks CSO Italy, die auf Daten des Marktforschungsunternehmens GfK Italia beruht, kauften die Italiener 1,28 Mio t Obst und Gemüse, was im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Vorjahres ein Minus von 8 % bedeutete. Pro Einwohner waren das im Mittel 2 kg, gegenüber dem ersten Quartal 2019 sogar 4 kg weniger. Die Preise lagen im Berichtsquartal dabei im Durchschnitt um 8 % höher als ein Jahr

zuvor. Besonders kräftig fiel der Einkaufsrückgang beim Obst mit 10 % auf nur mehr 644 000 t aus. Noch nie seit Beginn der Erhebung sei die Verkaufsmenge von Obst unter die Marke von 700 000 t gesunken, so die Analysten bei CSO Italy. Die Ausgaben für Obst nahmen um 2 % auf 1,32 Mrd Euro ab, obgleich der Durchschnittspreis für ein Kilogramm Obst von 1,90 Euro im Zeitraum Januar bis März 2022 auf 2,06 Euro im Berichtsquartal zulegte. Auch beim Gemüseeinkauf drückten die Konsumenten in Italien auf die Bremse, denn mit insgesamt 635 000 t wurde die Vorjahresmenge hier um 6 % unterschritten.

AgE

## Schlachtrindermarkt

### Preise schwächeln im EU-Durchschnitt weiter

BRÜSSEL. Die Schlachtrinderpreise in der Europäischen Union haben zuletzt erneut nachgegeben. In der Woche zum 4. Juni 2023 wurden für Jungbullen der Handelsklasse R3 nach Angaben der EU-Kommission im Mittel der meldenden Mitgliedstaaten 489,95 Euro/100 kg Schlachtgewicht (SG) gezahlt; das waren 1,2 % weniger als in der Woche davor. In Belgien und Dänemark konnten sich die Notierungen knapp behaupten und gaben um jeweils 0,1 % nach. In Irland, Frankreich, Polen, Deutschland und Österreich mussten die Mäster deutlichere Abschläge zwischen 0,5 % und 1,6 % hinnehmen. Nochmals schwächer entwickelten sich die Notierungen in Italien und Spanien, wo das Vorwochenniveau um 2,6 % beziehungsweise 3,9 % verfehlt wurde. Auch die EU-Preise für Schlachtkühe konnten sich nicht befestigen: Tiere der Handelsklasse O3 erlösten laut Kommission durchschnittlich 427,50 Euro/100 kg SG und damit 0,7 % weniger als in der Vorwoche. Dem EU-Trend

trotzen konnte die Preisentwicklung in Österreich, wo es zu einem Aufschlag von 1,2 % kam. Auch in Italien und Frankreich verteuerten sich O3-Kühe, wenn auch nur um 0,5 % beziehungsweise 0,2 %. Zu einem geringfügigen Abschlag von jeweils 0,1 % kam es in Polen und Belgien. In Dänemark fielen die Preise um 0,5 %. Nochmals kräftiger fielen die Einbußen für die Anbieter in Spanien, Deutschland und Irland aus, wo das Vorwochenniveau zwischen 1,4 % und 2,4 % unterboten wurde. Die EU-Notierung für Schlachtfärsen gab ebenfalls ein weiteres Mal nach: Tiere der Handelsklasse R3 wurden der Kommission zufolge im Mittel der meldenden Mitgliedsländer für 513,81 Euro/100 kg SG gehandelt, was einem Minus von 0,4 % entsprach. In Dänemark konnte sich die Notierung dem negativen EU-Trend widersetzen und um 1,7 % zulegen. In Spanien und Frankreich konnten sich die Mäster über Aufschläge von 0,6 % und 0,4 % freuen. In Belgien bewegte sich die Notierung

seitwärts. In Österreich kam es zu einem marginalen Abschlag von 0,1 %. Spürbar tiefer fielen die Preise in Irland, Polen und Deutschland, wo R3-Färsen zwischen 0,8 % und 1,3 % preiswer-

ter gehandelt wurden. Sehr schwach präsentierte sich die Notierung in Italien, wo die Mäster gegenüber der Vorwoche einen Abschlag von 9,7 % verkraften mussten. AgE

EU-Marktpreise für Schlachtrinder  
(Woche vom 29. Mai bis 4. Juni 2023; in Euro/100 kg SG)

	Jungbullen R3			Kühe O3			Färsen R3		
	Vorjahres- woche	Vorwoche	Markt- preis	Vorjahres- woche	Vorwoche	Markt- preis	Vorjahres- woche	Vorwoche	Markt- preis
Belgien	425,50	432,14	431,81	415,30	417,22	416,69	489,98	479,00	479,00
Bulgarien	-	471,24	471,24	344,35	324,54	325,98	-	-	-
Tschechien	461,86	463,38	474,87	372,23	367,33	368,93	420,34	400,53	413,64
Dänemark	476,54	461,84	461,16	438,76	425,32	423,17	484,06	468,55	476,47
Deutschland	472,07	464,79	459,74	462,50	431,66	422,06	494,41	477,61	471,37
Estland	-	-	-	408,11	384,39	384,73	-	-	-
Irland	523,29	507,25	504,80	473,19	433,32	422,88	534,11	525,73	521,50
Griechenland	411,98	-	-	194,74	-	-	-	-	-
Spanien	498,25	538,25	517,41	366,85	371,24	365,96	457,51	529,21	532,49
Frankreich	513,00	528,00	525,00	494,00	486,00	487,00	524,00	547,00	549,00
Kroatien	491,54	508,00	513,00	373,37	411,00	402,00	484,90	531,00	522,00
Italien	457,71	515,85	502,56	416,88	387,72	389,71	408,39	512,05	462,19
Zypern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lettland	386,01	346,79	346,79	333,80	342,08	329,18	378,09	390,95	378,13
Litauen	466,33	427,67	414,53	422,76	390,28	385,20	411,95	403,69	417,33
Luxemburg	494,16	506,79	490,29	464,61	435,62	441,51	535,01	540,24	539,44
Ungarn	183,25	-	-	285,42	290,11	328,39	179,11	193,08	194,47
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	530,00	394,00	433,00	506,00	441,00	439,00	347,00	397,00	424,00
Österreich	471,48	466,52	458,85	419,25	376,10	380,59	461,98	469,65	469,10
Polen	495,91	465,97	463,10	457,98	414,81	414,23	505,72	504,06	498,93
Portugal	485,03	532,53	520,83	268,12	318,04	314,42	469,39	509,09	510,46
Rumänien	369,03	434,58	456,81	399,46	401,75	394,72	366,43	442,71	405,97
Slowenien	435,47	471,45	478,96	352,71	349,70	337,88	405,38	459,19	465,97
Slowakei	476,33	482,99	-	-	259,94	259,94	-	-	-
Finnland	461,53	504,03	506,00	319,80	327,28	338,86	462,53	507,21	499,05
Schweden	517,92	509,37	504,22	470,25	460,47	455,81	507,43	497,87	492,83
EU	491,46	495,69	489,95	452,80	430,36	427,50	498,83	516,10	513,81

## Frankreich

### Zuckerhersteller blicken zufrieden aufs abgelaufene Geschäftsjahr

PARIS/VILLETTE-SUR-AUBE. In Frankreich haben die Zuckerhersteller im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut schwarze Zahlen geschrieben. Marktführer Tereos weist für 2022/23 zwar einen um 11 Mio Euro auf 161 Mio Euro verringerten Nettogewinn aus. Dies lag aber nicht am Geschäftsverlauf, sondern an der Minderung von Vermögenswerten um 252 Mio Euro. Den Umsatz konnte Tereos im Vorjahresvergleich um rund 29 % auf 6,56 Mrd Euro steigern. Das Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (EBITDA) erreichte zu laufenden Preisen 1,11 Mrd Euro; 2021/22 waren es lediglich 668 Mio Euro gewesen. Beim EBIT gab es mehr als eine Verdopplung, nämlich von zuvor 302 Mio Euro auf 664 Mio Euro. Zudem konnte der Zuckerhersteller seine Schuldenrate deutlich senken. Die Unternehmensleitung wertete die Bilanz als Bestätigung. Die neue strategische Ausrichtung habe es ermöglicht, den Unwägbarkeiten des Marktes und einem unsicheren geopolitischen

Umfeld zu begegnen. Generaldirektor **Jorge Boucas** kündigte an, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen. Tereos werde die Dekarbonisierung weiter vorantreiben und halte daran fest, den Ausstoß von Treibhausgasen bis spätestens 2050 netto auf null zu bringen. Auch Konkurrent Cristal Union zeigte sich zufrieden. Die Genossenschaft konnte 2022/23 ihren Nettogewinn eigenen Angaben zufolge um 85 % auf insgesamt 179 Mio Euro steigern; das war der höchste Stand seit zehn Jahren. Der Umsatz legte um 30 % auf 2,3 Mrd Euro zu, das EBITDA um 40 % auf 289 Mio Euro. Neben dem Klimaschutz steht bei Cristal Union die Energiesicherheit oben auf der Agenda: Bis 2050 wollen die Genossen von fossilen Energieträgern unabhängig werden. Unternehmensangaben zufolge reichen 55 % der üblicherweise anfallenden Rübenschnitzel aus, um eine Fabrik autark zu machen. Neben der Energie- soll auch die Wasserversorgung abgesichert werden. AgE

## BayWa AG

### Im laufenden Geschäftsjahr „auf gutem Weg“

MÜNCHEN. Die BayWa AG befindet sich im laufenden Geschäftsjahr nach den Worten ihres neuen Vorstandsvorsitzenden **Marcus Pöllinger** auf gutem Weg, das für 2023 erwartete Ergebnis von

320 Mio Euro bis 370 Mio Euro zu erreichen. Mittelfristig geht die Konzernführung von einem Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) zwischen 470 Mio Euro und 520 Mio Euro aus. Weiteres Wachstum-

potential liege vor allem bei den erneuerbaren Energien und im internationalen Agrarhandel, erklärte Pöllinger am Dienstag voriger Woche (6.6.) auf der Hauptversammlung in München. Im Segment Bau sehe das Unternehmen gute Chancen, durch vertikale Integration in seinen Kernregionen das Geschäft voranzutreiben. Pöllinger wies darauf hin, dass die BayWa AG im Ausnahmejahr 2022 mit 27,1 Mrd Euro Umsatz und einem EBIT von 504,1 Mio Euro neue Bestmarken erzielt habe. „In den Krisen der vergangenen Jahre haben wir - im wahrsten Sinne des Wortes - geliefert, wenn andere schon am Ende ihrer Möglichkeiten waren. Wir sind stolz darauf, als Grundversorger ein verlässlicher Partner zu sein“, betonte der BayWa-CEO. Bei Investitionen muss es ihm zufolge insbesondere auch um Nachhaltigkeit gehen. Als Beispiele nannte Pöllinger die Züchtung und zukünftige Vermarktung der weltweit ersten klimatoleranten Apfelsorte „Tutti“ sowie die Entwicklung von Agri-Photovoltaik-Anlagen zur Doppelnutzung von

Agrarflächen. „Wir liefern unseren Kunden das, was sie brauchen, um ihre Felder zu bestellen, Wohnungen zu heizen und Häuser zu bauen. Wir helfen ihnen aber ebenso dabei, ihren eigenen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck nachhaltig zu reduzieren“, so der Vorstandschef. Angesagt sind laut seinen Worten deshalb modernste Technik und Investments in Zukunftsfelder, „die uns helfen, nachhaltiger, effizienter und agiler zu werden“. Beispiele dafür seien im Segment Bau die modulare Fertigung von Badmodulen durch die BayWa-Beteiligung Tjiko, das Wärme-Contracting der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH oder das vegane Ei des Berliner Start-ups Neggst, in das die BayWa Venture GmbH investiert sei. Für das Geschäftsjahr 2022 beschlossen die Aktionäre eine Erhöhung der Dividende um 0,05 Euro auf 1,10 Euro. Sie votierten außerdem für die Zahlung einer Sonderdividende von 0,10 Euro je Aktie, die in diesem Jahr anlässlich des 100-jährigen Bestehens der BayWa AG ausgeschüttet werden soll. AgE

## Agrarhandelskonzerne

### Fusion zwischen Bunge und Viterra wahrscheinlich

HAMILTON/ROTTERDAM. Die Anzeichen für eine Fusion der beiden Agrarhandelskonzerne Bunge mit Hauptsitz in Hamilton/Bermuda und der Rotterdamer Viterra mehren sich. Wie die Nachrichtenagentur Reuters in der vergangenen Woche mit Verweis auf anonyme Quellen berichtete, wird Bunge den größten Teil des Geschäfts dem Vernehmen nach mit Aktien bezahlen, aber auch mit Barmitteln. Außerdem sei eine Fremdfinanzierung durch Banken in Aussicht gestellt worden. Das Managementteam von Bunge, angeführt von Bunge-CEO **Gregory Heckman**, würde das fusionierte Unternehmen leiten. Die privaten Aktionäre von Viterra, zu denen neben dem Schweizer Rohstoffhandelskonzern Glencore auch das Canada Pension Plan Investment Board und die British Columbia Investment Management Corp. gehören, könnten der Fusion im Falle erfolgreicher Verhandlungen

gen bereits am bevorstehenden Wochenende (10. bzw. 11.6.) zustimmen, so die Quellen. Die Nachrichtenagentur Bloomberg News hatte bereits am 25. Mai berichtet, dass Bunge und Viterra Gespräche über einen Zusammenschluss führten. Der internationale Handel mit Agrarprodukten wie Weizen, Mais und Sojabohnen konzentriert sich zurzeit wesentlich auf Bunge und drei weitere große Unternehmen, nämlich Archer Daniels Midland (ADM), Cargill und Louis Dreyfus. Bunge erzielte 2022 einen Umsatz von 67,2 Mrd \$ (62,9 Mrd Euro). Der Erlös von Viterra belief sich auf 54 Mrd \$ (50,5 Mrd Euro). Zum Vergleich: Cargill bezifferte seinen Umsatz für das vergangene Geschäftsjahr auf 165 Mrd \$ (154,4 Mrd Euro), und ADM erzielte einen Erlös von insgesamt 101,8 Mrd \$ (95,2 Mrd Euro). AgE  
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,9355 Euro

## Tschechien

### FAS wittert Absatzchancen für US-Agrarprodukte

WASHINGTON/PRAG. Der agrardiplomatische Dienst (FAS) der Vereinigten Staaten sieht in Tschechien gute Absatzchancen für Agrarprodukte und Lebensmittel aus dem eigenen Land. Eine aktuelle FAS-Studie identifiziert dort mit Blick auf den Lebensmitteleinzelhandel besonders günstiges Verkaufspotential für Erzeugnisse im oberen Preissegment, darunter Cerealien, Rindfleisch, Wein und Spirituosen. Tschechien importierte 2022 nach Angaben des FAS landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel im Wert von insgesamt 13,7 Mrd \$ (12,8 Mrd Euro). Davon entfielen schätzungsweise 126 Mio \$ (118 Mio Euro) auf US-Ware, was im Vorjahresvergleich einem Plus von 25 % entsprach. Allerdings würden viele nach Tschechien gelieferte US-Produkte nicht in den Exportstatistiken

der Vereinigten Staaten auftauchen, weil sie meist in den Häfen in Rotterdam und Hamburg umgeschlagen und von dort aus weitertransportiert würden. Tschechiens wichtigste Lieferanten für Agrarprodukte und Lebensmittel seien Deutschland, Polen, Italien und die Niederlande. Der Selbstversorgungsgrad des Landes bei Lebensmitteln wird auf lediglich 30 % bis 40 % veranschlagt. Den Umsatz des tschechischen Lebensmitteleinzelhandels taxieren die US-Agrardiplomaten für das vergangene Jahr auf 24,5 Mrd \$ (22,9 Mrd Euro). Unterdessen nehme das Interesse der tschechischen Verbraucher an nachhaltigen, gesunden und einzigartigen Lebensmitteln zu, analysierten die Absatzförderungsexperten. AgE  
Umrechnungskurs: 1 \$ = 0,9355 Euro

## Ernährungsindustrie

### Preisbereinigter Branchenumsatz leicht rückläufig

BVE-Hauptgeschäftsführer Minhoff zieht „durchwachsene Bilanz“ für 2022 - Sektor erzielt nominales Erlösplus von gut 18 Prozent - Auslandsumsatz aber real um fast 4 Prozent kleiner - Verbraucherpreissteigerungen vor allem aufgrund deutlich höherer Kosten für Agrarrohstoffe und Energie - Mehr als die Hälfte der Unternehmen rechnet für 2023 mit rückläufigen Erträgen - Sabet: Zahl der Auszubildenden deutlich gesunken

BERLIN. Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), **Christoph Minhoff**, hat für das Geschäftsjahr 2022 eine „durchwachsene Bilanz“ gezogen. Den betreffenden Gesamtumsatz der Branche bezifferte er

am vergangenen Mittwoch (7.6.) bei einer Online-Pressekonferenz auf 218,5 Mrd Euro; das entsprach im Vorjahresvergleich einem Zuwachs von 18,1 %. Preisbereinigt habe sich aber ein Minus von 0,8 % ergeben. Im Einzelnen erhöhte sich im Jahr

2022 Minhoff zufolge der Inlandsumsatz der Ernährungsindustrie im Vergleich zum Vorjahr nominal um 18,9 % auf 141,3 Mrd Euro und real um 0,8 %. Gleichzeitig habe der Auslandserlös um 16,5 % auf 77,3 Mrd Euro zugelegt, sei aber preisbereinigt um 3,6 % zurückgegangen. Mit Blick auf die Kostenpositionen des Sektors berichtete der BVE-Hauptgeschäftsführer, dass die Belastung durch Agrarrohstoffe im Berichtsjahr am größten gewesen sei. Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte seien im Vergleich zu 2021 im Schnitt um 32,9 % gestiegen. „Das muss bis zum Endkunden weitergegeben werden und erklärt zu einem großen Teil die Preissteigerungen an der Ladenkasse“, stellte Minhoff fest. Außerdem hätten sich Energierohstoffe um 159,4 % verteuert. Ferner seien die Strompreise in der ersten Jahreshälfte 2022 auf rund 33 Cent/kWh gestiegen und in der zweiten Jahreshälfte sogar auf 53 Cent/kWh, verglichen mit lediglich 21 Cent/kWh im gesamten Geschäftsjahr 2021, berichtete der BVE-Hauptgeschäftsführer. Inzwischen sei der Strompreis aber auf 28 Cent/kWh zurückgegangen. Negativ zu Buche geschlagen hätten unter anderem auch höhere Kosten für Personal, Material und Transport.

### Bürgerrat für Ernährung „unnötig“

Den Anstieg der Erzeugerpreise der Ernährungsindustrie im Berichtsjahr im Vergleich zu 2021 bezifferte Minhoff auf 18,1 % und den der Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke auf insgesamt 12,6 %. Die Brancheneinschätzung zur aktuellen Ertragslage bezeichnete er als „durchwachsen“. Laut ifo-Geschäftsklimaindex vom Mai 2023 schätzten 35,4 % der Befragten die Situation als schlecht ein, nur 14,1 % als gut. Mit Blick auf die Ertragslage im Gesamtjahr 2023 erwarte mehr als die Hälfte eine Verschlechterung, so der BVE-Hauptgeschäftsführer. Unterdessen werde gegenüber dem Handel mit

härtesten Bandagen gekämpft, um Preiserhöhungen für die eigenen Produkte durchzusetzen. Derweil erteilte Minhoff der in der ersten Maihälfte vom Bundestag beschlossenen Einsetzung eines Bürgerrates zum Schwerpunkt „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ eine Absage. „Weitere Vertretungsorgane des Bundestages sind unnötig. Das bringt keinen Erkenntnisgewinn, wir halten davon gar nichts“, sagte er. Zudem forderte der BVE-Hauptgeschäftsführer Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** auf, die Vorlage der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) endlich umzusetzen. Diese enthalte eine Menge gute Vorschläge.

### Elektronikerinnen gesucht

Die Hauptgeschäftsführerin der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss, **Stefanie Sabet**, berichtete indes für 2022 von einem Rückgang der Zahl der Auszubildenden im Vergleich zum Vorjahr um 7,1 % auf rund 26 350. Außerdem seien 12 % der Ausbildungsstellen in der Branche nicht besetzt. Davon entfielen 40 % auf technische Berufe, 39 % auf ernährungstypische Berufe und 21 % auf kaufmännische Berufe. Am meisten gesucht seien laut ANG-Arbeitspanel Elektroniker, Maschinen- und Anlagenführer, Mechatronikerinnen, Industriemechanikerinnen und Fachinformatikerinnen. Den Unternehmen empfahl Sabet, die öffentlichen Fördermaßnahmen für die berufliche Weiterbildung der Mitarbeiter effizienter zu nutzen. Die Zahl der Beschäftigten bezifferte sie für das Berichtsjahr auf 636 634 Menschen; das waren 0,3 % weniger als im Vorjahr. Dem Branchenpanel zufolge gingen 12 % der befragten Unternehmen für 2023 im Vergleich zum Vorjahr von einer weiter sinkenden Beschäftigtenzahl aus. Dagegen rechneten 44 % mit einer Zunahme und derselbe Prozentsatz mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenzahl, so Sabet. AgE

## Weizenmarkt

### USDA ignoriert Trockenheit in Teilen Europas

WASHINGTON/PARIS. Die aktuelle Trockenheit in Teilen Europas schlägt sich bisher nicht in den Ernteprognosen des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums (USDA) für das Vermarktungsjahr 2023/24 nieder. Stattdessen hat das US-Agrarressort seine Schätzung für die diesjährige EU-Weizenernte in seinem am vergangenen Freitag (.2.) vorgelegten „World-Agricultural-Supply-and-Demand-Estimates“- (WASDE)-Report um 1,5 Mio t auf 140,0 Mio t angehoben. Es verweist zur Begründung auf „anhaltend günstige Wuchsbedingungen für Winterweizen“ in den meisten EU-Mitgliedsländern. Was die Entwicklung des Wetters in den nächsten Wochen angeht, laufen die Wettermodelle aktuell allerdings stark auseinander. In Teilen Deutschlands hat es jedenfalls schon seit Wochen kaum geregnet. Sollte deshalb eine Notreife beim Weizen einsetzen, wäre das USDA zu Angebotskorrekturen in seinem nächsten Erntebericht gezwungen, der in vier Wochen erscheint. Global

zeichnet sich für 2023/24 gemäß der Prognose des US-Agrarressorts bei der Weizenproduktion ein Rekord von mehr als 800 Mio t ab. Dem soll ein weltweiter Verbrauch von 796,1 Mio t gegenüberstehen. Durch den Angebotsüberhang sollen die weltweiten Weizenreserven um weitere 3,9 Mio t auf 270,7 Mio t zulegen. An der europäischen Terminbörse Matif hatten die Händler am Freitag nur noch wenig Zeit, um den „bärischen“ USDA-Bericht einzupreisen. Der Frontmonat September 2023 sackte in den Minuten nach Veröffentlichung des WASDE zunächst um 2 Euro ab, um sich dann aber wieder zu erholen und mit 234 Euro/t ins Wochenende zu gehen. Ende Mai war bei 218,25 Euro/t das bisherige Jahrestief markiert worden. Zuletzt wurde die Preisbildung am Weizenmarkt stark von geopolitischen Faktoren bestimmt. So wird jede neue Wendung im Ukraine-Krieg von starken Kursschwankungen beim Weizen begleitet. AgE

# Namen + Nachrichten

- 1 Ressortforschung – Professor Kühn wird Präsidentin des Friedrich-Loeffler-Instituts
- 1 Europäische Umweltagentur – Neue Geschäftsführende Direktorin im Amt
- 1 EFSA – Suche nach neuem Leiter hat begonnen
- 2 Bulgarien – Neuer Landwirtschaftsminister in Sofia
- 2 BayWa – Lutz zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt
- 2 Personalie – Bauer leitet Geflügelwirtschaftsverband Baden-Württemberg
- 2 Expertengremium für Gentechnik – Özdemir beruft Mitglieder der ZKBS



## Ressortforschung

### Professor Kühn wird Präsidentin des Friedrich-Loeffler-Instituts

Die Leiterin des Instituts für Genombiologie am Forschungsinstitut für Nutztierbiologie in Dummerstorf tritt die Nachfolge von Thomas Mettenleiter an - Im Mittelpunkt steht für die neue FLI-Chefin die Bereitstellung wissenschaftsbasierte Grundlagen zur Umgestaltung der Tierhaltung - Minister Özdemir: Die Ressortforschungseinrichtung mit Hauptsitz auf der Insel Riems ist unverzichtbar

BERLIN/GREIFSWALD. Neue Präsidentin des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) wird **Prof. Christa Kühn**. Die Leiterin des Instituts für Genombiologie am Forschungsinstitut für Nutztierbiologie (FBN) in Dummerstorf tritt die Nachfolge von **Prof. Thomas Mettenleiter**, der nach 27 Jahren an der Spitze des Bundesinstituts für Tiergesundheit Ende dieses Monats in den Ruhestand geht. „Im Mittelpunkt steht für mich, wissenschaftsbasierte Grundlagen zur Umgestaltung der Tierhaltung bereitzustellen“, erklärte Kühn anlässlich ihrer Berufung. Auch die Bedrohungslage von Tieren und Menschen aufgrund von Pandemien werde weiter die exzellente Forschung des FLI auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten erfordern. Besonders am Herzen liege ihr dabei die Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinweg. Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** bescheinigte der Ressortforschungseinrichtung mit Hauptsitz auf der Insel Riems, sie sei mit ihrer national und international anerkannten Forschung unverzichtbar bei der Bekämpfung von Tierseuchen, bei der Arbeit am One-Health-Ansatz oder bei Fortschritten in den Bereichen Tierschutz und Nutztiergenetik. „Es freut mich sehr, dass es gelungen ist, mit Christa Kühn eine anerkannte und hochqualifizierte Wissenschaftlerin als Präsidentin zu gewinnen“, betonte der Minister. Die neue Präsidentin werde die Arbeit des FLI durch ihre jahrelange Erfahrung bereichern und die Fortführung seiner erfolgreichen Forschungstätigkeiten sicherstellen.

#### Das FLI enorm vorangebracht

Der scheidende Präsident Mettenleiter habe das FLI enorm vorangebracht und als renommiertes Forschungsinstitut im In- und Ausland etabliert, hob Özdemir hervor. Ausdrück-

lich würdigte der Bundeslandwirtschaftsminister Mettenleiters aktuelle Tätigkeit als Co-Vorsitzender des One Health High-Level Expert Panel der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und bei der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE). Mettenleiter ist Molekularbiologe und Virologe. Er hat viele Jahre vor allem zur Molekularbiologie und Pathogenese animaler Viren geforscht.

#### Von der BSE bis zur ASP

Der bisherige FLI-Präsident hat sich bei der Bekämpfung der großen Tierseuchen der vergangenen Jahrzehnte, von der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie (BSE) über die Geflügelpest bis zur Afrikanischen Schweinepest (ASP), einen Ruf als hochanerkannter Experte und geschätzter Ratgeber der Politik erworben. Seine Nachfolgerin stammt aus dem niedersächsischen Melle. Sie hat an der Tierärztlichen Hochschule Hannover (TiHo) Veterinärmedizin studiert und dort 1989 promoviert. Ihre Habilitation zum Thema Tierzucht und Haustiergenetik erfolgte 2005 an der Universität Rostock. Seit Anfang der 1990er-Jahre ist Kühn als Wissenschaftlerin im Dummerstorf tätig. Im Vorstand des FBN ist sie seit geraumer Zeit für Forschung und Entwicklung zuständig. Seit annähernd zehn Jahren hat die künftige Chefin der Ressortforschungseinrichtung eine Professur für „Genetik der Krankheitsresistenz“ an der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock inne. AgE

## Europäische Umweltagentur

### Neue Geschäftsführende Direktorin im Amt

KOPENHAGEN. Die Europäische Umweltagentur (EEA) steht unter neuer Leitung. Wie die Behörde mitteilte, fungiert **Leena Ylä-Mononen** seit dem 1. Juni als Geschäftsführende Direktorin. Die Finnin tritt in die Fußstapfen von **Hans Bruyninckx**, der sich nach zwei Amtszeiten an der Spitze der Agentur neuen Aufgaben zuwenden musste. Die neue Leiterin der EEA war zuletzt als Generaldirektorin im finnischen Umweltministerium tätig. Bevor sie in den Staatsdienst wechselte, hatte die studierte Umweltwissenschaftlerin bereits Erfahrungen in europäischen Einrichtungen ge-

sammelt, unter anderem bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) und in der Generaldirektion für Umwelt (DG ENVI) der EU-Kommission. „In Europa und auf der ganzen Welt werden entschlossene Maßnahmen gebraucht, um den Klimawandel zu begrenzen, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen und die Umweltverschmutzung zu beenden“, erklärte Ylä-Mononen. Der EEA falle die wichtige Aufgabe zu, den politischen Entscheidungen die Daten und Informationen zu liefern, die zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen gebraucht würden. AgE

## EFSA

### Suche nach neuem Leiter hat begonnen

BRÜSSEL/PARMA. Die Europäische Kommission hat mit der Suche nach einem Nachfolger für den Leiter der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) begonnen. Der jeweilige Geschäftsführende Direktor wird für eine Amtszeit von fünf Jahren bestellt, die einmal verlängert werden kann. Die zweite Amtszeit des derzeitigen

Leiters, **Dr. Bernhard Url**, endet am 31. Mai 2024. Potentielle Nachfolger können sich noch bis zum 26. Juni bewerben. Aus ihren Reihen wird die EU-Kommission eine Vorauswahl treffen; die endgültige Entscheidung liegt beim Verwaltungsrat der EFSA. Url war 2014 an die Spitze der Behörde berufen und 2018 im Amt bestätigt worden. Der

Österreicher hatte seine Karriere bei der EFSA im Jahr 2012 als Leiter der Abteilung Risikobewertung und wissenschaftliche Unterstützung begonnen. Davor war der promovierte Tierarzt Geschäftsführer der Österreichischen Agen-

tur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) gewesen, die Österreich im Beirat der EFSA vertritt. Von 2008 bis März 2012 saß Url bereits im Verwaltungsrat der europäischen Behörde. AgE

## Bulgarien

### Neuer Landwirtschaftsminister in Sofia

SOFIA. Neuer Landwirtschaftsminister in Bulgarien ist **Kiril Vatev**. Der parteilose Vatev hat am Dienstag vergangener Woche (6.6.) die Nachfolge des Sozialisten **Yavor Gechev** angetreten. Der neue Ressortchef hatte bisher keine höheren politischen Ämter inne. Er gilt als Experte in der Fleischwirtschaft. Vatev war seit 1993 Miteigentümer und Geschäftsführer des Fleischverarbeitungsunternehmens „Tandem - V“ in Sofia. Laut dem bulgarischen Agrarministerium hat der 65-jährige seine Beteiligung mit der Übernahme des Ministeramts abgetreten. Seit 2017 war Vatev Vorstandsvorsitzender der Bulgarischen Lebensmittelbank, die er im Jahr 2012 mitgegründet haben soll. Zweimal war der neue Minister Vorsitzender des Verbands der Fleischverarbeiter in Bulgarien; nämlich in der Zeit zwischen 1999 und 2004 sowie

von 2010 bis 2013. Von 2003 bis 2010 war er Mitglied der staatlichen Kommission zur Förderung des ökologischen Landbaus. Nach Monaten des politischen Stillstandes, den manche Beobachter auch als „Chaos“ bezeichnet hatten, hat Bulgarien nun nach rund einem Jahr wieder eine reguläre Regierung. Das Kabinett des neuen Regierungschefs **Nikolaj Denkow** gilt als pro-westlich. Die aus der konservativen Partei GERB und dem als liberal geltenden Bündnis PP-DB bestehende Regierung hatte sich zuvor auf einen Kompromiss geeinigt. So soll es im Amt des Ministerpräsidenten bereits nach neun Monaten einen Wechsel geben. Nach Denkow soll die vormalige EU-Kommissarin **Maria Gabriel** als Regierungschefin vereidigt werden. Gabriel soll bis dahin das Außenministerium leiten. AgE

## BayWa

### Lutz zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt

MÜNCHEN. Der neue Aufsichtsratschef der BayWa AG heißt **Prof. Klaus Josef Lutz**. Der 65-Jährige löst **Manfred Nüssel** ab, der mehr als 20 Jahre lang an der Spitze des Kontrollgremiums gestanden und sich auf eigenen Wunsch nicht mehr zur Wahl für die neue Amtsperiode gestellt hatte. Wie der Agrarkonzern am Dienstag vergangener Woche (6.6.) in München weiter mitteilte, stand Lutz 15 Jahre lang an der Vorstandsspitze. Prägend für die Zeit unter seiner Führung seien der Einstieg in das Geschäft mit erneuerbaren Energien sowie die Internationalisierung des Agrar- und Obsthandels gewesen. Indes sei Nüssel der Rekordhalter unter den Aufsichtsratschefs aller börsennotierten Unternehmen in Deutschland, hob Lutz hervor. „Von den 100 Jahren, die es die BayWa gibt, hat er 40 mitgeprägt“, sagte er. Nüssel hatte bereits zur Aufsichtsratswahl 2018 eine erneute Kandidatur für das Gremium ausgeschlossen. Daraufhin schlug der Aufsichtsratsvorsitzende der Bayeri-

sche Raiffeisen-Beteiligungs-(BRB) AG, **Wolfgang Altmüller**, im vergangenen Jahr Lutz als zukünftigen Aufsichtsratschef vor. Mit einem Firmenanteil von rund 34 % ist die BRB der größte Aktionär der BayWa. Um bei der turnusmäßigen Aufsichtsratswahl durch die Hauptversammlung antreten zu können, schied Lutz bereits zum 31. März dieses Jahres vorzeitig als Vorstandsvorsitzender der BayWa AG aus. In der direkt an die Hauptversammlung anschließenden konstituierenden Aufsichtsratsitzung wurde er zum Nachfolger Nüssels bestimmt, der einen Tag später zum Ehrenvorsitzenden des Aufsichtsrates ernannt wurde. Nüssel sei der erste, der diese Auszeichnung erhalte, so das Unternehmen. „Mein Credo war stets: Miteinander reden ist besser als übereinander reden. Bei allen Entscheidungen, die wir in den zurückliegenden 23 Jahren im Aufsichtsrat getroffen haben, gab es nicht eine Gegenstimme“, hob Nüssel im Rückblick hervor. AgE

## Personalie

### Bauer leitet Geflügelwirtschaftsverband Baden-Württemberg

STUTTGART. Der Geflügelwirtschaftsverband Baden-Württemberg hat zum 1. Juni **Andrea Bauer** als neue Geschäftsführerin berufen. Wie der Verband am vergangenen Mittwoch (7.6.) mitteilte, übernimmt sie ab sofort die operative Leitung. Im Zuge des Wechsels verlagert sich auch der Sitz der Geschäftsstelle nach Stuttgart ins Haus des Landesbauernverbandes. Die 26-jährige Agrarwissenschaftlerin Bauer ist seit 2020 beim Landesbauernverband in Baden-Württemberg (LBV) schwerpunktmäßig in den Bereichen Tierhaltung und Markt tätig, nun betreut sie auch den Geschäftsbetrieb des Geflügel-

wirtschaftsverbandes. „Die Synergie einer Zusammenarbeit mit dem Landesbauernverband bringt uns viele Vorteile. Trotzdem bleibt der Geflügelwirtschaftsverband weiterhin selbstständig und unabhängig“, erklärte dessen erster Vorsitzender, **Georg Heitlinger**. Sowohl der Vorstand als auch der Beirat seien optimistisch, dass die Neuausrichtung zukunftsweisende Impulse für die Arbeit des Geflügelwirtschaftsverbandes bringe. Der Verband vertritt nach eigenen Angaben als berufsständische Organisation die Interessen von rund 350 Mitgliedern aus dem Geflügelbereich in Baden-Württemberg. AgE

## Expertengremium für Gentechnik

### Özdemir beruft Mitglieder der Zentralen Kommission für die biologische Sicherheit

BERLIN. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hat 19 Expertinnen und Experten in die Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit (ZKBS) berufen. Dem Agrarministerium

zufolge sind nun alle vorgesehenen gesellschaftlichen Gruppen in der Kommission vertreten, darunter je zwei Experten für die Bereiche Landwirtschaft und Naturschutz. Den Vorsitz des ehren-

amtlichen Gremiums hat erneut der Direktor des Instituts für Virologie der Universität Leipzig, Prof. Thomas Vahlenkamp, inne. Die übrigen Mitglieder der Kommission setzen sich aus zwölf Sachverständigen aus den Bereichen Mikrobiologie, Zellbiologie, Virologie, Genetik, Pflanzenzucht, Hygiene, Ökologie, Toxikologie und Sicherheitstechnik zusammen. Ebenso vertreten sind „sachkundige Personen“ aus den Reihen der Gewerkschaften, aus dem Arbeitsschutz, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Umweltschutzes, des Naturschutzes, des Verbraucherschutzes sowie von forschungsfördernden Organisationen. Gegenwärtige Schwerpunktaufgaben der ZKBS sind laut Bundeslandwirt-

schaftsministerium die Risikobewertung von Mikroorganismen, die bei gentechnischen Verfahren als Spender- oder Empfängerorganismus verwendet werden. Außerdem bezieht die ZKBS Stellung zur Sicherheitseinstufung gentechnischer Arbeiten und Anlagen sowie zu Risiken rund um Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Organismen. Aufgabe der ZKBS ist es unter anderem, mögliche Risiken von gentechnisch veränderten Organismen nach den Vorschriften des Gentechnikgesetzes zu prüfen. Das Gremium berät die Bundesregierung sowie Landesregierungen in sicherheitsrelevanten Fragen. Die Mitglieder werden für die Dauer von drei Jahren berufen.

AgE

# Veranstaltungen

## Veranstaltungskalender

Veranstaltung	Link	Datum	Ort	Form
Vortragsreihe Wildtiere und Mensch Veranstalter: DJV	jagdverband.de	bis Juni 2023	-	Online
Öko-Kartoffelfeldtag NRW Veranstalter: Landwirtschaftskammer NRW	landwirtschaftskammer.de	06.06.2023	Rheda-Wiedenbrück/ Kiebitzhof	Präsenz
Seminarreihe: Bauernhöfe als Orte zum Älterwerden Veranstalter: ASG	asg-goe.de	06.06.2023	-	Online
Web-Seminar für Auszubildende: Leittexte im Ausbildungsalltag der Grünen Berufe Veranstalter: Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL)	praxis-agrar.de	06.06.2023	-	Online
"QGIS-Anwendungen in der Sachverständigenpraxis" Veranstalter: HLBS	hlbs.de	06./07.06.2023	Grünberg	Präsenz
Ackerbodentagung Veranstalter: FH Südwestfalen	fh-swf.de	06./07.06.2023	Welter-Merklingsen	Präsenz
Informationsveranstaltung für Landwirte im Nebenerwerb Veranstalter: Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern	bv-mv.de	10.06.2023	Finkenthal	Präsenz
"Gute Arbeit in der Landwirtschaft - Visionen und Konsequenzen für die Betriebsgestaltung" Veranstalter: Plattform landwirtschaftliche Sozio-Ökonomie	landwirtschaft-soziooekonomie.de	12.06.2023	-	Online
C.A.R.M.E.N.-Statusseminar "Wasserstoff und Power-to-X - Fokus Biogas & Landwirtschaft" Veranstalter: FNR	carmen-ev.de	13.06.2023	Straubing	Präsenz
"Charta für Holz 2.0" Veranstalter: FNR	fnr.de	13.06.2023	Berlin	Präsenz
Symposium "Implikationen einer veränderten Rollenverteilung zwischen Staat und Markt für die zukünftige Landwirtschaft" Veranstalter: Edmund Rehwinkel-Stiftung der Rentenbank	rentenbank.de	13./14.06.2023	Berlin	Präsenz
"Modernes Futter- und Fütterungscontrolling nach SchHaltHygV" Veranstalter: AVA	ava1.de	14.06.2023	Steinfurt-Burgsteinfurt	Präsenz
Unternehmertag der Landwirtschaftskammer Niedersachsen	lwk-niedersachsen.de	14.06.2023	Cloppenburg	Präsenz
"Torfminderung und Kreislaufwirtschaft im kommunalen GaLaBau" Veranstalter: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe	fnr.de	14.06.2023	-	Online
Öko-Feldtage 2023 Veranstalter: FiBL	oeko-feldtage.de	14./15.06.2023	Ditzingen-Hirschlanden	Präsenz